



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Krisendynamik in der Europäischen Union

Verfasser

Theurl Simon, Bakk.rer.soc.oec.

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Jäger Johannes

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	i
Abbildungsverzeichnis.....	ii
Abkürzungsverzeichnis.....	iii
Einleitung, Fragestellung und Ausblick.....	1
Einleitung.....	1
Forschungsfrage.....	2
Theoretischer Rahmen und Vorgangsweise.....	3
Kritischer Realismus.....	7
Ein wissenschaftstheoretischer Beitrag zur Unterstützung sozialwissenschaftlicher Forschung.....	7
Die Philosophien der Wissenschaft.....	9
Offene/Geschlossene Systeme – das Problem der Beständigkeit.....	9
Die Erfolge der Naturwissenschaften.....	12
Der Kritische Realismus – eine transzendente Philosophie der Wissenschaft.....	15
Drei Traditionen der Wissenschaftsphilosophie.....	15
Der klassische Empirismus.....	15
Der transzendente Idealismus.....	17
Der transzendente Realismus.....	18
Ontologie und Ideologie.....	20
Ontologie als philosophischer Ausgangspunkt.....	21
Die Ontologie des Kritischen Realismus.....	22
Die Stratifikation der Wirklichkeit.....	23
Fähigkeiten, generative Mechanismen und Struktur.....	25
Kausalität.....	27
Implikationen für die Praxis.....	28
(1) Die Arbeit mit Theorien.....	28
(2) Erklärungsgehalt als Entscheidungsrationale.....	33
Schlussfolgerung für die Untersuchung der Kriseninterventionen.....	35
Die (post)marxistische Krisentheorie.....	39
Ungleichgewicht und Widerspruch als Analytischer Ausgangspunkt.....	39
Elemente der kapitalistischen Krisendynamik.....	40
Die Treibende Kraft der Geschichte: Der Akkumulationsimperativ.....	41
Der unauflösbare Widerspruch des Kapitalismus: Kapital und Arbeit.....	44
Die kapitalistischen Zyklen: Aufschwung und die Vernichtung unproduktiven Kapitals.....	45
Produktivkraftentwicklung.....	46

Die Krise aus (post)marxistischer Perspektive.....	48
Ein Problem steigender Produktivität?.....	48
Der Fordistische Boom.....	49
Wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel: Der Beginn der Ära des Neoliberalismus.....	50
Produktivitätskraftentwicklung und Arbeitslosigkeit seit den 1970ern.....	52
Die fiktive Mehrwertproduktion: der Finanzmarkt bläht sich auf.....	53
Das Ende des Krisenaufschubs.....	55
Schlussfolgerungen.....	57
Tendenz und Gegentendenz.....	58
Die Regulationstheorie.....	60
Politische und ökonomische Strukturen.....	60
Geschichte der Regulationstheorie.....	63
Theoretische Erweiterungen: von einer Theorie der Stabilität zu einer Theorie der Krise.....	63
Der Akkumulationsprozess.....	65
Die fiktive/produktive Akkumulation.....	66
Die extensive/intensive Akkumulation.....	67
Akkumulation durch Intraversion/Extraversion.....	68
Die strukturellen Formen der Regulation.....	69
Das Lohnverhältnis.....	69
Das Konkurrenzverhältnis.....	70
Die monetäre Restriktion.....	71
Die ökologische Restriktion.....	71
Akkumulationsregime und Regulation.....	72
Staat und Regulation.....	73
Staatstheorien.....	73
Die Verknüpfung von Staatstheorie und Regulationstheorie.....	76
Materielle Basis von Gesellschaftsgruppen.....	77
Staatsform und Güterform.....	79
Die Krise in Europa.....	81
Einleitung.....	81
Neoliberalismus in der Europäischen Union.....	87
Die Liberalisierung der Finanzmärkte.....	92
Die Genesis der Finanzarchitektur.....	92
Die Macht der Finanzinstitutionen.....	96
Regulierung des Finanzmarktes nach der Bankenkrise.....	99

Polarisierung der Einkommen.....	101
Einkommensverteilung.....	102
Die Genesis der regionalen Unterschiede.....	105
Der Integrationsprozess und der Euro.....	105
Die Liberalisierung der Märkte.....	107
Unterschiedliche Akkumulationsstrategien im Euro Raum.....	107
Regionale Ungleichgewichte im Kontext ungleicher Einkommen.....	108
Machtstrukturen.....	110
Dominanz der herrschenden Klasse.....	111
Fehlender Widerstand.....	114
Reflexion und Ausblick.....	116
Die Architektur des Theoriegebäudes.....	116
Vom Konkreten zum Abstrakten.....	118
Schlussbemerkung.....	122
Literatur.....	124
Anhang.....	I
Zusammenfassung.....	II
Summary.....	III
Lebenslauf.....	IV

Danksagung

Ich möchte mich bei vielen Menschen bedanken, die mich bei dieser Arbeit auf die eine oder andere Art und Weise unterstützt haben.

Allen voran danke ich Dr. Johannes Jäger für die kompetente Unterstützung. Seine Anregungen und Denkanstöße haben mir geholfen, Struktur in meine Gedanken zu bekommen und die Arbeit inhaltlich abzurunden.

Dank gilt auch all jenen, die mich zu Diskussionen angeregt haben und mir Unzulänglichkeiten in meinen Argumentationen aufzeigten. Besonders erwähnen möchte ich David-León Kumrow, der mir einen wesentlichen Teil seiner Literatur zur Verfügung gestellt hat und mir somit zu Beginn dieser Arbeit einiges an Zeit ersparte und mir einen raschen Überblick über das Themengebiet ermöglicht hat. Nadine Landsrath gebührt nicht nur Dank für die professionelle Gestaltung der Grafiken in dieser Arbeit, sondern auch für die moralische Unterstützung während des Schaffensprozesses. Meinem Vater, Dr. Peter Theurl, möchte ich, nicht zuletzt, besonders für die Unterstützung bei der Korrektur der Arbeit danken.

Ganz besonders möchte ich meinen Eltern, Ulrike und Peter danken, dass sie mein Studium finanziell ermöglicht und mich dabei unterstützt haben, meinen Weg zu gehen. Die Freiheiten und Möglichkeiten, die ich durch sie erlangen konnte, sind unbezahlbar. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Themen meines Interesses wurde mir erst durch ihre finanzielle Unterstützung möglich, denn nur dadurch konnte ich ungehindert Zeit aufzubringen, neben den Strukturzwängen, die einem durch die Universitätsbürokratie und Bildungspolitik Österreichs auferlegt werden, auch wirklich zu studieren.

In diesem Sinne widme ich diese Arbeit all jenen, denen ein Studium der Themen ihres Interesses verwehrt geblieben ist. Darüber hinaus hoffe ich, all jenen Anregungen zu geben, die sich für eine undogmatische Betrachtung der Krisenerscheinungen der letzten Jahre interessieren.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Stratifikation der Wirklichkeit.....	S. 24
Abbildung 2: Forschungszirkel.....	S. 31
Abbildung 3: Ökonomie und Gesellschaft 1.....	S. 78
Abbildung 4: Ökonomie und Gesellschaft 2.....	S. 80
Abbildung 5: Asymmetrien in der EU.....	S. 113

Abkürzungsverzeichnis

PÖ	Politische Ökonomie
IPÖ	Internationale Politische Ökonomie
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EZB	Europäische Zentralbank
EFSF	European Financial Stability Facility
EU	Europäische Union
SSA	Social Structures of Accumulation
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
SEC	Securities and Exchange Commission
IFO	Institut für Wirtschaftsforschung
CDS	Kreditausfallderivate
SoFFin	Sonderfond Finanzstabilisierung
CRD	Capital Requirement Directive
EBA	European Banking Authority
ESMA	European Securities and Markets Authority
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority

Einleitung, Fragestellung und Ausblick

Einleitung

Seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise 2007/08 befindet sich Europa in einer Wirtschaftskrise. Steigende Arbeitslosigkeit und eine Stagnation des Wirtschaftswachstums gehen einher mit Liquiditätsengpässen auf den liberalisierten Finanzmärkten und bringen mögliche Bruchstellen des Euro Raumes, wenn nicht sogar der EU zum Vorschein. Die aus der Arbeitslosigkeit resultierende Perspektivlosigkeit eines Großteils der Bevölkerung in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern gefährdet die soziale Stabilität derselben und weckt Erinnerungen an die Periode vor dem Zweiten Weltkrieg. Erstmals in der Geschichte der EU wurden demokratisch gewählte Regierungen (Griechenland, Italien) durch Vertreter des Finanzsektors ersetzt. Gleichzeitig lässt sich eine Intensivierung der Strategien beobachten, welche zu den Ursachen der Krise gezählt werden müssen. Anstatt das wirtschaftstheoretische Paradigma in Frage zu stellen, welches die Politik der letzten drei Dekaden dominierte und die Entwicklungen der ökonomischen Strukturen vorantrieb und gut hieß, die sich nun in der Krise befinden, wird die neoklassisch informierte Wirtschaftspolitik weiter in das europäische Vertragswerk eingeschrieben und über Nationalstaaten implementiert.

Obgleich das neoklassische Instrumentarium die Krise, vor allem jene auf den Finanzmärkten (dem Steckenpferd neoliberaler Politik), nicht erklären kann, werden neoklassische Vorstellungen bemüht um die Wirtschaftspolitik der letzten drei Dekaden schön zu reden. Demnach werden externe Krisenursachen gesucht. Staatliche Interventionen, Misswirtschaft und das Versagen einzelner Individuen wird hartnäckig als Ursache für die Krise postuliert und der Kritik an der herrschenden Wirtschaftspolitik entgegen gehalten. Eine möglichst schnelle Rückkehr zum Status quo unter demselben wirtschaftspolitischen Paradigma wie jenem der letzten drei Dekaden zeugt von der Dominanz jener, die von dieser Politik profitieren und sie mit Händen und Füßen, ungeachtet jeglicher Kritik, auf Kosten des Großteils der Bevölkerung durchsetzen.

Forschungsfrage

Rein ökonomische Krisenerklärungen, welche dem Paradigma der Neoklassik eine plausible Kritik entgegenhalten, können zwar alternative Wege aus der Krise präsentieren, bleiben jedoch über die Dynamik des Krisenmanagements verwundert. So liefern postkeynesianische Theoretiker und Theoretikerinnen wichtige Einblicke in die makroökonomischen Strukturen, die sich in der Krise befinden, können diese jedoch nicht systematisch mit politischen Dynamiken zusammenbringen. Rein politische Erklärungen, welche den Fokus auf das politische Machtgefüge richten, können auf der anderen Seite nicht erklären, wie sich die ökonomischen Systeme der Mitgliedsländer des Euro Raumes unter verschiedenen politischen Regimen verhalten und können somit nicht wirklich klären, wie sich das Krisenmanagement der Europäischen Union auf die verschiedenen ökonomischen Systeme und somit die materielle Grundlage auswirkt, welche der politischen Stabilität als zugrundeliegend erachtet wird.

Um einen Beitrag zur Debatte über die Krise aus der Sicht der IPÖ (Internationale Politische Ökonomie) zu leisten werde ich die Analyse der Dynamik zwischen politischen Interventionen und dem ökonomischen Verlauf der Krise in den Mittelpunkt dieser Arbeit stellen. Also zu fragen:

„Was sind die wesentlichen Elemente mit denen die Dynamik der Krise innerhalb des EURO-Raumes erklärt werden können?“

Vom Standpunkt der PÖ (Politischen Ökonomie) ausgehend konkretisiere ich diese Frage und richte die Aufmerksamkeit auf die Kräfteverhältnissen und Machtstrukturen welche das aktuelle Krisenmanagement der Entscheidungseliten durchziehen. Ökonomische Strukturen und Entwicklungen werden dann also, in der Tradition der IPÖ, in Beziehung zu sozialen und politischen Strukturen gestellt. Konzeptionell werden die Kräfteverhältnisse verschiedener Interessensgruppen dabei in Zusammenhang mit der Verfügung über materielle Ressourcen und staatliche Institutionen gebracht. Daraus ergeben sich die etwas konkreteren Fragen:

„Welche Kräfteverhältnisse liegen dem Europäischen Krisenmanagement zugrunde? Wem nutzt das aktuelle Krisenmanagement und wie hängt die politische Dominanz verschiedener Interessensgruppen mit ökonomischen Produktionsprozessen zusammen?“

Das Ziel ist es schließlich, im Spannungsfeld von Theorie und Empirik, anhand der methodischen Bewegung zwischen Abstraktem und Konkretem und wieder zurück, die Eckpunkte der Dynamik zwischen Politik und Ökonomie im Kontext der Krise herausarbeiten.

Theoretischer Rahmen und Vorgangsweise

Das wissenschaftstheoretische Fundament und gleichzeitig das erste Kapitel dieser Arbeit bildet eine Auseinandersetzung mit dem Kritischen Realismus. Dabei handelt es sich um eine wissenschaftsphilosophische Position, welche die Analyse komplexer Phänomene, so wie sie in den Sozialwissenschaften auftreten, ermöglicht. Weil nicht a priori davon ausgegangen werden kann, dass alle Ursachen eines Phänomens isoliert und erfasst werden können, muss postuliert werden, dass einem beobachteten Phänomen verschiedene Kräfte und Strukturen zugrunde liegen. Deshalb gibt es auch nicht eine singuläre Wahrheit, der sich die Wissenschaft fortlaufend annähert. Stattdessen muss davon ausgegangen werden, dass es theoretisch unendlich viele Erklärungskombinationen gibt, welche einem beobachteten Phänomen zugrunde liegen können.

Der Kritische Realismus geht davon aus, dass Wissenschaft immer ein sozialer Prozess ist, bei dem der Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin Phänomene anhand von zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten zu erklären versucht. Dabei entsteht neues Wissen auf dem zukünftige Forschung aufbaut. Im Prozess des Forschens werden Theorien erfunden und weiterentwickelt, mit dem Ziel konkrete Ereignisse anhand von abstrakten Gesetzmäßigkeiten zu erklären. Diese abstrakten Erklärungen und Vermutungen müssen wiederum anhand konkreter Ereignisse untersucht und kontrolliert werden. Die Ergebnisse dieses Schrittes liefern Ansatzpunkte für weitere Forschungen, zeigen Unzulänglichkeiten theoretischer Erklärungen auf und dienen als Grundlage um vorhandenes theoretisches Wissen zu modifizieren, zu falsifizieren oder neue Erklärungen zu erfinden.

Der Kern des ersten Kapitels ist es schließlich, eine Beurteilungsrationalität zu präsentieren, welche den Prämissen des Kritischen Realismus entspricht und dabei nicht ideologisch ist, also eine Rationalität zur Bewertung verschiedener Theorien ermöglicht. Damit

lässt sich dann eine wissenschaftstheoretische Methoden- und Ideologiekritik an den dominanten Wirtschaftswissenschaften üben, welche den aktuellen Kriseninterventionen zugrunde liegen. Die Notwendigkeit einer nicht reduktionistischen Analyse der Krise wird impliziert. Den Anforderungen des Kritischen Realismus entspricht schließlich die Regulationstheorie, dessen Grundlage auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau im folgenden Kapitel behandelt wird.

Eine Auseinandersetzung mit (post)marxistischen Krisenanalysen ist dabei das Thema des zweiten Kapitels. Die Motivation dahinter ist die Darstellung ökonomischer Strukturen auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau, nämlich auf der Basis der sozialen Verhältnisse, welche dem Kapitalismus inhärent sind. Die treibende Kraft kapitalistischer Krisendynamiken, so der dargestellte Standpunkt, sind die dichotomen Interessen zwischen Arbeit und Kapital. Durch die Anspannung des Widerspruches zwischen Arbeit und Kapital und der daraus resultierenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung gelangt der Kapitalismus in eine Rezession. Die Dichotomie zwischen Kapital und Arbeit strebt so der Verdichtung der Widersprüche zu einer Krise entgegen, in der es zur Vernichtung von unproduktivem Kapital kommt. Das bedeutet, dass Unternehmen in Konkurs gehen, ihre Besitzer wechseln oder stillgelegt werden, dass Wertpapiere im Marktpreis sinken und dergleichen mehr. Durch diese Vernichtung von unproduktivem Kapital entsteht dann wieder Raum für neue Investitionen und es kann zu einem Aufschwung kommen.

Die (post)marxistische Krisenanalyse gibt also Einblicke in die ökonomischen Strukturen kapitalistischer Produktionsprozesse auf einem recht hohen Abstraktionslevel. Diese stellen die konstanten Gesetzmäßigkeiten und Kräfte kapitalistischer Entwicklung dar. Gleichzeitig lässt sich jedoch beobachten, dass die Entwertung unproduktiven Kapitals nicht unbedingt eintreten muss. Durch die Gegenüberstellung der Theorie mit der Empirik, bzw. einer Darstellung der Krise aus der dargestellten Perspektive wird das ersichtlich. Die drängende Entwertung unproduktiven Kapitals blieb bislang weitgehend aus, weil durch die Liberalisierung der Finanzmärkte und der Ausweitung der Kredite die Krise aufgeschoben werden konnte. Im Sinne des Kritischen Realismus und auf der Basis der konkreten Beobachtungen, muss somit den Möglichkeiten und Gegentendenzen Aufmerksamkeit geschenkt werden, welche Krisen im Kapitalismus entgegenwirken. Das spricht für die Notwendigkeit das analytische Instrumentarium zu verfeinern. Eben das geschieht im nächsten Kapitel.

Das Thema des dritten Kapitels ist die Regulationstheorie. Bei dieser handelt es sich um ein analytisches Instrumentarium, welches als Verfeinerung der marxistischen Krisenanalyse und als Erweiterung derselben um eine zeitgemäße Staatstheorie gesehen werden kann. Von besonderem Interesse dabei ist es, die Theorie für die Analyse der Krise dienlich zu machen, denn ursprünglich galt die Regulationstheorie der Erklärung des Fordismus, also eines stabil erscheinenden Akkumulationsregimes. Synchron mit den spezifischen historischen Entwicklungen des Kapitalismus wurde die Regulationstheorie in den letzten Dekaden jedoch weiter entwickelt. Dieser Zyklus des Forschens steht somit ganz in der Tradition des Kritischen Realismus und die Theorie lässt sich als intellektuelle Verdichtung der Summe konkreter Beobachtungen verstehen und liefert einen guten Ausgangspunkt für die Analyse der Krise.

Mit der präsentierten Darstellung der Regulationstheorie liegt der weiteren Arbeit schließlich eine Schablone zugrunde, die Transformationsdynamik zwischen politischen und ökonomischen Prozessen in einem sehr breiten Kontext zu beschreiben. Weil die Veränderung ökonomischer Strukturen im Kontext politischer Kräfteverhältnisse dargestellt wird, können die politischen Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft in Relation zu den ökonomischen Auswirkungen auf die materielle Basis der handelnden Akteure und Akteurinnen analysiert werden. Im Sinne des Kritischen Realismus lassen sich diese als Gegen Tendenzen verstehen, welche der Entwertung unproduktiven Kapitals entgegenwirken.

Auf der Basis der erarbeiteten theoretischen Grundlage werden im vierten Kapitel die politischen und ökonomischen Zusammenhänge hinter den Krisenerscheinungen und dem Krisenmanagement dargestellt. Eine Wirtschaftskrise wird dabei als historischer Moment verstanden, in dem die Herrschaft der Entscheidungseliten in Frage gestellt wird, während diese selbst noch an der Macht sind. Die ökonomischen Strukturen, welche der Krise zugrunde liegen, sind dann selbst Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse.

Bei dem Ringen um das Durchsetzen der Interessen der eigenen Interessensgruppe, welches in Momenten der Krise einen neuen Impuls bekommt, lassen sich dann Machtstrukturen auf verschiedenen Ebenen beobachten. Ein zentrales Merkmal der Machtstrukturen innerhalb der Europäischen Union ist die Dominanz der Interessen des transnational operierenden Kapitals gegenüber den Interessen der national beschränkten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Entscheidungseliten in den Kernnationen des Euro Raumes vermögen es die Interessen ihrer Gruppen zu wahren, die Situation für die Bevölkerung im nationalen

Herrschaftsraum relativ stabil zu halten, dabei jedoch die Krise in die Peripherie des Euro Raumes zu exportieren.

Dem zugrunde liegt die Struktur des Europäischen Akkumulationsregimes, welches sich im Groben durch die nationalstaatliche Spaltung in zwei Grundtypen der Akkumulation auszeichnet: Die Zentren des Euro Raumes, welche relativ gut aus der Krise ausgestiegen sind und ökonomisch durch aktive Extraversion (Importdefizite/Exportüberschüsse) und elitebasierte *Finanzialisierung* gekennzeichnet sind und die Länder der Peripherie, welche von der Krise stark betroffen sind und sich durch passive Extraversion (Importüberschüsse/Exportdefizite) und massenbasierte *Finanzialisierung* auszeichnen.

Die aktuelle Krise bekommt schließlich ihre Dynamik dadurch, dass die alten Eliten die Wirtschaftspolitik der letzten drei Dekaden weiter führen und sich somit die grundlegenden ökonomischen Strukturen der Krise nicht verändern, die Diskrepanzen zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Zentrum und Peripherie jedoch verstärkt wird und dadurch das Machtgefüge weitere Risse bekommt. Weil die Krise jedoch in andere Regionen exportiert werden kann, bleiben einzelne Nationalstaaten dominant und müssen als starke Kraft dafür gesehen werden, den Fortbestand des Systems zu gewährleisten.

Kritischer Realismus

Ein wissenschaftstheoretischer Beitrag zur Unterstützung sozialwissenschaftlicher Forschung

*„Die Wirklichkeit drängt zum Gedanken einer fundamentalen Krise, das herrschende Bewusstsein aber drängt mit aller Kraft von dieser Wirklichkeit weg“
(Lohoff; Trenkle 2012:9)*

Es gilt allgemein, dass die Sozialwissenschaften den Erkenntnissen der Naturwissenschaften hinterher stünden. Das sei offensichtlich, denn sie können keine exakten Prognosen über die Zukunft liefern: Die ökonomischen Theorien und Modelle der Wirtschaftswissenschaften konnten die Wirtschaftskrise nicht vorhersehen; das theoriegeleitete Krisenmanagement der EU hat es bis dato nicht geschafft die Krise in einer sozial- und ökologisch verträglichen Weise zu lösen; politische Theorien vermögen es nicht den Anfang, das Ende oder die Resultate der sozialen Proteste im Kontext der europäischen Wirtschaftskrise exakt vorher zu bestimmen; es gibt keine wissenschaftliche Theorie, welche mit Sicherheit prognostizieren könnte, ob oder wie die Europäische Union aus der aktuellen Wirtschaftskrise herauskommt; um nur einige Beispiele zu nennen, die in engem Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit stehen.

Im Unterschied dazu können die Naturwissenschaften sehr wohl praktikabel-exakte Prognosen liefern. Es lassen sich Modelle des Sonnensystems nachbauen und Mondfinsternisse exakt bestimmen. Die Geheimnisse des GEN-Codes werden zunehmend entschlüsselt und schon jetzt können regulierte Manipulationen daran vorgenommen werden um gezielte Mutationen zu erzeugen. Mit diesem Wissen lässt sich ebenso Insulin in Massen produzieren, wie hoch ertragreiches Saatgut impotent gemacht werden kann. Darüber hinaus zeugt jede technische Errungenschaft davon, dass wir die Gesetzmäßigkeiten der Natur kontrolliert nutzen können.

Die Frage, die sich dann stellt, lautet: „Wieso ist es nicht möglich die Methoden und Praktiken, die in den Naturwissenschaften funktionieren auch in den Sozialwissenschaften mit den selben Erfolgen umzusetzen?“ Oder: „Welche Beiträge kann sozialwissenschaftliche Forschung erbringen, die Phänomene zu erklären, welche im Allgemeinen als Wirtschaftskrise dargestellt werden?“

Der Kritische Realismus liefert Antworten auf diese Fragen, indem er gleichzeitig Möglichkeiten aufzeigt mit komplexen Phänomenen, so wie sie in den Sozialwissenschaften auftreten, umzugehen. Als Grundlage dieser Arbeit soll der Kritische Realismus dabei helfen, die strukturellen Verstrickungen komplexer (sozialer) Phänomene zu verstehen und somit Kriterien liefern eine angemessene Theorie zur Erklärung der Phänomene im Rahmen der Reaktionen auf die Wirtschaftskrise zu wählen.

Im Folgenden soll eine ausführliche Darstellung der Kernargumente des Kritischen Realismus als Grundlage dienen, um eine angemessene Methodik für diese Arbeit abzuleiten.

Ein Vergleich der Naturwissenschaften mit den Sozialwissenschaften soll dabei auf die Notwendigkeit verweisen, einen ausreichend komplexen Begriff des Seienden (Ontologie) zur Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen zu machen, damit eine nicht ideologische Wissenschaft möglich ist. Durch die Gegenüberstellung des Kritischen Realismus, bzw. des transzendentalen Realismus, mit dem klassischen Empirismus und dem transzendentalen Idealismus sollen dann die Mängel anderer Traditionen der Philosophie der Wissenschaft aufgezeigt werden. Dadurch wird ersichtlich, dass mit den Prämissen des Kritischen Realismus eine nicht-ideologische Wissenschaft tatsächlich möglich ist. Nämlich dadurch, dass die Annahmen über die ontologischen Strukturen der Welt, welche jeder wissenschaftlichen Tätigkeit zugrunde liegen, zur Diskussion gestellt werden.

Nachdem der Standpunkt des Kritischen Realismus dargestellt und dessen Vorteile argumentiert wurden, wird der Frage nachgegangen, wie die Praxis der Wissenschaft in der Tradition des Kritischen Realismus aussehen kann, also welche Methodik sich für diese Arbeit ableiten lässt. Dazu wird auf die ontologischen Prämissen des Kritischen Realismus eingegangen, um Schlüsse zu ziehen, was in der wissenschaftlichen Praxis wie möglich sein kann.

Die Philosophien der Wissenschaft

Offene/Geschlossene Systeme – das Problem der Beständigkeit

Eng verknüpft mit der Frage, „wieso die Sozialwissenschaften den Naturwissenschaften hinterher stehen“, ist die Frage, „wieso eine Philosophie der Wissenschaft überhaupt nötig ist“. Nun ist die erste gestellte Frage bereits eine mögliche Antwort auf die zweite, viel entscheidender ist jedoch, dass erst die Philosophie der Wissenschaft die Grundlage dafür schaffen kann, Wissen von Glauben zu unterscheiden. In diesem Zusammenhang ist jedoch bei weitem nicht geklärt, unter welchen Prämissen Wissen geschaffen werden kann, obgleich es eine dominante, weit verbreitete und großteils akzeptierte Praxis der Wissensproduktion unter den Prämissen des klassischen Empirismus gibt. Dabei funktioniert diese Praxis der Wissenschaft für die Naturwissenschaften offensichtlich ganz gut.

In den Naturwissenschaften sind es Experimente, so die Wissenschaftstheorie mit dem Label klassischer Empirismus¹, welche uns den direkten Zugriff auf konstante kausale Ereignisfolgen möglich machen. Deshalb sei es gleichzeitig Möglich die natürlichen Kausalgesetze der Realität direkt (also von sozialen Einflüssen signifikant unabhängig) zu beobachten, zu untersuchen und wissenschaftlich zu prüfen. Wissenschaft ist also in dem Sinne objektiv, in dem Behauptungen wissenschaftlich, mit Hilfe von Prognosen und Experimenten überprüft werden können.

Das Problem für nicht-experimentelle Wissenschaften, welche keine exakten Prognosen liefern können, ist dann, aus der Sicht der klassisch-empirischen Wissenschaftsphilosophie, das Fehlen einer analogen Möglichkeit der wissenschaftlichen Prüfbarkit (vgl. Bhaskar 2008:245) und somit der Möglichkeit diese Behauptungen von ideologischen bzw. religiösen Behauptungen zu unterscheiden. Offene Systeme, also jene, welche keine konstanten kausalen Ereignisabfolgen hervorbringen und somit nicht im klassischen Sinne wissenschaftlich überprüft werden können, lassen sich nicht mit dem Paradigma des klas-

1 Der klassische Empirismus zeichnet sich dadurch aus, dass er davon ausgeht, dass uns Phänomene der Welt direkt und unvermittelt zugänglich seien. Deshalb sei es möglich objektive Wissenschaft zu betreiben. Daraus leitet sich die positivistische Logik zur Beurteilung von wissenschaftlichen Erkenntnissen ab: Erkenntnis wäre nur dann gerechtfertigt, wenn ihr die Möglichkeit der Prüfung durch Experimente zugrunde liege. Der Positivismus adoptiert dabei die Prämissen des klassischen Empirismus. Im Kern gilt die folgende Annahme: Damit Wissenschaft theoretisch überhaupt möglich ist, müssen Beobachtungen auf konstante Ereignisabfolgen zurückgeführt werden können (vgl. Bhaskar 2008:24, ff.).

sischen Empirismus vereinbaren und werden kategorisch ausgesondert. Ohne der Annahme der Beständigkeit von Ereignissen, ist Wissenschaft vom Standpunkt des klassischen Empirismus dann nicht möglich.

Davon betroffen sind vor allem Sozialwissenschaften. Phänomene der Sozialwissenschaften lassen sich nämlich in der Regel nicht auf eine einzelne eindeutig bestimmbare Ursache zurückführen, sondern müssen als Ensemble verschiedener Kräfteverhältnisse gesehen werden, welche sich gegenseitig verstärken oder aufheben können. Dabei entstehen soziale Strukturen, welche Thema sozialwissenschaftlicher Untersuchungen sind. Diese Strukturen bilden jedoch keine starren Kontinuitäten, denn in letzter Konsequenz sind soziale Strukturen ohne die Aktionen von Menschen nicht denkbar. Das spezifische Merkmal des Menschen, jenes Merkmal welches ihn von allen anderen Lebewesen unterscheidet ist nämlich, dass er seine Umgebung nicht nur wahrnimmt sondern reflektierend und manipulierend auf sie einwirken kann. Gleichzeitig sind jedoch die Handlungen einzelner Agenten von sozialen Strukturen bestimmt und werden in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen auf diese zurückgeführt. Um also das Krisenmanagement innerhalb der Europäischen Union zu analysieren, muss beispielsweise das Handeln ökonomischer Agenten im Rahmen von regulativen Strukturen (Gesetze, Vorschriften, Praktiken, etc.) gesehen werden. Diese ökonomisch regulativen Strukturen wirken somit auf den Handlungsspielraum ökonomischer Agenten, welche gleichzeitig in unterschiedlichem Maße in die Gestaltung derselben einbezogen werden.

Aus analytischer Perspektive ergibt sich dann das Problem, dass Strukturen Handlungen erklären sollen und Handlungen gleichzeitig als Ursache für die Veränderung von Strukturen begriffen werden müssen. Eine Konsequenz der komplexen Verstrickung von Agenten und Strukturen ist dann, dass diese über Raum und Zeit variabel sind. Die Möglichkeit soziale Phänomene experimentell zu isolieren, zumindest so wie es der klassische Empirismus fordert, ist bei Phänomenen der Sozialwissenschaften deswegen auch nicht generell gegeben. So argumentiert Margaret Archer:

„To the realist, the one factor which guarantees that social systems remain open (and even forbids thought experiments about closure) is that they are necessarily peopled. Since realism insists upon a stratified view of the social, like any other reality, then there are

properties and powers particular to people which include a reflexivity towards and creativity about any social context which they confront“ (Archer 1998:190).

Für die klassisch empirische, positivistische Wissenschaftsauffassung – bei der die Grundlage für die Bewertung von Erklärungen ist, dass diese anhand ihrer Prognosefähigkeit wiederholt experimentell überprüft werden können – sind soziale Phänomene dabei auch nicht geeignet um wissenschaftlich untersucht zu werden. Der Vorwurf an jene Sozialwissenschaften, welche sich mit komplexen Phänomenen beschäftigen, ist dann, dass sie nicht wissenschaftlich im oben genannten Sinn sein können.

Lässt man sich davon nicht abschrecken und denkt den Gedanken komplexer gesellschaftlicher Strukturen weiter, dann muss die Praxis der Wissenschaft als sozialer Prozess begriffen werden, bei dem Wissen produziert wird. Wissenschaft ist dann selbst Teil sozialer Strukturen und somit integraler Bestandteil der Verflechtung von Machtstrukturen. Dabei kommt dem Wissen in einer Gesellschaft eine besondere Rolle zu. Es waren zunehmend die Erkenntnisse der Wissenschaft, welche uns die Möglichkeit eröffnet haben die Natur in immer stärkerem Ausmaße zu verstehen und zu kontrollieren und welche die Natur in zunehmendem Maße entmystifiziert haben. Gleichzeitig sind es aber auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die darauf aufbauenden technischen und geistigen Konstruktionen (beispielsweise ein Computer, oder das Black-Scholes-Modell zur Berechnung zukünftiger Kursschwankungen auf Finanzmärkten), welche in zunehmendem Maße als magisch erscheinen und nur noch von wenigen nachvollzogen werden. Wissen kann also auch schnell zur Kreation von Mythen führen, die hingenommen werden, weil sie ja wissenschaftlich begründet sind, sich den Alltagserfahrungen entziehen und nicht immer intuitiv nachvollziehbar sind.

Um dann das Problem ernst zu nehmen, Mythen von begründeten Aussagen zu unterscheiden, muss man sich zwangsläufig damit beschäftigen, was die Legitimationslogik hinter wissenschaftlicher Erkenntnis ist. Die Auseinandersetzung mit der Möglichkeit von Erkenntnis wird als Philosophie der Wissenschaft bezeichnet. Jede Philosophie der Wissenschaft ist somit nicht nur die Grundlage wissenschaftlicher Arbeiten, sondern auch Referenzpunkt um Paradigmen einer Gesellschaft, außerhalb der herrschenden Legitimationslogiken der Gesellschaft, betrachten zu können.

Die relativ *schwache* Performance der Sozialwissenschaften lässt sich dann in ein anderes Licht rücken: das Unvermögen mit den Erfolgen der Naturwissenschaften Schritt zu halten liegt am falschen Verständnis von Wissenschaft und ist in weiterer Folge Ursache der sozialen Strukturen und der integralen Machtverhältnisse unserer Gesellschaft.

Um dem Umstand gerecht zu werden, dass Wissenschaft immer eine soziale Tätigkeit ist, den Phänomenen die wir beobachten aber dennoch eine erforschbare, materielle Realität zu Grunde liegt, stellt der Kritische Realismus zwei Anforderungen an eine Philosophie der Wissenschaft:

- (1) muss der soziale Kontext der Wissensproduktion berücksichtigt werden und
- (2) muss diese Philosophie der Wissenschaft die Existenz und das Wirken von kausalen Strukturen und Gesetzen unabhängig davon, ob wir diese beschreiben und erfahren, konzipieren. (vgl. Bhaskar 2008:24).

Um mit dieser Arbeit dem Umstand gerecht zu werden, dass die wissenschaftstheoretisch geleiteten Maßnahmen, welche die Politik der letzten 30 Jahre bestimmten, die aktuelle Wirtschaftskrise nicht vorhersehen konnten, die Schaffung des strukturellen Rahmens der Krise legitimierten und nun angewandt werden um die Krise zu lösen, versuche ich in dieser Arbeit mit den herrschenden Paradigmen möglichst zu brechen um die aktuellen Ereignisse aus einer Kritisch Realen Perspektive darzustellen. So verstanden lässt sich der Kritische Realismus dann als Versuch interpretieren, eine „nicht-ideologische²“ Grundlage für Wissenschaften zu liefern und somit gesellschaftlich relevante Problemanalysen, welche das Ziel verfolgen den Menschen die Möglichkeit zu geben sich von ihren selbstgeschaffenen Zwängen zu emanzipieren, zu unterstützen.

Die Erfolge der Naturwissenschaften

Bevor die Kernargumente des Kritischen Realismus dargestellt werden können, muss an dieser Stelle die entscheidende Frage gestellt werden: „Wie kann es möglich sein, dass die Naturwissenschaften ihren Forschungen eine unzureichende Philosophie der Wissen-

2 Das Wort neutral ist dabei bewusst nicht verwendet worden. Viel eher bezieht sich der Begriff „nicht-ideologisch“ darauf, den entsprechenden sozialen Kontext, in den die Arbeit gestellt wird, zu thematisieren.

schaft zugrunde legen und dennoch offensichtlich praktikable und vor allem funktionierende Ergebnisse liefern?“ Die Antwort ist einfach: Die Methoden der Naturwissenschaften funktionieren zufälliger Weise bei den meisten Phänomenen, die sie untersuchen, obwohl sie von den falschen Prämissen abgeleitet sind.

Eine Kernaussage des kritischen Realismus ist, dass jeder wissenschaftlichen Untersuchung, also die Wahl einer adäquaten Methode und wissenschaftlichen Entscheidungsrationale (um Erklärungen, die sich beispielsweise widersprechen, bewerten zu können), ontologische Annahmen über die Beschaffenheit des Untersuchungsgegenstandes zu Grunde liegen. Erst wenn die Grundfragen der Ontologie (Was existiert?) und Epistemologie (Was können wir in Erfahrung bringen?) geklärt sind, kann eine adäquate Methode (Wie bringe ich etwas in Erfahrung?) gewählt werden³. Das Argument lautet, dass dem klassische Empirismus eine implizite, reduktionistische Ontologie zugrunde liegt. Nämlich, dass die Existenz und Beobachtung konstanter und kausaler Ereignisketten die notwendige Bedingung für wissenschaftliche Untersuchungen ist. Der Kritische Realismus stellt dem nun entgegen, dass die konstante Beobachtung kausaler Ereignisketten ein Sonderfall ist (vgl. z.B. Bhaskar 2008:103), der in den meisten Fällen nur unter den geschlossenen Bedingungen eines Experimentes auftreten kann. Bei vielen grundlegenden Mechanismen in der Natur trifft es zufälliger Weise zu, dass es sich um ein *relativ* geschlossenes System handelt, sodass die künstlich geschaffenen Rahmenbedingungen des Experiments auch außerhalb des Labors existieren.

Ein geschlossenes System bedarf entweder der Isolation von äußeren Einflüssen oder der Stabilität derselben über die Zeit. Darüber hinaus müssten die untersuchten Phänomene auf eindeutig bestimmbar Kräfte zurück geführt werden können. Wenn es sich um mehrere sich verstärkende und gegenseitig auflösende Kräfte handelt – es lassen sich also nicht alle wirkenden Kräfte beobachten und eindeutig als Ursache identifizieren – welche ein Phänomen hervorbringen, dann haben wir es mit einem komplexen Phänomen zu tun und

³ Die Ontologie des Kritischen Realismus unterscheidet sich insofern von anderen Ontologiebegriffen, als dass die Frage gestellt wird: Wie muss die Welt beschaffen sein (Was muss existieren), damit Wissenschaft überhaupt möglich ist? Und weil Wissenschaft offensichtlich in unserer Gesellschaft betrieben wird, muss jede Wissenschaftsauffassung implizit eine Antwort auf diese Frage geben. Vernachlässigt man die Frage der Ontologie in der Philosophie der Wissenschaft, so kann es leicht geschehen, dass man, ohne das begründen zu können, die Möglichkeiten wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Möglichkeit reduziert, diese mit gewissen Methoden untersuchen zu können.

sprechen von einem offenen System. In der Tradition des Kritischen Realismus sind die Entstehung und Entwicklung von Phänomenen niemals mit einer einzelnen Ursachenkette erklärbar sondern lassen sich theoretisch auf unendlich viele Begründungskombinationen, bzw. Determinanten zurückführen (vgl. Jäger; Springler 2012:27). Bei den Phänomenen der Natur können wir hingegen davon ausgehen, dass die Rahmenbedingungen und Wirkkräfte der Phänomene der Natur über die Zeit relativ konstant bleiben. Konstante Ereignisketten lassen sich deshalb auch leichter identifizieren und als praktikable (handlungsleitende) Erklärung bestimmter Erscheinungen darstellen.

Es ist beispielsweise möglich uns mit Hilfe des Magnetfeldes ausreichend auf unserem Planeten zu orientieren, weil das Phänomen der Magnetostratigraphie, umgangssprachlich des Polarsprunges, in einem Zeitraum von statten geht, der für die Dauer des menschlichen Lebens nicht relevant ist.

Ein anderes Beispiel sind Maschinen. Diese können als künstlich geschlossene Systeme verstanden werden, bei denen die internen Veränderungen der Komponenten (Verschleiß, etc.) ebenfalls relativ überschaubar sind und externe Einflüsse, welche das System stören könnten, relativ gut isoliert werden können. Beispielsweise muss nicht erläutert werden, dass das *Verhalten* eines Computers nicht mehr vorhergesagt werden kann, wenn es durch externe Einflüsse gestört wird, wenn man beispielsweise eine gewisse Menge Wasser darüber schüttet.

Der Kritische Realismus bestreitet schließlich nicht die Existenz konstanter kausaler Gesetzmäßigkeiten, sondern er weist auf die Schwierigkeiten hin diese zu erforschen. Eine Voraussetzung, damit die etablierten Methoden der Naturwissenschaften, also Experimente als Maßstab zur wissenschaftlichen Bewertung von Erkenntnis herangezogen werden können, ist, dass die untersuchten Gesetzmäßigkeiten auch jenseits der künstlich geschaffenen geschlossenen Systeme, also in offenen Systemen funktionieren. Dabei handelt es sich um eine Annahme, die selten begründet werden kann. Kurz, ein System exakt so zu schließen, wie es idealisiert wird, lässt sich nicht bewerkstelligen (vgl. Lawson 1998:148). Diesen Einwand muss man jeglichem Vorwurf an nicht experimentellen Wissenschaften, die eine andere, sinnvolle Möglichkeit der Bewertung von Theorien ermöglichen, entgegenstellen.

Der Kritische Realismus – eine transzendente Philosophie der Wissenschaft

Drei Traditionen der Wissenschaftsphilosophie

Der Kritische Realismus ist eine Kritik am Empirismus und Konstruktivismus, welche beide den zwei gestellten Anforderungen des Kritischen Realismus nicht entsprechen. Nämlich dass eine angemessene Philosophie der Wissenschaft zu berücksichtigen hat, dass die Produktion von Wissen (1) immer ein sozialer Prozess ist – also niemals unabhängig von den Gesellschaftsstrukturen, innerhalb der sie betrieben wird, ist – und (2), dass die Objekte der Wissenschaft existieren, auch wenn sie nicht erforscht werden.

Zurückgeführt wird der Kritische Realismus oft auf den indischen Philosophen, Politikwissenschaftler und Ökonomen Roy Bhaskar, welcher in den 70ern eine grundlegende Kritik am klassischen Empirismus und am transzendentalen Idealismus (Konstruktivismus) veröffentlichte (vgl. Bhaskar 2008; 1. Auflage 1975). Um eine Kritik an alternativen Paradigmen zu üben unterteilt Bhaskar die verschiedenen Standpunkte der Philosophien der Wissenschaft historisch-chronologisch in drei Strömungen: den klassischen Empirismus, den transzendentalen Idealismus und den transzendentalen Realismus, dessen Positionen von ihm weiter entwickelt wurden (vgl. Bhaskar 1998:19) und die Grundlage des Kritischen Realismus bilden. Bhaskars Motivation dieser Unterteilung ist dabei die Frage nach den Grundannahmen über die Beschaffenheit der Welt, welche den genannten Strömungen zugrunde liegen.

Der klassische Empirismus

Den klassischen Empirismus führt Bhaskar auf die Ideen von Hume zurück. Demnach besteht die Welt aus kleinsten einzelnen Bausteinen (Atomen) und kausalen Kräften zwischen diesen. Diese konstituieren die Ereignisse und Phänomene dieser Welt. Wissenschaft wird dann als neutrale und objektive Reaktion auf die Beobachtung gegebener, kausaler Ereignisse betrachtet. Wissen ist somit eine natürliche Reaktion auf die Gegebenheit der Welt. Durch die kollektive Suche nach Erkenntnis, nähert sich die Wissenschaft immer mehr der endgültigen objektiven Wahrheit an.

Seit dem 19. Jahrhundert übt diese Strömung großen Einfluss auf Wissenschaft und Politik aus, bestimmt das Selbstverständnis der meisten Forschenden, nämlich das Streben nach allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten, täuscht sich jedoch selbst in ihrer Annahme objektives Wissen zu akkumulieren, denn die Beherrschung objektiver Methoden der Analyse der Welt ist und wird immer mehr zu einer gesellschaftlichen Schlüsselkompetenz, deren Aneignung jedoch von der sozialen Stellung der Menschen determiniert wird und somit das soziale Machtgefälle reproduziert, legitimiert und verstärkt (vgl. Novy 2005:19,ff.).

Anstatt sich des sozialen Kontextes und der sozialen Konsequenzen der eigenen Philosophie der Wissenschaft bewusst zu werden postuliert der klassische Empirismus die Neutralität der Wissenschaft, zumindest die Möglichkeit dieser am nächsten zu kommen. Dabei beruht diese Position nicht nur auf der philosophischen Annahme, die erforschbare Realität und somit die Objekte der Wissenschaft bestünden aus starren, sich höchstens systematisch verändernden Objekten, sondern auch, dass ein Ereignis direkt auf isolierbare kausale Gesetze zurückgeführt werden kann. Zumindest muss im Empirismus davon ausgegangen werden, dass nur konstante, kausale Ereignisabfolgen Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen sein können. Die notwendige Bedingung für eine wissenschaftliche Erklärung ist somit die Existenz konstanter Ereignisabfolgen.

Das Problem des Empirismus resultiert daraus, dass konstante kausale Ereignisabfolgen mit den zugrundeliegenden ontologischen Strukturen gleichgesetzt werden. Der Empirismus kann deshalb nicht plausibel erklären, unter welchen Umständen das tatsächlich der Fall ist. Damit geht aber auch die Möglichkeit der empirischen, wissenschaftlichen Prüfung von Thesen und Hypothesen verloren.

Erst unter der Annahme, dass die Bedingungen einer beobachteten Ereignisabfolge auch außerhalb eines Experimentes (bzw. jenseits den Rahmenbedingungen innerhalb derer das Ereignis beobachtet wurde) halten, kann der universale Charakter einer Gesetzmäßigkeit postuliert werden. Der Positivismus verklärt jedoch die Bedeutung dieser Annahme und schenkt der Frage wieso, oder unter welchen Bedingungen die Voraussetzungen eines geschlossenen Systems in der Welt existieren, kaum Aufmerksamkeit (vgl. Bhaskar 2008:13). Davon ausgehend, dass über Raum und Zeit konstante Ereignisfolgen, also geschlossene Systeme die Ausnahme, nicht die Regel sind, müsste dann entweder der universale Charakter der empirisch gefundenen Gesetzmäßigkeiten geopfert werden oder

empirische Aussagen müssen sich auf geschlossene Systeme reduzieren. Der zweite Punkt spiegelt sich beispielsweise in dem Erfolg empirizistischer Wissenschaften wieder, Maschinen zu bauen, welche einem geschlossenen System am nächsten kommen.

Als besonders raffinierter Denker welcher das, mit dem Empirismus verknüpfte, Induktionsproblem behandelte und sich dabei der Problematik von offenen Systemen, zumindest in seinen späteren Werken beschäftigte, lässt sich Sir Karl Popper nennen (vgl. z.B. Popper 1974:100,ff.)⁴. Seine Epistemologische Lösung des Problems, nämlich die Falsifizierung von Hypothesen unter der restriktiv ontologischen Bedingung der Wiederholbarkeit ähnelt den epistemologischen Möglichkeiten welche sich aus dem Kritischen Rationalismus ableiten lassen (vgl. Lawson 2002). Die als Kritischer Rationalismus bekannt gewordene Philosophie der Wissenschaft vermag es jedoch nicht eine Möglichkeit aufzuzeigen, wie Wissenschaft, im besonderen die Entmystifizierung von Behauptungen durch wissenschaftliche Auswahlkriterien, in offenen Systemen möglich sein kann.

„The real problem for critical rationalism is not that one can say very much against it, but rather that one cannot say very much with it. Critical rationalism is a view which seems palatable by virtue of its blandness, the epistemological analog of the ethical mandate to 'live the good life'“ (Hands 1992 zit. nach Lawson 2002:11)

Der transzendente Idealismus

Die zweite Position, der transzendente Idealismus lässt sich in seinen Ursprüngen auf die Formulierungen von Kant zurückführen. Die Aufgabe der Wissenschaft bestehe darin, Theorien, Modelle, Ideen über die Struktur der Natur, etc. künstlich zu konstruieren. Die natürliche Welt wird zu einem Konstrukt menschlicher Ideen und Gedanken, oder in der modernen Version, zu einem Konstrukt der wissenschaftlichen Gemeinschaft.

Die 1968 von der 68er-Bewegung aufgegriffene Position sowie ihre vielfältigen, teilweise widersprüchlichen Adaptierungen lassen sich unter dem Begriff „Postmoderne“ subsumieren (vgl. Novy 2005:22). Es handelt sich dabei um eine Strömung, die sich gegen die

4 Für eine ausführliche Debatte über die Schnittstellen zwischen Popper und dem Kritischen Realismus (vgl. Lawson 2002:7,ff.)

Vereinheitlichung stellte, Vielfalt und ein friedliches Nebeneinander unterschiedlicher Theorien, Weltansichten, moralischer Standards und Kulturen forderte und die Kritik an Machtrelationen und Unterdrückung ins Zentrum ihrer wissenschaftlichen so wie davon untrennbaren politischen Forderungen stellte.

Der transzendente Idealismus kann jedoch nicht zwischen zufälligen und notwendigen Ereignisabfolgen unterscheiden. Es können lediglich Aussagen über die Haltung der Menschen gegenüber Phänomenen getätigt werden, denn Strukturen werden als nicht real existent, bzw. als von empirischen Erfahrungen nicht unterscheidbar konzipiert, sondern als menschliches Bedürfnis (vgl. Bhaskar 2008:28). Der transzendente Idealismus kann dann jedoch nicht beschreiben, wie Theorien konstruiert und empirisch getestet werden. Die Kenntnisse über die Natur, welche beispielsweise bei der Konstruktion eines Computers angewandt werden, können dann nicht von zufälligen Korrelationen, wie dem Anstieg der Geburtenrate und der zunehmenden Störche Population im Burgenland unterschieden werden. Somit kann es keine rationalen Gründe geben eine Aussage gegenüber einer anderen zu bevorzugen.

Die große Schwäche dieser Position resultiert schließlich aus der Aufwertung der Subjektivität wodurch es zu einem Beurteilungsrelativismus und damit paradoxer Weise zu einer Gleichgültigkeit gegenüber verschiedenen individuellen Sichtweisen und Lebensstilen kommt (vgl. Novy 2005:24). Entscheidungen und Handlungen werden gleichermaßen gültig bzw. nicht mehr vergleichbar oder bewertbar.

Der transzendente Realismus

Der transzendente Realismus kann als Überwindung, bzw. Weiterentwicklung der Dichotomie zwischen Idealismus und Empirismus verstanden werden. Dabei ist die Unterscheidung zwischen *intransitiven Objekten des Wissens* und *transitiven Objekten des Wissens* ausschlaggebend für die analytisch-philosophische Unterscheidung von Ontologie (dem Seienden) und Epistemologie (Was wir wissen können), wodurch es möglich wird konzeptionell zwischen Realem und Imaginärem zu unterscheiden. Denn jegliche adäquate Philosophie der Wissenschaft muss beides berücksichtigen: Einerseits, dass Erkenntnis ein stets vorläufiges Ergebnis eines sozialen Prozess ist, bei dem Wissen produziert wird, das nur durch die Beziehung zu vorhergegangenen existieren kann (*transitive Objekte des*

Wissens); andererseits, dass es Mechanismen und Strukturen geben muss, die unabhängig davon existieren, ob sie wissenschaftlich untersucht wurden oder nicht (*intransitive Objekte des Wissens*) (vgl. Bhaskar 2008:21,ff.). Diese Objekte des Wissens sind dann weder Phänomene (Empirismus), noch menschliche Konstruktionen welche über die beobachteten Phänomene gelegt werden (Idealismus), sondern reale Strukturen welche unabhängig von unserem Wissen über sie, unabhängig von unserer Erfahrung und unabhängig davon, ob wir Zugriff auf sie haben, bestehen und operieren (vgl. Bhaskar 1998:19). Konstante Ereignisabfolgen, so die Prämisse des Kritischen Rationalismus, können schließlich weder als ausreichende, noch als notwendige Bedingungen für eine wissenschaftlich überprüfbare Gesetzmäßigkeit gesehen werden:

„[...] not only is a constant conjuncture of events not a sufficient, it is not even a necessary condition for a scientific law; and that it is only if we can establish the latter that we can provide an adequate rationale for the former“ (Bhaskar 2008:12).

Der Unterschied zwischen dem transzendentalen Idealismus und dem transzendentalen Realismus erscheint also gering. Diesen zu verstehen ist allerdings entscheidend dafür, dass eine wissenschaftliche Beurteilungsrationalität möglich wird. Der Kritische Realismus teilt die Ansicht mit dem transzendentalen Idealismus, dass es keine endgültige Erkenntnis jenseits historischer Entwicklungen geben kann, weil Erkenntnis immer ein sozialer Produktionsprozess ist. Allerdings stimmt der Kritische Realismus gleichzeitig mit dem Empirismus überein, dass es kausale Gesetzmäßigkeiten gibt, dass es also Objekte, Mechanismen, Strukturen, Kräfte, etc. (also eine materielle Realität, auf die wir Zugriff haben) gibt, welche unabhängig davon existieren, ob sie von Menschen gedacht, in Erfahrung gebracht, konzipiert und/oder kommuniziert werden.

„Both agree that there could be no knowledge without the social activity of science. They disagree over whether in this case there would be no nature also. [...] According to transcendental realism, if there were no science there would still be a nature, and it is this nature which is investigated by science“ (Bhaskar 1998:21).

Die Schwierigkeit des Kritischen Realismus ist es eine adäquate Bewertungsrationalität zu entwickeln um Theorien, welche sich widersprechen, bewerten zu können und dabei dem

Umstand gerecht zu werden, dass es theoretisch unendlich viel Erklärungskombinationen für ein Phänomen geben kann. Damit das möglich ist, müssen die konkurrierenden Wissenschaften einen gemeinsamen Begriff der Intransitiven Objekte (der Ontologie) haben, welcher von den Transitiven Objekten den jeweiligen Erkenntnisbehauptungen unterschieden ist (vgl. Pühretmayer 2005:35,f.). Dass eine wissenschaftliche Entscheidungsrationali-tät auf den Grundlagen des Kritischen Rationalismus dann möglich ist, zeigt beispielswei-se Lawson (z.B. Lawson 1998), wie später ausführlich behandelt werden wird.

Die zentrale Rolle der ontologischen Untersuchung im Zuge des Kritisch Realistischen Projektes resultiert daraus, dass erst dadurch der Rahmen gesetzt werden kann, innerhalb dessen wissenschaftliche Aussagen über Phänomene in offenen Systemen, sowie eine Beurteilungsrationalität möglich werden. Anhand einer Ontologie des sozialen lässt sich dann auch zeigen, dass die Sozialwissenschaften den Naturwissenschaften wissen-schaftstheoretisch nicht nachstehen (vgl. Lawson 2012:345,f.). Darüber hinaus erschließt eine Ontologische Untersuchung die Möglichkeit der Ideologiekritik. Der Kritische Realis-mus geht von der Verankerung der Wissenschaft in sozialen Strukturen, von unterschiedli-chen Interessensgruppen und asymmetrischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, so-wie von unendlich vielen, theoretisch möglichen Begründungskombinationen aus (vgl. Jä-ger; Springler 2012:28). Ein wichtiger Beitrag des Kritischen Realismus ist es deshalb auf die Notwendigkeit der Frage: „Wem nutzt es, wem schadet es?“ hinzuweisen.

Ontologie und Ideologie

Wie wir eben gesehen haben muss eine adäquate Philosophie der Wissenschaft sowohl die *transitiven* als auch die *intransitiven* Objekte des Wissens berücksichtigen: also eine Ontologie begründen welche sowohl die notwendige Beschaffenheit der Welt, damit Wis-senschaft überhaupt möglich sein kann, als auch die Beschaffenheit der Gesellschaft, in-nerhalb derer Wissenschaft tatsächlich als Phänomen in Erscheinung tritt, erklären kann (vgl. Bhaskar 2008:57). Diese Ansprüche an eine Philosophie der Wissenschaft machen es schließlich erst möglich nicht-ideologische Wissenschaft zu betreiben. Gleichzeitig lässt sich die empirizistisch informierte Überzeugung, die Methoden des Empirismus ließen eine *neutrale* Wissenschaft zu, während die Methoden der Sozialwissenschaften zwangsläufig *subjektiv* seien, dann nicht halten.

Zunächst stimmt es natürlich, dass jedes Konzept von Wissenschaftlichkeit, welches die Durchdringung der wissenschaftlichen Praxis durch soziale Strukturen postuliert, *subjektiv* und somit *politisch* ist. Akzeptiert man also, dass Wissenschaft als sozialer, institutionalisierter Produktionsprozess verstanden werden muss, für den eine besondere Ausbildung der Arbeitskräfte notwendig ist und bei dem vorhergegangenes Wissen transformiert wird, dann wird auch klar, dass dieser Prozess *politisch* ist. Denn *politisch* ist jene Dimension von bewusst oder unbewusst intendierten Aktionen, welche Einfluss auf aktuelle Macht-, Hegemonie- und Herrschaftsverhältnisse üben. Wissenschaften, da diese selbst mit den Strukturen von Macht und Herrschaftsverhältnissen (und kontextuell entstandenem Wissen) verwoben sind, können dann auch keine neutralen Beschreibungen liefern (vgl. Püretmayer 2005:1). Genau deshalb ist es auch notwendig, dass eine adäquate Philosophie der Wissenschaft das Funktionieren von Wissenschaft als soziale Praxis berücksichtigt. Somit wird es möglich die sozialen Strukturen der wissenschaftlichen Tätigkeiten in die wissenschaftstheoretische Praxis zu integrieren und im speziellen Fall des Kritischen Realismus auf die Ebene der Debatten über Fragen der Ontologie zu verschieben. Ideologisch wird Ontologie, wenn sie einerseits die Strukturen der Realität verkürzt darstellt (z.B. textualistisch oder physikalistisch) oder aber wenn sie beansprucht Fragen beantworten zu können, die nicht durch philosophische Reflexion, sondern ausschließlich durch sozialwissenschaftliche Analysen erklärt werden können (vgl. Püretmayer 2005:31).

Bhaskars Intention kann somit auch als Versuch interpretiert werden „[...] durch eine systematische Rekonstruktion und Reflexion der realen Praxis eine nicht-ideologische Philosophie der Wissenschaften zu erstellen, eine Philosophie, welche den Erkenntnisprozess der Wissenschaften nicht durch ideologische wissenschaftstheoretische Annahmen behindert, sondern ihn vielmehr unterstützt“ (Püretmayer 2005:2).

Ontologie als philosophischer Ausgangspunkt

Der Begriff der Ontologie spielt die zentrale Rolle in Bhaskars Untersuchungen und ist das elementare Charakteristika der Kritisch Realistischen Wissenschaftsphilosophie. In der Tradition des Kritischen Realismus bildet eine ontologische Untersuchung, also die Reflexion über die Grundstrukturen dessen, was als seiend angenommen wird, den Ausgangspunkt jeder wissenschaftlichen Praxis. Dabei handelt es sich bei der Ontologie um eine all-

gemeine Metaphysik, die sich mit der Beschaffenheit grundlegender Typen von Entitäten (Objekten, bzw. „Objekten des Wissens“, Mechanismen, Eigenschaften und Fähigkeiten etc.) und ihren strukturellen Relationen auseinandersetzt. In Abgrenzung zu anderen ontologischen Begriffen, lässt sich die transzendental realistische Ontologie mit der Frage charakterisieren wie die Welt beschaffen sein muss, damit Wissenschaft überhaupt möglich ist (vgl. Pühretmayer 2005:32). Denn, so die Lehre des Kritischen Rationalismus, die Beschaffenheit der Dinge, die wir untersuchen, ist ausschlaggebend um zu wissen wie wir sie untersuchen können. Die Klärung der Frage nach den Grundstrukturen der Wirklichkeit ist somit die grundlegende Voraussetzung um eine adäquate Theorie und Methode zur Untersuchung eines Phänomens unseres Interesses zu finden.

Akzeptiert man die Notwendigkeit metaphysischer Überlegungen um die unüberprüfbaren Prämissen der Wissenschaft zur Diskussion zu stellen, dann besitzt jede Philosophie der Wissenschaft ihre implizite oder offengelegte Ontologie. Selbst der klassische Empirismus kommt nicht umher sich der Kritik an seiner eigenen impliziten Logik zu stellen. Der Ausweg, ontologische Fragen auf epistemologische zu reduzieren und dabei nur die Untersuchung von konstanten Ereignisfolgen zuzulassen, führt zu den oben diskutierten Problemen nämlich, dass die Plausibilität einer wissenschaftlichen Entscheidungsrationalität nicht gehalten werden kann.

Diese Argumentation bedeutet aber auch, dass die kritisch realistische Wissenschaftsanalyse keine ontologische Neutralität zulässt. Ontologische Annahmen können nicht neutral sein, sondern nur philosophisch begründet. Der Kritische Realismus vertritt die Auffassung, dass die Welt spezifisch strukturiert ist, und dass sie differenziert ist. Einer Kritisch Realistischen Wissenschaft kommt dann die Aufgabe zu herauszufinden wie die Welt strukturiert und wie sie differenziert ist (vgl. Bhaskar 1998:22).

Die Ontologie des Kritischen Realismus

Es geht nun darum den Strukturbegriff des Kritischen Realismus genauer zu betrachten, das zugrundeliegende Verständnis von Kausalität, welches sich von der etablierten *Wenn-Dann-Kausalität* unterscheidet, herauszuarbeiten und als Grundlage für epistemologische und methodologische Möglichkeiten bei der Analyse offener Systeme, also für relevante Phänomene der Sozialwissenschaften, verfügbar zu machen. Nachdem der Standpunkt

und die Vorteile des Kritischen Realismus als Grundlage wissenschaftliche Arbeitens dargelegt wurden, geht es nun darum, die praktischen Implikationen für wissenschaftliches Arbeiten im Allgemeinen und implizit für diese Arbeit im Speziellen zu erarbeiten.

Die Stratifikation der Wirklichkeit

Eine wichtige Auffassung des Kritischen Realismus ist die Stratifikation der Wirklichkeit. Darauf lässt sich die Wissenschaftsauffassung aus Kritisch Realistischer Sicht aufbauen. Die Aufgabe der Wissenschaft aus Kritisch Realistischer Perspektive ist nämlich die Beschreibung der Kombination von *generativen Mechanismen*, unter welchen die Fähigkeiten von Objekten tatsächlich realisiert werden und es zu tatsächlich beobachtbaren Ereignisabfolgen kommt.

Der Kritische Realismus geht also davon aus dass die Realität stratifiziert ist. Das bedeutet, dass Mechanismen, Ereignisse und Erfahrungen in verschiedenen, sich potenziell überlappende Sphären der Realität verortet werden. Nämlich in der Sphäre des Realen, in der Sphäre des Tatsächlichen und in der Sphäre des Empirischen. Mechanismen, Ereignisse und Erfahrungen sind demnach in unterschiedlichem Maße der Direktheit für uns zugänglich. Die folgende Abbildung (Abbildung 1: die Stratifikation der Wirklichkeit) soll das verdeutlichen.

	Sphäre des Realen	Sphäre des Tatsächlichen	Sphäre des Empirischen
Mechanismen	x		
Ereignisse	x	x	
Erfahrungen	x	x	x

Abbildung 1: *Die Stratifikation der Wirklichkeit* (vgl. Bhaskar 2008:56)

Strukturen bzw. Mechanismen existieren real, sind jedoch nicht auf die tatsächlichen Ereignisse reduzierbar. Tatsächlich sind alle Ereignisse über die wir etwas in Erfahrung bringen können, also alle Ereignisse, die geschehen, auch wenn wir sie nicht direkt beobachten können. Die Sphäre der empirischen Beobachtung ist schließlich eine spezifische, ab-

strakte Verdichtung dessen, was real ist und tatsächlich geschieht. Es sind die Ereignisse die wir unter dem Fokus verschiedener Theorien beobachten und mit Hilfe wissenschaftlicher Instrumente untersuchen und unserer Wahrnehmung auf spezifische Art und Weise zugänglich machen.

„The world consists of mechanisms not events. Such mechanisms combine to generate the flux of phenomena that constitute the actual states and happenings of the world. They may be said to be real, though it is rarely that they are actually manifest and rare still that they are empirically identified by men“ (Bhaskar2008:47).

Erinnern wir uns an die soziale Komponente der wissenschaftlichen Praxis. Wissenschaft ist nicht nur ein institutionalisierter Produktionsprozess, bei dem in der Regel vorhergegangenes Wissen transformiert wird, sondern bedarf auch Akteuren, welche speziell ausgebildet wurden. Die Praxis des Experimentierens in der Wissenschaft ist also ein spezifischer sozialer Moment wissenschaftlichen Arbeitens. Nur in den wenigsten Fällen sind die drei Sphären der Welt deckungsgleich. Meist sind es Menschen, die diese Phasen in Einklang miteinander bringen um somit künstlich ein geschlossenes System zu schaffen, welches jenseits des Experimentes eher die Ausnahme ist (vgl. Bhaskar 2008:57,64,...). Den Unterschied, den die Kritisch Realistische Ontologie dann unter anderem macht, ist, dass sie uns darauf hinweist, dass das positivistische Ideal der Wissenschaft, nämlich die Suche nach invarianten, universellen Gesetzmäßigkeiten unhaltbar ist (vgl. López 2003:76).

Viel eher bedarf es eines anderen Konzeptes der Kausalität, welches uns ermöglicht dem Umstand gerecht zu werden, dass wir nicht davon ausgehen können, dass Mechanismus, Ereignis und Beobachtung aufeinander reduzierbar sind. Wir müssen also damit beginnen die Objekte unseres wissenschaftlichen Interesses bezüglich ihrer tendenziellen Fähigkeiten zu beschreiben und dann die Umstände untersuchen, unter denen diese Fähigkeiten in Erscheinung treten, also ein Ereignis beobachtet wurde.

Wenn wir beispielsweise einen Apfel auf den Boden fallen sehen, dann geht es darum zu beschreiben, dass die Erde als Masse die Fähigkeit besitzt den Apfel anzuziehen. Also dass der Mechanismus Schwerkraft existiert. Angenommen, der Apfel hingegen hinge zwischen zwei Körpern gleicher Masse, dann würde der Mechanismus Schwerkraft weiterhin existieren, jedoch keine Wirkung zeigen, weil sich die beiden Kräfte gegenseitig aufheben.

Wir könnten also nicht beobachten, dass der Apfel fällt. Deswegen die Theorie der Schwerkraft aufzugeben oder zu sagen sie existiere nicht, wäre ein Rückschritt wissenschaftlicher Erkenntnis.

Wir müssen also dem Umstand gerecht werden, dass sich die drei Sphären der Wirklichkeit nur in den wenigsten Fällen decken. Menschen haben die Fähigkeiten manipulativ in Strukturen und Mechanismen einzugreifen, sie können versuchen die drei Phasen experimentell in Einklang zu bringen (auch in den Sozialwissenschaften, wenn z.B. versucht wird die Welt so zu gestalten, wie es das neoliberale Modell vorgibt), deshalb ist Wissenschaft prinzipiell möglich. Doch für eine wissenschaftliche Entscheidungsrationale, die nicht reduktionistisch und ideologisch ist, bedarf es eines adäquaten Verständnisses von Struktur und Kausalität, jenseits des Konzeptes des klassischen Empirismus oder des transzendentalen Realismus.

Fähigkeiten, generative Mechanismen und Struktur

Das ausschlaggebende Kriterium für die Beschaffenheit der Welt, damit Wissenschaft möglich ist, ist, dass *Objekte* mit *Fähigkeiten* (im Original als „powers“ bezeichnet) ausgestattet sind. *Objekte* werden nicht atomistisch (wie im klassischen Empirismus), also als kleinste Einheit verstanden, sondern als eine wohl definierte Kategorie, als „*Objekt des Wissens*“, bzw. als Phänomen das erklärt werden soll.

Die Aufgabe der Wissenschaft ist es dann Objekte zu definieren und deren Fähigkeiten zu beschreiben; also zuerst zu entdecken, dass es bezüglich eines Gegenstandes überhaupt etwas gibt, das dazu führt, dass dieser Gegenstand auf eine ganz bestimmte Art und Weise agiert und dann zu erklären, was dazu führt, dass sich der beschriebene Gegenstand tatsächlich so verhält.

Diese Fähigkeiten der Objekte sind dann als Tendenzen zu begreifen, anstatt als universelle Gesetzmäßigkeiten. Tendenzen, welche den Objekten inne liegen, allerdings nicht zwangsläufig realisiert werden. Wir können nämlich nicht davon ausgehen, dass wir die einzige wirkende Kraft entdeckt haben (es muss davon ausgegangen werden, dass wir beispielsweise das Ergebnis zweier sich verstärkender Kräfte beobachten, oder ein erwartetes Ereignis nicht eintritt, weil sich zwei entgegengesetzte Kräfte neutralisieren). Ein Bei-

spiel ist die Tendenz kapitalistischer Produktionsweisen ihre eigene Basis der Realisierung des Mehrwertes durch mangelnde Konsumkraft zu entziehen und somit ständig das Potenzial zu bergen eine Wirtschaftskrise zu schaffen. Oder die Tendenz der modernen Gesellschaft Mythen zur Legitimierung von Handlungen zu produzieren und diese zu akzeptieren.

Mit dem Begriff *Generativer Mechanismus* lassen sich dann die Mechanismen fassen, die in ihrer Kombination zu den beobachteten Ereignisabfolgen führen. Also jene Aspekte der Struktur, auf Grund derer die Tendenzen aktiv werden, das heißt tatsächlich in Erscheinung treten.

Um den Begriff der Struktur dann besser zu verstehen ist es wichtig zu realisieren, dass die Objekte in diametral unterschiedlicher Weise in Beziehung zueinander stehen können. Nämlich in Form einer *externen/kontingenten* oder *internen/notwendigen* Relation. Externe Verhältnisse sind jene Relationen, bei denen verschiedene Objekte, jeweils für sich selbst existieren können. Die Fähigkeiten/Tendenzen des einen Objektes hängen nicht von jenen des anderen Objektes ab: Zum Beispiel das Verhältnis eines Erdklumpens zu einer x beliebigen Person oder die Existenz einer Wirtschaftskrise im Kapitalismus zur Gier der Bankvorstände (vgl. z.B. BEIGEWUM; Attac 2010:20,f.). Interne Verhältnisse werden hingegen jene Relationen genannt, in denen die Fähigkeiten/Tendenzen, das was ein Objekt ausmacht, von einem oder mehreren anderen Objekten abhängen. Zum Beispiel das Verhältnis von Herr und Sklave, von Schüler und Lehrer, von Wirtschaftskrise und Kapitalismus. Das bedeutet allerdings auch, dass die Veränderung des einen Objekt eine Veränderung des anderen bewirken kann. Für das Verständnis von Struktur in der Tradition des Kritischen Realismus, ist das bedeutend. Struktur lässt sich nämlich als ein Set von internen Verhältnissen oder Praxen verstehen, welche über Raum und Zeit variabel sind. Der Begriff der *Struktur* im Kritischen Realismus fasst also die Verknüpfung verschiedener Fähigkeiten von Objekten und beschreibt die Kräfte, die diese Objekte aufeinander ausüben.

Bei den meisten Phänomenen haben wir es schließlich mit mehreren solchen Strukturen zu tun, welche aufeinander bezogen sind, sich überschneiden aber nicht aufeinander reduziert werden können. Diese komplexe Verknüpfung, wechselseitige Stärkung und Schwächung von Strukturen, die typisch für jeden gesellschaftlichen Prozess sind, schaf-

fen für die Sozialwissenschaften schwierige Probleme. Es besteht nämlich stets die Gefahr einer Struktur Eigenschaften und Fähigkeiten zuzuschreiben, die eigentlich einer anderen entspringt (vgl. Pühretmayer 2005:34,f.). Das macht die empirische Überprüfung von Erklärungen, also die Konfrontation der Beschreibung mit realen Beobachtungen, notwendig. Bevor das jedoch diskutiert werden kann, bedarf es eines Konzeptes der Kausalität.

Kausalität

Der Begriff der *Kausalität* im Kritischen Realismus ist eng mit dem Verständnis von *Struktur* verwoben. Kritische Realisten verwerfen die Idee, dass Korrelationen zwischen Variablen grundsätzlich als kausale Beziehungen verstanden werden können. Variablen werden als konzeptuelle Interpretationen behandelt und Korrelationen als Beschreibungen eines Ereignisses und nicht als kausale Erklärung.

„[...] for critical realists correlation between variable are contingent effects of underlying casual processes. Thus, to note a correlation between voting and social class, for example, is not to explain a causal relationship, but to describe an event in need of further explanation. Such an explanation would have to explore how class was defined, how people (mis)perceived their material interests, what non-material factors influenced voting, and so on“ (Cruickshank 2003:2).

Kausalität bezieht sich dann nicht auf lineare „wenn x dann y Beziehungen“, sondern, auf die Beschreibung von Fähigkeiten von Objekten oder Verhältnissen, also auf abstrakter Ebene auf Mechanismen und Strukturen, aus denen die Emergenz von Ereignissen erklärt werden kann. Es geht um die Klärung der Fragen: Was macht etwas Bestimmtes geschehen? Was führt zu einem bestimmten Ergebnis, was produziert, generiert, bzw. ermöglicht es? Eine Ursache ist dann das, was für die Produktion einer Veränderung verantwortlich ist oder sein kann. In den sozialwissenschaftlichen Analysen sind Ursachen dann so was wie Gründe, Motive und andere Begriffe, welche intendierte Handlungen beschreiben und fassen können.

Implikationen für die Praxis

Wir haben nun eine Schablone um die Metaebene des Sozialen zu fassen. Das heißt, wir können die Teile spezifizieren, nach denen wir Ausschau halten müssen um soziale Phänomene zu beschreiben. Denn das Verständnis der Struktur der Realität hilft uns während des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses Fehler zu vermeiden und eine ausreichend komplexe theoretische Grundlage zu entwickeln (vgl. Lawson 2007:255). Das bedeutet, dass wir aus der rein logisch-philosophischen Debatte über die Beschaffenheit der Realität notwendige Anforderungen an eine Theorie sozialer Phänomene stellen können.

Legen wir das dargestellte Verständnis der Beschaffenheit der Realität unseren wissenschaftlichen Untersuchungen zugrunde, so haben wir (1) einen Entwurf der Realität welcher der sozialen Komplexität gerecht wird und die Erforschung von offenen Systemen unterstützen kann, indem wir eine Grundlage für die Arbeit mit Theorien haben und (2) die Basis aus der wir eine nicht-ideologische Entscheidungsrationalität ableiten können, um zwischen konkurrierenden Erklärungen/Theorien zu unterscheiden.

(1) Die Arbeit mit Theorien

Wir müssen davon ausgehen, dass es immer ein strukturiertes Komplexes Ganzes von extern und intern verbundenen Entitäten⁵ und Strukturen gibt. In den Sozialwissenschaften sind das beispielsweise Akteure und Akteurinnen, Aktionen, Rollen, Ressourcen, Praktiken, Interessen usw. Diese müssen als transformativ und nicht als starr konzipiert sein, denn sonst könnten sie nicht der Charakteristik des Lebendigen gerecht werden. Weil es in gesellschafts- und handlungsbezogenen Verhältnissen also grundsätzlich keine isolierbaren Mechanismen gibt, muss in in den Sozialwissenschaften die Praxis der Abstraktion anstelle von Experimenten herangezogen werden, um gedanklich geschlossene Systeme herzustellen (vgl. López 2003:78). Das bedeutet, dass eine passende Theorie zur Erklärung der sozialen Phänomene gefunden, bzw. erfunden werden muss.

Weil es dabei notwendig ist dem Umstand gerecht zu werden, dass sich der Untersuchungsgegenstand verändert, so wie sich das gesellschaftlich produzierte Wissen darüber

5 Entität ist ein Begriff aus der Philosophie der Wissenschaft und bezeichnen was bisher „Objekte“ und „Objekte des Wissens“ genannt wurde: Gegenstände, aber auch Mechanismen, Kräfte, etc.

permanent verändern kann, kann eine Theorie kein endgültiges Ende der Forschung sein. Wenn wir also die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus analysieren wollen, dann müssen wir, beispielsweise bei der Analyse der großen Weltwirtschaftskrise Anfang des 20. Jahrhunderts berücksichtigen, dass die sozialen und ökonomischen Strukturen, aus denen sie herausgegangen ist, verschieden zu jenen der Weltwirtschaftskrise Anfang dieses Jahrtausends sind. Das Ziel muss es also sein beides zu bewerkstelligen (a) den Fokus auf beständige Entitäten und Strukturen zu legen, welche beiden spezifischen historischen und lokalen Situationen zugrunde liegen und (b) die Veränderung von Theorien, aber auch das Entwickeln von neuen Theorien zuzulassen und zu fördern.

„[...] it is one of the central claims of critical realism that causal analysis must focus on those entities and structures that possess real causal powers, and therefore are capable of producing effects, if triggered, across actual contexts“ (Patomäki 2003:206).

Wenden wir uns erst Punkt (a) zu. Ein soziales System kann als strukturierter Prozess der Interaktion, eine Institution als soziales System oder soziale Struktur, ein Kollektiv als intern verknüpftes Set sozialer Positionen oder sogar als Verhaltensweise verstanden werden, welche relativ dauernd ist (vgl. Lawson 2007:262). Diese relativ dauernden Strukturen können dann auf relativ abstrakter Ebene, in Form einer theoretischen Erklärung, miteinander in Zusammenhang gebracht werden. In dem für diese Arbeit relevanten Fall sind es beispielsweise die kapitalistische Wirtschaftsweise und die Machtstrukturen hinter (wirtschafts-) politischen Aktionen, welche zu der beständigsten und abstrakten Ebene der untersuchten Dynamik der Wirtschaftskrise gehören. Deshalb soll die Dynamik der Krise auch im Spannungsfeld zwischen ökonomischen und politischen Strukturen erklärt werden.

(b) Um dem Umstand gerecht zu werden, dass die Welt als offenes System betrachtet wird, sich also ständig in Veränderung befindet, müssen Abstraktionen ständig adaptiert werden. Haben wir also geklärt, wonach wir Ausschau halten – indem wir relativ beständige Gegebenheiten identifiziert haben und uns eventuell auf einen theoretischen Standpunkt eingelassen haben – beginnt der Prozess des wissenschaftlichen Forschens, denn jede Theorie und Aussage muss, damit sie nicht rein ideell bleibt, empirisch geprüft werden.

„Any derivation of substantive theoretical results, reliance on specific methods and/or support for concrete policy proposals, requires that the ontological conception sustained be argued by specific empirical claims“ (Lawson 2007:259).

Hinter der Praxis der Wissenschaft sieht Bhaskar einen charakteristischen dialektischen Prozess zwischen dem Entdecken einer Regelmäßigkeit, dem Erfinden einer Erklärung und schließlich der empirischen Überprüfung derselben (vgl. Bhaskar 1998:49). Das entscheidende Charakteristikum ist dabei, dass es sich um einen fortlaufenden Prozess handelt, bei dem Erklärungen erfunden werden und dann der empirischen Prüfung unterzogen werden. Der Prozess der empirischen Prüfung Abstrakter Erklärungen, also die wissenschaftliche Auseinandersetzung auf Basis der Methode der Abstraktion und Konkretion erfordert schließlich beides: theoretische (abstrakte) und konkrete (tatsächliche) Kenntnisse (vgl. Jäger; Springler 2012:87).

Ein *kummulativ-zirkuläres Forschungsprogramm* (vgl. ebda) resultiert schließlich aus verschiedenen Forschungsschritten. Der Auseinandersetzung mit der Theorie auf abstrakter Ebene, der Beobachtung von Ereignisse auf konkreter Ebene und der Modifikation, bzw. Kreation von Erklärungen und Theorien (siehe Abbildung 2: Forschungszirkel).

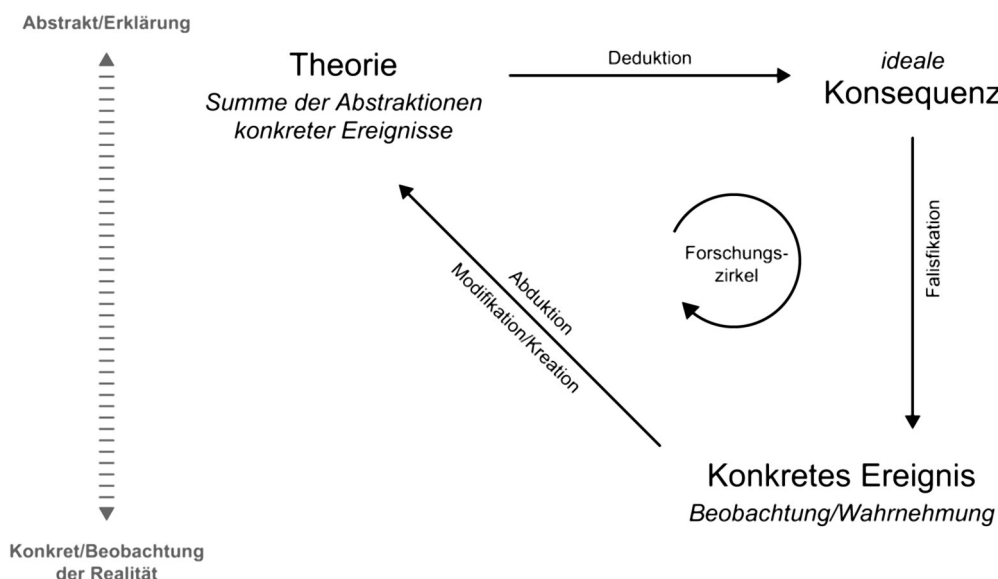


Abbildung 2: *Forschungszirkel* (nach eigener Darstellung)

Nun gibt es verschiedene Argumente dafür an welcher Stelle der Prozess des Forschens beginnen soll. Konsequenz zu Ende gedacht, muss jeder Forschungsprozess in seinem Ursprung mit der Beobachtung eines konkreten Ereignis begonnen haben. Allerdings lässt sich kaum behaupten, dass es heutzutage noch möglich ist einen Forschungsbeitrag zu leisten, ohne von irgendwelchen theoretischen Standpunkten beeinflusst zu sein. Das würde dafür sprechen, dass der Forschungsprozess mit einer Auseinandersetzung der Theorie beginnen muss.

In der Praxis der Wissenschaft ermöglicht die Deduktion, also der Schluss vom Allgemeinen auf das Einzelne, die Falsifikation, bzw. Verifikation von Theorien und ist die dominante Methode der Sozialwissenschaften (vgl. Novy 2002:18). Von einer Theorie deduzierte, also logisch abgeleitete Aussagen können an konkreten, spezifischen Ereignissen getestet werden. Novy bemerkt, dass diese Methode der Deduktion jedoch wissenschaftlichen Fortschritt ausschließt, weil der Forschungsprozess auf das Widerlegen oder Verfeinern von Theorien beschränkt wird und somit wissenschaftliche Revolutionen zu einer Seltenheit machen (vgl. ebd.). Das wiederum würde dafür sprechen, dass jeder Forschungsprozess mit einer kreativen Behauptung auf der Basis einer Beobachtung beginnen muss.

Eben das ermöglicht die Abduktion⁶. Sie erlaubt es Neues zu entdecken und dem Umstand gerecht zu werden, dass Wissenschaft nicht als abgeschlossener Prozess gesehen werden kann sondern, dass versucht werden sollte, in einem spiralenförmigen Voranschreiten, das verfügbare Wissen zu erweitern. In dem prozesshaften Voranschreiten der Wissenschaft ist dann die weitere Überprüfung der abduktiv gewonnenen Aussagen ausschlaggebend.

Andreas Novy setzt bei seiner Argumentation für abduktives Schlussfolgern die Notwendigkeit in den Vordergrund starre, verfestigte und (gerade bei der Erforschung des „Ande-

6 Rein formalistisch gesehen ist die Abduktion ein logischer Fehlschluss, weil eine konditionale Aussage (wenn A, dann B) bikonditional ausgelegt wird (wenn A dann B, dann muss auch wenn B dann A gelten). Die Konsequenz ist, dass eine abduktiv gewonnene Aussage zwar logisch gestützt ist, allerdings nur eine von vielen möglichen Ursachen ist. Angenommen wir wissen, dass alle Katzen schwarz sind und wir beobachten, dass Felix schwarz ist, wäre ein abduktiver Schluss die Folgerung, dass Felix eine Katze ist. Das ist jedoch falsch, denn Felix könnte auch ein Stück Kohle sein, oder ein Rabe, also alles von dem wir zu wissen glauben, dass es schwarz ist. Gleichzeitig sind es abduktive Schlüsse, welche neue Erklärungen ermöglichen, weil „[...] der verallgemeinernde Charakter der Abduktion darin besteht, von einer Art zu einer anderen zu gelangen“ (Stangl o.J.).

ren“, z.B. von „fernen“ Gesellschaften) Vorurteil behaftete Weltansichten, welche sich sowohl in der Forschungspraxis als auch in etablierten Theorien widerspiegeln (ein Beispiel wäre der Großteil der *Rational Choice* Ansätze), entgegen zu wirken:

„An die Stelle logischen Ableitens ein kreatives, wenn auch durch die Logik kontrolliertes Denken zu setzen, revolutioniert die Weltansicht. [...] Abduktiv erarbeitete 'Gedankenblitze', die logisch abgesichert werden, können Grundlage vernetzter Strukturmodelle und die Wirklichkeit neu strukturierenden Theorien werden“ (Novy 2002:19).

Nichts desto trotz handelt es sich bei Phänomenen der Gesellschaft um vielschichtige Probleme, sodass eine Person alleine nicht über die notwendigen Kompetenzen verfügen kann, die für eine ganzheitliche Analyse notwendig wären (vgl. Novy 2005:10). Die Möglichkeit, durch ontologische Untersuchungen Klarheit in Bezug auf die Beschreibung der Natur und Struktur verschiedener Sphären der Realität zu schaffen, ermöglicht es uns allerdings die Einsichten verschiedener wissenschaftlicher Untersuchungen zu kombinieren (Lawson 2007:262). Transdisziplinäre Forschung in Form von intellektueller Arbeitsteilung in der Tradition des Kritischen Realismus macht somit die Analyse von sozialen Phänomenen trotz ihrer Komplexität möglich. Weil die meisten Phänomene, mit denen sich die Sozialwissenschaften beschäftigen, bereits identifiziert wurden, dank der „*concept-dependent nature of social activity*“ (vgl. Bhaskar 1979:49), ist die Sozialwissenschaft also gerüstet mit der Analyse zu beginnen und muss nicht erst das Rad neu erfinden, womit die Sozialwissenschaften die Möglichkeit besitzen den relativen Vorsprung der Naturwissenschaften problemlos zu überwinden (vgl. Lawson 2007:262).

Für diese Arbeit ist es schließlich notwendig mit der Reflexion der theoretischen Grundlage zu beginnen. Dabei ist klar, dass der Planung und Auseinandersetzung mit der Arbeit Beobachtungen konkreter Ereignisse voraus gegangen sind. Darüber hinaus sind die angewandten Theorien mit der Tradition des Kritischen Realismus vereinbar und können somit als intellektuelle Verdichtung der Summe konkreter Ereignisse verstanden werden. Damit ist das prozesshafte Voranschreiten in der Praxis der Wissenschaft gemeint. Konkrete Beobachtungen werden beschrieben, verallgemeinert und in die Form einer Theorie gebracht.

Die Frage die schließlich noch offen bleibt ist, anhand welcher Kriterien eine Theorie falsifiziert werden soll und implizit woran sich Modifikationen der Theorie orientieren sollen.

(2) Erklärungsgehalt als Entscheidungsrationaliät

Weil Experimente in ihrer idealisierten Form nicht durchführbar sind, aber auch weil die Produktion von Erkenntnis als Prozess ohne Ende konzipiert werden muss, kann die Falsifikation von Theorien nicht im klassisch empirischen Sinn geschehen. Ein erstes Ausscheidungskriterium ist die grundlegende Ontologie einer Theorie, denn eine Theorie kann erst dann nicht-ideologisch sein, wenn ihr eine nicht reduktionistische Ontologie zugrunde liegt (siehe Ideologie und Ontologie).

Entspricht eine Theorie den ontologischen Anforderungen des Kritischen Realismus, bedarf es weiterer Entscheidungsrationaliäten um zwischen konträren Theorien zu unterscheiden. Bhaskar schlägt beispielsweise vor eine Theorie anhand ihrer Erklärungsreichweite zu beurteilen.

„I suggest that they are falsified by their incapacity to explain in a non-ad-hoc way a range of phenomena that takes on a special significance for the agents that participate in the forms of social life they define“ (Bhaskar 1975:246)

Die anhaltend hohe, Arbeitslosenrate in den 1920ern in England (vgl. Temin 1991:3,f.) und die Massenarbeitslosigkeit in den 1930ern muss somit als Falsifikation der Neoklassischen Theorie gesehen werden. Der Versuch, die *Realität* durch politische Eingriffe so hinzubekommen, wie es die Theorie postuliert, nämlich die totale Liberalisierung des Marktes, muss schlicht als reine Ideologie gewertet werden.

Um zu argumentieren, dass Experimente selbst mit der Wissenschaftsauffassung des Kritischen Realismus möglich sind, führt Tony Lawson den Begriff der *demi-regularities* oder kurz *demi-regs* ein. Ein demi-reg ist eine partielle Ereignisregularität, welche bis auf Widerruf (solange sich keine gegenteilige Evidenz findet), schwächer als eine universelle Aktualisierung eines Mechanismus oder einer Tendenz, in einer gewissen Region und Zeit beobachtet wird. Diese werden, ganz nach der Logik der Kontrollgruppe oder Kontrollpopulati-

on, als Kontrast zu einem anderen Ereignis, Trend oder Prozess definiert.

Beispielsweise die Häufigkeit von Frauen in Kontrast zu Männern im sekundären Sektor; die Einkommensschere zwischen verschiedenen Berufsgruppen; die ungleiche Regionalentwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie der Euroländer; usw.

„That is, most social demi-regs capture reasonably systematic differences (or more generally patterns) at the level of actual outcomes between two groups whose causal histories are such that the outcomes in question might reasonably have been expected to be broadly the same, or at least to stand in some definite anticipated or plausible relationship which is systematically at odds with what we observe.“ (Lawson 1998:150)

Dabei sind jene Beobachtungen von Interesse, welche nicht erwartet wurden und uns überraschen, da sie sowohl mit unseren gesammelten Alltagserfahrungen als auch mit unseren wissenschaftlich informierten Erwartungen brechen. Es handelt sich somit um eine abgeschwächte Form der Falsifikation, zumindest aber um Hinweise, wo Erklärungsbedarf existiert. Das ist besonders von Bedeutung um Stellen innerhalb der Theorie zu lokalisieren an denen weitere Fragen gestellt werden müssen um schließlich zu entscheiden ob sie sinnvoll modifiziert werden kann, oder ob sie verworfen werden sollte. Hat man einen *interessanten* demi-reg gefunden, so ist das Ziel dann, einen oder mehrere direkt verantwortliche Faktoren zu identifizieren, welche in der einen Situation operativ waren, nicht aber in einer anderen. Darin spiegelt sich der Kausalitätsbegriff des Kritischen Realismus wieder, welcher als „Ereignis x und nicht Ereignis y“ im Gegensatz zum „Wenn x dann auch y“ Paradigma, verstanden werden kann. Dieser ermöglicht es jedoch auch, sollte die „Ereignis x und nicht y“ Beobachtung komplett den Erwartungen auf einem höheren Abstraktionsniveau widersprechen, so ist das ein eindeutiger Hinweis dafür, dass nach alternativen Erklärungen und neuen Theorien gesucht werden sollte.

Vorhersage Exaktheit kann also auch hier kaum ein Kriterium für die Bevorzugung einer Theorien gegenüber einer anderen sein. Ein sinnvolles Beurteilungsmerkmal bleibt also die Erklärungskraft der Theorie (vgl. Lawson 1998:157).

Schlussfolgerung für die Untersuchung der Kriseninterventionen

Verfolgt man die Wirtschaftskrise seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007, dann lassen sich verschiedene Momente beobachten. Auf einer politischen Ebene wird um die Darstellung der Krisenursachen gerungen um die kostspieligen staatlichen Eingriffe zur Rettung der Banken, der Wirtschaft und schließlich zur Sanierung der resultierenden Staatsdefizite zu legitimieren. Ökonomisch lassen sich regionale Unterschiede in den verschiedenen Krisenentwicklungen beobachten, strukturelle Ungleichgewichte und die tendenzielle Verschlechterung der Situation in den Ländern der europäischen Peripherie, welche von der Krise besonders betroffen sind.

Bezeichnend für das Krisenmanagement und einhergehende Strukturanpassungen ist, dass jene Akteure und Akteurinnen am stärksten involviert sind, welche bis zum Ausbruch der Krise am stärksten von den herrschenden Strukturen profitieren konnten. Analytisch ergibt sich also das Problem, dass die Krise auf einer ökonomischen Ebene von den Entscheidungen verschiedener Agenten verursacht wurde, welche sich in gewissen politisch verhandelten Strukturen bewegen konnten. Gleichzeitig jedoch sind es eben diese Agenten, welche enormen Einfluss auf die Gestaltung und Veränderung dieser Strukturen während der letzten Dekaden bis hin zum aktuellen Krisenmanagement üben. Dazu kommt, dass es sich bei der Krise um ein Phänomen handelt von dem der Großteil der Bevölkerung betroffen ist. Das aktuelle Krisenmanagement, obgleich es von gewissen Akteuren dominiert wird, ist also umkämpft in dem Sinn, dass es von sozialen und politischen Machtstrukturen durchzogen ist und beeinflusst wird.

„Social reality, then, is a relational totality in motion“, (vgl. Lawson 2009a:765) so der Standpunkt aus der Tradition des Kritischen Realismus, wonach die Erforschung sozialer Phänomene durch die theoriegeleitete Beschreibung grundlegender Strukturen der Phänomene des Interesses geschehen muss. „Science is no longer restricted to, or primarily concerned with, correlating actualities; rather it aims to uncover the mechanisms, etc., that govern surface phenomena“ (Lawson 2009b:172).

Für das Verständnis der aktuellen Krise ist es dabei wichtig den Zusammenhang von Strukturen und Agenten zu verstehen, welche sich gegenseitig beeinflussen und verän-

dem. Begreift man Wissen als Struktur, welche den Handlungen von Individuen zugrunde liegt, die wiederum auf diese und andere Strukturen zurückwirken, dann kommt der Dominanz der Neoklassischen Wirtschaftstheorie, neben ihrer Präsenz in der Neoliberalen Politik, eine besondere Rolle zu. Diese kann nämlich auf mehreren Ebenen die Ursachen der Krise nicht ergründen, wird dennoch dafür hergezogen. Das Resultat ist, dass die ökonomischen Ursachen der Krise verschleiert bleiben und fragwürdige Hilfsklärungen herangezogen werden, wie z.B.: „die Länder in der Krise sind selber schuld, weil sie zu wenig Leistung erbracht haben“, „der Staat hat die Wirtschaft daran gehindert sich ideal zu entfalten“, oder „die Gier der Menschen war schuld, es handelt sich um Individualversagen, die Märkte tendieren dennoch zum idealen Gleichgewicht“.

Dabei ist das Problem der modernen Wirtschaftslehre in erster Linie das Unvermögen den ontologischen Strukturen ihres Untersuchungsgegenstandes, nämlich der sozialen Sphäre methodisch gerecht zu werden (vgl. Lawson 2009b:122). Nicht nur die Grundannahmen der verwendeten Modelle – am offensichtlichsten problematisch sind jene der „rationalen Erwartungen“, der „repräsentativen Agenten“, der „Neutralität des Geldes“ und der „Perfekten Konkurrenz“, wonach eine Ökonomie immer im Gleichgewicht ist – lassen sich nicht plausibel argumentieren, sondern der mathematische Formalismus als einzige methodische Grundlage der modernen Ökonomie steht einer realistischen Beschreibung tatsächlicher Erscheinungen im Weg. Dabei wird nämlich implementiert, soziale Phänomene könnten als geschlossene Systeme theoretisiert werden (Lawson 2009a:128).

Im Kontext der sozialen Strukturen der Wissenschaften wird dieses Unvermögen der Wirtschaftswissenschaften institutionell reproduziert und instrumentalisiert, denn auch wenn die Theorie nicht vermag die Krise zu erklären, so liefert sie dennoch Argumente den Einfluss des Staates zu reduzieren und möglichst komplett den Unternehmern und Finanzmarktakteuren und Finanzmarktakteurinnen zu überlassen, die Steuern zu senken und die Krisenländer durch Lohnsenkungen wieder wettbewerbsfähig zu machen. Auf der Ebene der institutionalisierten Wissenschaften drückt sich das in der Verteilung der Ressourcen aus „[...] almost all are given over to the mathematical modelling project“ (Lawson 2009b:123). Die dominante Ökonomie ist somit in zunehmendem Maße ein dogmatisch-ideologisches Projekt.

Allerdings sind nicht alle existierenden theoretischen Ansätze mit den Anforderungen des Kritischen Realismus unvereinbar. Neben der Neoklassik lassen sich im groben zwei weitere Wissenschaftstraditionen nennen, welche für die Analyse der Krisenerscheinungen in Frage kommen. Der Keynesianismus und die Internationale Politische Ökonomie. Der Keynesianismus zeichnet dadurch aus, dass er ökonomischen Instituten eine wichtige Rolle zuschreibt und von stabilen ökonomischen Ungleichgewichten ausgeht. Das bedeutet, dass der Kapitalismus mit konstanter (ungewollter) Arbeitslosigkeit funktioniert. Auch wenn Keynes selbst nicht Bezug auf den Kritischen Realismus nimmt, lässt sich der Keynesianismus als Methode durchaus mit dem Kritischen Realismus vereinbaren (vgl. Jäger; Springler 2012:38).

Im Unterschied zum sogenannten Bastard-, Neo-, und Neu-Keynesianismus, welcher in der modernen Makroökonomie angewandt wird und sich durch die unkritische Übernahme der Methoden und Prämissen der Neoklassik auszeichnet, kann der Keynesianismus einen guten Überblick über makroökonomische Strukturen schaffen. Darüber hinaus lässt sich der Keynesianismus in der aktuellen politischen Situation am ehesten als Gegenkraft zur Neoklassik ins Spiel bringen.

Die Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) baut mittlerweile stark auf den Kritischen Realismus (vgl. Jessop 2001). Dabei handelt es sich bei der IPÖ um einen Sammelbegriff verschiedener theoretischer Ansätze, welche sich dadurch auszeichnen, dass sie Ökonomie als Sozialwissenschaft verstehen, bei der die soziale, politische und ökonomische Ebene zusammengedacht werden. Eine, für die Analyse kapitalistischer Wirtschaftssysteme und Gesellschaften sehr ergiebige Theorie, ist die Regulationstheorie. Diese kann im Wesentlichen als eine Weiterentwicklung (post)marxistischer Krisenanalysen verstanden werden. In beiden Fällen handelt es sich um eine Tradition, die älter ist als der Kritische Realismus. Dennoch lässt sich zeigen, dass die Regulationstheorie, welche eine Verfeinerung und Weiterentwicklung der (post)marxistischen Krisenanalyse ist (vgl. z.B. Karathanassis 1998), den Anforderungen des Kritischen Realismus entspricht (vgl. Jessop 2001).

Im Folgenden gebe ich einen Überblick über die Debatte (post)marxistischer Krisenanalysen welche ich zur Grundlage der Analyse der ökonomischen Mechanismen der Krise heranziehe. Darauf aufbauend stelle ich die Ansätze der Regulationstheorie dar und zeige wie diese für die Analyse der Wirtschaftskrise im EURO-Raum verwendet werden kann. Diese wird im vierten Kapitel durchgeführt werden. Dabei handelt es sich im Sinne des Kritischen

Realismus um eine Bewegung vom Abstrakten zum Konkreten, wobei ich bei den Schritten von der (post)marxistischen Krisentheorie zur Regulationstheorie Bezug auf die tatsächlichen Krisenerscheinungen nehmen und anhand der Interpretationen der Entwicklung Anknüpfungspunkte für die theoretische Verfeinerung der Analyse durch die Regulationstheorie aufzeige. Nachdem diese im vierten Kapitel angewandt wird, gebe ich einen kurzen Überblick über mögliche Erweiterungen der Theorie für zukünftige Arbeiten.

Bei den Darstellungen der Theorien in den folgenden beiden Kapiteln handelt es sich bereits um eine Reflexion mit den konkreten Krisenerscheinungen, wie sie im vierten Kapitel dargestellt werden. Um diese Arbeit besser lesbar, übersichtlicher und verständlich zu machen stelle ich die Auseinandersetzung mit den Krisenerscheinungen jedoch als geschlossene Kapitel dar. Erst im vierten Kapitel geschieht dann eine direktere Auseinandersetzung mit den beobachtbaren Krisenerscheinungen und den diversen Reaktionen darauf.

Die (post)marxistische Krisentheorie

Ungleichgewicht und Widerspruch als Analytischer Ausgangspunkt

In diesem Kapitel geht es darum die widersprüchlichen Tendenzen ökonomischer Produktionsprozesse darzulegen und eine methodische und inhaltliche Gegenposition zu der kritisierten neoklassischen Wirtschaftstheorie und daraus abgeleiteten Krisenerklärung zu beziehen. Gleichzeitig bildet die Darstellung ökonomischer Krisenprozesse, so wie sie in diesem Kapitel geschieht, die Grundlage meiner Analyse der ökonomischen Sphäre.

Die analytische Herangehensweise (post)marxistischer Krisenanalysen unterscheidet sich maßgeblich von gleichgewichtsorientierten Analysen. Das Verständnis ökonomischer Prozesse, das ich hier zu vermitteln versuche, geht weder von einer linearen historischen Entwicklung, noch von vorhersehbaren Zyklen aus. Ausgehend von den grundlegenden divergierenden Kräften, hinter kapitalistischen Produktionsprozessen, soll die Widersprüchlichkeit dieser zum Ausgangspunkt der Analyse gemacht werden. Der Fokus der Krisenanalyse soll also nicht darauf liegen „was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält“, sondern was sie zu zerreißen droht. In der Tradition des Kritischen Realismus ist es dann notwendig fortschreitend fragend Widersprüchlichkeiten zu lokalisieren und zu versuchen diese zu überwinden.

Gewissermaßen sind die Strukturen kapitalistischer Produktionsprozesse Kern dieser Arbeit, weil es um die Produktion und Reproduktion der materiellen Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft geht und deren Krise vordergründig von den untersuchten Kriseninterventionen behandelt werden. Weil die politische Reaktion auf ökonomische Krisen direkter und schneller verläuft, als wie umgekehrt, kann eine ökonomische Krise in gewisser Weise, in der Terminologie des Kritischen Realismus auch als generativer Mechanismus verstanden werden. Die Sichtweise, die hier dargestellt wird, ermöglicht es auf den inhärenten Widerspruch kapitalistischer Produktionsprozesse hinzuweisen und tendenzielle Grenzen und an diesen manifest werdende Krisenerscheinungen kapitalistischer Produktionsprozesse aufzuzeigen. Es handelt sich somit um die relativ beständigen Strukturen, welcher auf sehr hohem Abstraktionsniveau, als beständige Variablen des Untersuchungsgegenstandes verstanden werden können.

Der Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise, so wie er in diesem Kapitel behandelt wird, ist zuerst auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau angesiedelt. Gerade deshalb lässt sich, daraus ein verbindendes Element zur Erklärung der multiplen Krisenerscheinungen (vgl. Bader 2011) mit denen wir es zu tun haben, ableiten. Und zwar die widersprüchlichen, auseinanderstrebenden Interessen zweier transitiver Komponenten⁷ kapitalistischer Produktionsweisen, nämlich die diametral entgegen strebenden Interessen von Kapital und Arbeit.

Dass die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise nicht starr sind und auf welche Art und Weise die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Produktionsprozesse gesellschaftlich behandelt wird, ist dann Thema des nächsten Kapitel, wenn es darum geht die Regulationstheorie zur Basis der sozialen Ontologie dieser Analyse zu machen. Dadurch wird es möglich, nicht nur die Komplexität der multiplen Krisen zu fassen, sondern auch auf verschiedene Kräfte (im Sinne von Fähigkeiten) hinzuweisen, welche die tendenziellen Grenzen kapitalistischer Produktionsprozesse verschieben können. In anderen Worten ausgedrückt soll auf Strukturen und regulative Möglichkeiten hingewiesen werden, welche die grundlegenden Widersprüche, welche der Krise zugrunde liegen, verstärken oder entspannen können.

Elemente der kapitalistischen Krisendynamik

Die Krisentheorie bei Marx ist in der (post)marxistischen Debatte nicht unumstritten. So lassen sich verschiedene Interpretationen der Marxschen Krisendynamiken finden. Einen Überblick darüber liefert Sablowski (Sablowski 2003), wobei dieser bemerkt, dass jeder dieser Ansätze zum Verständnis ökonomischer Dynamiken in kapitalistischen Systemen beitragen, jedoch nicht die ganze Komplexität kapitalistischer Krisendynamik ausreichend erklären kann (vgl. Sablowski 2003:438).

So scheidet beispielsweise das Gesetz der tendenziell Fallenden Profitrate, welches lange Zeit als das Herzstück der Marxschen Kapitalismusanalyse stilisiert wurde daran, dass sich nicht allgemein aus dem Prozess kapitalistischer Akkumulation eine fallende Profitrate

⁷ Transitiv, wie in dem einleitenden Kapitel dargelegt wurde, weil das eine nicht ohne das andere existieren kann

ableiten lässt (für eine ausführliche Darstellung vgl. Heinrich 2005:140, ff.). Für den Fall der Profitrate kann es viele verschiedene Ursachen geben, z.B. Lohnentwicklungen, Rohpreisschwankungen, Schwankungen der Wechselkursparitäten etc. welche sich nicht aus der „spezifischen kapitalistischen Produktionsweise“ (die Produktion des relativen Mehrwerts durch den vermehrten Einsatz von Maschinen) ableiten lassen (vgl. vgl. Heinrich 2011:327,ff.). Die Vielfalt an möglichen Ursachen für den tendenziellen Fall der Profitrate aber auch für Umstände, unter denen die Profitrate steigen kann, müssen statt dessen in den Institutionen, welche die kapitalistische Akkumulation tragen, gesucht werden.

Marxistische Theoretiker können sich dann, wenn sie die Kritik ernst nehmen, nicht auf dem Gesetz der tendenziell fallenden Profitrate ausruhen. Diesem muss schlicht der Anspruch einer Gesetzmäßigkeit abgesprochen werden und bedarf weiterer Untersuchungen. Durch die logische Inkonsistenz des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate verliert die marxistische Theorie allerdings nichts an ihrem Erklärungsgehalt und auch nicht die Möglichkeit die Beschränktheit der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären, denn diese kommt „[...] bereits darin zum Ausdruck, dass die Entwicklung der Produktivkräfte und die Produktion des Reichtums der Verwertung des Werts untergeordnet sind und dieser bornierte Zweck eine Fülle von Destruktionskräften gegenüber Menschen und Natur freisetzt“ (Heinrich 2005.153).

Das wiederum lässt sich auf die auseinanderstrebenden Interessen von Kapital und Arbeit zurückführen, welche jeglicher kapitalistischen Produktionsweise inhärent ist. Ausgehend davon, dass die ökonomischen Prozesse unkoordiniert von zwei, in ihren Interessen widersprüchlichen *Klassen*, beeinflusst werden, lässt sich die unüberwindbare Krisentendenz kapitalistischer Produktionsprozesse ableiten.

Die Treibende Kraft der Geschichte: Der Akkumulationsimperativ

Jeder kapitalistischen Produktion liegt der Akkumulationsimperativ, also nach Marx der Zyklus G-W-G', zugrunde (Marx 1962: 165). Geld (G) wird investiert um Waren (W) zu produzieren welche durch ihren Verkauf mehr Geld (G') beschereen sollen. Wurden anfangs 100 € investiert um ein Produkt zu produzieren, das um 110 € verkauft wird, dann werden 10€ Mehrwert produziert, welche wiederum investiert werden können um weitere Gewinne

zu erzielen. Jede gelungene Kapitalverwertung ist dann nicht nur das Ende des Kreislaufs $G-W-G'$, sondern gleichzeitig auch der Beginn weiterer Kapitalakkumulation. Diese unersättliche Wachstumsdynamik, getrieben durch den strukturellen Zwang des Konkurrenzdruck, strebt nicht nur seinen ökologischen Grenzen der Ressourcenreproduktion entgegen, sondern stößt auch immer wieder an seine systemimmanente Wachstumsgrenze, den unauflösbaren Selbstwiderspruch des Kapitalverhältnisses (vgl. Lohoff; Trenkel 2012:25). Dabei handelt es sich um den Umstand, dass die Interessen des Kapitalisten mit jenen des Arbeiters in einem unauflösbaren Widerspruch stehen: die gezahlten Löhne bestimmen einerseits die Nachfrage nach Produkten und sind somit notwendig um den Mehrwert auch wirklich zu realisieren, andererseits gehen sie aber auch als Kosten in die Kalkulationen der Kapitalisten ein, welche den Mehrwert reduzieren und sich auf die Konkurrenzfähigkeit nieder schlagen.

Auf der einen Seite existieren also die Zwänge und Interessen des Kapitalisten und der Kapitalistin. Ein Unternehmen produziert, weil es Gewinn machen möchte um sein Kapital zu vermehren, nicht um die Gesellschaft mit den Gütern zu versorgen die sie braucht oder fordert. Das zentrale Motiv der kapitalistischen Produktion ist nämlich am Ende des Tages mehr Reichtum zu besitzen, also Profit zu machen. Dabei wird *abstrakter Reichtum* produziert. Abstrakt, weil der *abstrakte Wert* der Güter nichts mit seinem Gebrauchswert zu tun hat und in Geld ausgedrückt wird. Die Produktion von nützlichen Dingen ist nur eine Begleiterscheinung der Produktion von Produkten, die einen *Wert* besitzen. Um den Profit auch wirklich zu realisieren, müssen Güter *Wert* besitzen, der am Markt in Form von Geld realisiert werden kann. „Die Produktion *stofflichen* Reichtums in der Gestalt nützlicher Dinge ist unter diesen Bedingungen also immer nur notwendige Begleiterscheinung der Produktion *abstrakten* Reichtums, wie er sich im Geld ausdrückt“ (Lohoff; Trenkle 2012:23). Bedürfnisse, die sich nicht in Kaufkraft ausdrücken lassen, gelten prinzipiell als nicht vorhanden in den Produktionsplänen kapitalistischer Unternehmen. Es wird nur hergestellt wofür es einen „Markt“ gibt, auf dem die Produkte gewinnbringend verkauft werden können. „Dieser Fetischismus der Warenproduktion liegt all jenen objektivierten kapitalistischen Sachzwängen zugrunde, die als 'natürlich' oder 'allgemein menschlich' erscheinen und daher nicht infrage gestellt werden“ (Lohoff; Trenkle 2012:24). Dazu zählt dann auch der Drang nach permanentem Wachstum, ein Fetisch der als Fortschritt verkauft wird (vgl. Postone 2003:404, f. zit. nach Lohoff; Trenkle 2012:24).

Auf der anderen Seite steht der Arbeiter und die Arbeiterin. Diese⁸ sind frei von Produktivkräften und frei ihre Arbeit zu verkaufen. Arbeit ist dabei sein lebensnotwendige Zweck. In der kapitalistischen Gesellschaft besteht dieser darin, Geld zu verdienen um Zugang zum gesellschaftlich produzierten Warenreichtum zu erlangen. Der Arbeiter und die Arbeiterin verkaufen also ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten und die Kapitalistin und tragen somit die Produktion der Güter. Dabei ist auch für den Arbeiter und die Arbeiterin nicht die Produktion die Motivation ihrer Tätigkeit, sondern Geld zu verdienen um Zugang zum lebensnotwendigen Warenreichtum der Gesellschaft zu erlangen.

Die produzierten Waren stehen nun, entweder für den konsumptiven Endverbrauch in den Regalen der Geschäfte oder der weiteren Produktion zur Verfügung. Sie dienen also der Realisierung des Mehrwertes und dem lebensnotwendigen Konsum der Arbeiter oder gehen in weitere Produktionsprozesse in Form von Rohstoffen, Werkzeugen oder Maschinen als Investition ein. Die Verausgabung von Arbeit ist dann, vom Standpunkt des gesellschaftlichen Ganzen, nicht nur Mittel, sondern auch Zweck der Produktion (vgl. Lohoff; Tränkel 2012:28). Verausgabte menschliche Arbeit ist nicht nur notwendiger Bestandteil der Produktion, sondern, in Form der für den Verkauf gefertigten Produkte, auch das Ziel kapitalistischer Akkumulation – sowohl für den Kapitalisten und die Kapitalistin, welche unter Konkurrenzdruck Mehrwert abschöpfen möchten, als auch für den Arbeiter und die Arbeiterin, welcher sich das Recht zu konsumieren und zu Überleben erarbeiten möchten.

Nun ist aber nicht die Fähigkeit des einzelnen entscheidend für den Maßstab der Produktivität von Arbeit (und somit die Preise der Arbeit und Güter), sondern die gesellschaftlich durchschnittlich benötigte Arbeitszeit. Die gesellschaftlich benötigte Arbeitszeit zur Produktion eines Gutes stellt also eine allgemeine zeitliche Norm dar. Diese Norm verändert sich jedoch im Zuge einer unaufhaltsamen Dynamik, nämlich durch Konkurrenz getriebenen *Effizienzsteigerung*. Dieser Mechanismus der Produktivitätssteigerung, also der Senkung der benötigten Arbeitszeit eines Produktes unter ihre gesellschaftliche Norm, wirkt sich unter dem Motiv der Mehrwertproduktion sowohl auf den *abstrakten Wert* der Produkte (und schließlich auf den realisierbaren Geldwert) aus, als auch auf die Masse der Arbeitslosen. Da in einer Arbeitsstunde plötzlich mehr der selben Produkte produziert werden können,

8 Die gesonderte Rolle der Frauen auf Grund der patriarchalen Strukturen des Kapitalismus können hier aus Platzgründen nicht gesondert behandelt werden. Grundsätzlich wird jedoch die Ansicht vertreten, dass der Kapitalismus, auf der abstrakten Ebene dieser Darstellung, keiner (sozialen) Geschlechtertrennung bedarf.

benötigt es weniger Arbeitskräfte: Durch die Konkurrenz getriebene Produktivitätssteigerung können mehr dieser Produkte produziert werden oder es kann billiger produziert werden und der Unternehmer und die Unternehmerin haben die Möglichkeit einen Extraprofit einzustreichen.

Der Vorteil den ein Produzent und eine Produzentin durch die Steigerung der Produktivkraft haben ist allerdings nur kurzfristig, da die Konkurrenten und Konkurrentinnen nachziehen und die neuen Produktionsverfahren ebenfalls einsetzen. „Der Wettlauf um die produktiven Methoden tritt nun in eine neue Runde, die aber von einem höheren allgemeinen Niveau der Produktivität ausgeht und ihrerseits auch nur eine weitere Drehung in der unaufhaltsamen Spirale der Produktivitätssteigerung darstellt“ (Lohoff; Trenkle 2012:31).

Wegen dieser Dynamik, bei der die konkurrierenden Interessen zwischen Arbeit und Kapital stets reproduziert werden, spricht Marx von dem „prozessierenden Widerspruch“ des Kapital.

„Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. [...] Nach der einen Seite hin ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums (relativ) unabhängig zu machen von der auf sie angewendeten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten“ (Marx; Engels 1983:610,f.).

Der unauflösbare Widerspruch des Kapitalismus: Kapital und Arbeit

Der innere Motor kapitalistischer Krisendynamiken ist also der Akkumulationsimperativ, welcher der kapitalistischen Praxis der Produktion eingeschrieben ist – ein Unternehmer oder eine Unternehmerin investiert in die Produktion von Gütern um Gewinne zu erzielen. Dabei ist es der Konkurrenzdruck welcher den Kapitalisten zu ständigen Produktivitätssteigerungen treibt und somit, durch den Versuch ständig billiger, mehr zu produzieren die Basis der Realisierung des Mehrwert, nämlich den Konsum, untergräbt.

Die Erklärung von Wirtschaftskrisen als Krise zu niedriger Löhne greift allerdings zu kurz. Zwar wird der Konsum der Arbeiterklasse durch die Logik der Profitmaximierung beschränkt, allerdings sind die Löhne immer niedriger als der Gesamtwert des Produkts (dieser setzt sich nämlich, bei Marx, aus den konstanten Kapital-Kosten, den variablen Lohn-Kosten und dem Mehrwert zusammen), sie reichen also niemals als Nachfrage für das Gesamtprodukt aus (vgl. Heinrich 2005:172). Auch die nachfragewirksame Verausgabung des Mehrwertes durch die Konsumtion von Luxusgütern kann vernachlässigt werden, weil sie gesamtwirtschaftlich gesehen minimal ist.

Wichtig hingegen ist die Investitionsnachfrage. Mehrwert wird, wenn er nicht konsumiert wird investiert um in der nächsten Runde der Mehrwertproduktion erneut noch mehr Mehrwert zu produzieren. Dabei muss zwischen Investitionen in produktives und fiktives Kapital unterschieden werden. Der Kapitalist und die Kapitalistin haben die Möglichkeit, sich abhängig von den Zinssätzen, für die Investition in produktives Kapital (Maschinen, Arbeit) oder in fiktives Kapital (Wertpapiere, Anleihen etc., also in das Recht über zukünftig produzierten Mehrwert zu verfügen) zu entscheiden.

„Kapitalistische Produktion und kapitalistische Konsumtion sind also nicht nur ganz unterschiedlich bestimmt, ihre Bestimmungsmomente verhalten sich geradezu gegensätzlich: Einer tendenziell unbegrenzten Produktion steht eine (nicht durch die Bedürfnisse, sondern durch die Logik der Verwertung) begrenzte Konsumtion gegenüber“ (Heinrich 2005:173). Die dem Kapitalismus inhärenten Widersprüche tendieren also ständig dazu in Verwertungskrisen, bzw. *Überakkumulationskrisen* zu münden.

Die kapitalistischen Zyklen: Aufschwung und die Vernichtung unproduktiven Kapitals

Schematisch verläuft die Verwertungskrise auf Grund der divergierenden Kräfte des Produktionsprozesses immer gleich. Als ökonomische Krise lässt sich eine schwere Störung der ökonomischen Reproduktion einer Gesellschaft verstehen. In der kapitalistischen Ökonomie manifestiert sich diese als Absatzkrise, nämlich als jene Tatsache, dass ein Großteil der produzierten Warenmenge nicht mehr absetzbar ist (vgl. Heinrich 2005:169). Man spricht von der Überakkumulation. Im Gegensatz zur Unterkonsumtion liegt die Ursache darin, dass es keine gewinnbringenden neuen Investitionen mehr gibt. Die kapitalistische

Dynamik der Mehrwertproduktion ist an eine Grenze gestoßen, weil es keine neuen gewinnbringenden (nachfragewirksamen) Investitionsmöglichkeiten gibt.

Der Warenwert lässt sich nun auch nicht mehr in dem Ausmaße realisieren, wie es die kapitalistischen Produzenten und Produzentinnen geplant hatten und wie es ihnen die Zinssätze zum Zeitpunkt ihrer Investitionen in fiktives Kapital nahegelegt hatten. Lässt sich das Warenkapital nicht mehr vollständig in Geldkapital verwandeln und das vorgeschossene investierte Kapital nicht in dem erwarteten bzw. geforderten Ausmaß verwerten, so kommt es zur, wenn auch schmerzhaften, Vernichtung unproduktiven Kapitals und somit zur Entspannung des Widerspruches.

Der Akkumulationsprozess kommt ins Stocken, die Nachfrage nach Arbeitskraft und Produktionsmittel fällt. Das führt zu Entlassungen. Arbeitslosigkeit wiederum führt zu weiteren Einbrüchen der konsumptiven Verwertung (also der Nachfrage) durch die Arbeiter und Arbeiterinnen. Das ist Konsequenz und gleichzeitig Ursache für weitere Entlassungen.

Während diesem Prozess wird *unproduktives* Kapital vernichtet, Wertpapiere und Schuldtitel verlieren ihren Wert, Unternehmen stellen die Produktion ein. Einzelne Kapitalisten gehen Konkurs. Gemeinsam mit der Entwertung des noch bestehenden Kapitals und den niedrigen Löhnen durch den Konkurrenzdruck auf den Arbeitsmärkten steigt jedoch die Profitrate (Renditeerwartung) der verbleibenden Kapitale und ermöglicht dann schließlich wieder Phasen steigender Investitionen und beschleunigter Akkumulationsprozesse (vgl. Heinrich 2005:173).

Produktivkraftentwicklung

Ohne der ausreichenden Vernichtung *unproduktiven* Kapitals kann eine ökonomische Krise aus dieser theoretischen Perspektive nicht überwunden werden. Eine stabile Phase der Produktion kann erst dann wieder entstehen, wenn sowohl die Arbeits- als auch die Wertbasis steigen können. Effizienzsteigerungen, welche menschliche Arbeit überflüssig machen sind Grund dafür, dass sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit – also der Widerspruch zwischen konsumiertem Einkommen und der Realisierung des Mehrwertes durch den Verkauf von Gütern – anspannt.

Das lässt sich so verdeutlichen. Unter der Prämisse, dass der Unternehmer oder die Unternehmerin nicht aus Altruismus heraus handelt, sondern Mehrwert produzieren möchte, meinetwegen am Ende des Tages mehr besitzen möchte als er alleine produzieren könnte und vom Konkurrenzdruck zu ständigen Produktivitätssteigerungen gezwungen wird, ist das kapitalistische System widersprüchlich und stößt zunehmend an seine Grenzen des Kapitalverwertungskreislaufes. Eine Produktivitätssteigerung bedeutet, dass

- (1) weniger Arbeitszeit benötigt wird und,
- (2) dass der Kapitalist kurzfristig einen Extraprofit einstreichen kann

Anstatt also die Produktionskosten konstant zu halten und die Arbeitszeit der Arbeiter und der Arbeiterinnen bei gleichbleibenden Löhnen zu reduzieren, wird der Kapitalist oder die Kapitalistin seine oder ihre Kosten reduzieren indem er oder sie einen Teil seiner oder ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen frei setzt⁹ und die selbe Menge an Gütern produziert wie zuvor oder indem er oder sie seine oder ihre Arbeiter und Arbeiterinnen behält und mehr (und billiger als die Konkurrenz) produziert und sofern die Nachfrage gesättigt ist¹⁰ indirekt zur Entlassung von Arbeitskraft bei den konkurrierenden Unternehmen beiträgt. Das untergräbt jedoch den Wertschöpfungszyklus, weil konsumptive Nachfrage wegfällt. Motiviert durch den Akkumulationsimperativ auf individueller Ebene, welcher durch den Konkurrenzdruck auf die gesamtgesellschaftliche Ebene projiziert wird, wird die anfangs beschriebene Krisendynamik durch die Steigerung der Produktivität in Gang gesetzt und immer wieder aufs neue reproduziert.

Der hier diskutierte Krisenbegriff unterscheidet sich also sowohl von der Vorstellung einer *Zusammenbruchskrise*, als auch von der Vorstellung der Krise als eine zyklische Ausgleichsbewegung (vgl. Heinrich 2011:369). Gerade der zerstörerische Moment der Krise, die gewaltsame Vernichtung *unproduktiven* Kapitals, lässt sich der Vorstellung einer Zusammenbruchskrise entgegenstellen. Die widersprüchliche Wirkung der Produktivkraftentwicklung sowie das Verhältnis von Produktion und Konsumtion – die Höhe von Löhnen und Profiten, welche von sozialen Kämpfen abhängig sind – beziehen sich auf ein beständiges Auseinanderstreben zusammengehöriger Momente und stehen der Vorstellung zykli-

9 Zum Beispiel durch die staatliche Förderung der Kurzarbeit, wie es in dem „Konjunkturprogramm zur Stabilisierung der Arbeit“ von Deutschland der Fall ist.

10 Das lässt sich aktuell beispielsweise an der Krise der Autoindustrie beobachten.

scher Bewegungen entgegen (vgl. ebd.). Die dargelegte Vorstellung krisenhafter ökonomischer Prozesse als soziale Momente entziehen der Dichotomie von Gleichgewicht und Ungleichgewicht, die in der herrschenden ökonomischen Theorie ganz selbstverständlich vorausgesetzt wird, somit den Boden (vgl. ebd.)

Die Krise aus (post)marxistischer Perspektive

Ein Problem steigender Produktivität?

Diese theoretische Erklärung ermöglicht es ein sehr grundsätzliches Problem der kapitalistischen Produktionsweise zu thematisieren und zwar synchron zu der abstrakten Darstellung der dem Kapitalismus inhärenten Tendenz zur Krise. Konfrontiert mit konkreten Ereignissen lässt sich jedoch sehen, dass die Krise nicht exakt so verläuft wie es die Theorie erwarten lässt. Die dargestellten konkreten Ereignisse, welche durchaus als demi-reg interpretiert werden können, weisen darauf hin, dass die Theorie auf einer konkreteren Ebene verfeinert werden muss.

Im Kontext des Akkumulationsimperativ erscheint die aktuelle Wirtschaftskrise in einem ganz anderen Licht als wie die massenmedial verbreitete Perspektive nahe legt, nämlich als „[...] krisenhafte Entladung der Verwertungsprobleme, die sich im Zuge langfristiger Überakkumulation aufgebaut haben“ (Huffs Schmid 2009:109). Die Manifestation einer Entwertungskrise in den Kapitalzentren verschob sich in den letzten 30 Jahren durch verzwickte Finanzmarktaktivitäten und die spezielle Struktur des Kapitalismus, welche sich im Laufe der neoliberalen Revolution entwickelt hatten. So argumentiert Lohoff und Trenkle, „[...] dass diese Zuspitzung der Krise nicht von irgendwelchen 'Auswüchsen auf den Finanzmärkten' oder von einer übertriebenen Verschuldung verursacht worden ist, sondern die Aufblähung des fiktiven Kapitals eine spezifische Form des Krisenaufschubs darstellt, die aber nur auf Kosten der Anhäufung von neuem Krisenpotential möglich war, das sich nun entlädt“ (Lohoff; Trenkle 2012:108). Die Zuspitzung des Verwertungsproblem lässt sich dabei als historischer Prozess darstellen. Dabei lässt sich beobachten, dass die konkreten Erscheinungsformen kapitalistischer Krisen immer im spezifischen historischen und lokalen Kontext sozialer Strukturen verortet werden müssen.

Der Fordistische Boom

Auf den Trümmern des zweiten Weltkriegs und der vorhergegangenen Weltwirtschaftskrise kam es in der Nachkriegszeit zu einem wirtschaftlichen Boom der maßgeblich auf die neuen Produktionstechnologien und Unternehmensstrategien zurückgeführt werden kann. Dieser, nach dem amerikanischen Autohersteller Henry Ford benannte, Fordistische Boom¹¹ in der Nachkriegszeit (ca. 1940–1970), zeichnete sich durch hohe Wachstumsraten und Massenkonsumption in den kapitalistischen Zentren aus. Nie zuvor gab es einen so lange andauernden Schub ökonomischen Wachstums, was für einige Zeit den Eindruck erweckte, als sei es gelungen die Widersprüche kapitalistischer Produktion aufzuheben.

Die, im Zuge der Depression getätigten staatlichen Eingriffe schafften die Rahmenbedingungen um den Boom der Nachkriegszeit verteilungspolitisch zu stabilisieren. Dabei charakterisierte sich dieser durch die steigende Nachfrage nach Arbeit im Zuge der Veränderungen der Produktivkraft. Geleitet von der Keynesianischen Wirtschaftspolitik konnte durch staatliche Umverteilung der Boom durch Massenkonsum gestützt werden. Dem Staat gelang es während des fordistischen Booms riesige Massen an Wert aus der Produktion abzuschöpfen, ohne dabei die Akkumulation von Kapital zu behindern. Er konnte sich also weitgehend über Steuereinnahmen finanzieren und musste sich nicht verschulden. Gleichzeitig eröffnete die rasante Produktivitätsentwicklung und der daraus resultierende Anstieg der Mehrwerttrate gewaltige Verteilungsspielräume für Gewerkschaften und den Staat, was die Durchsetzung höherer Löhne, Sozialleistungen, Arbeitszeitverkürzungen und die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ermöglichte. Obwohl die Keynesianische Nachfragepolitik nur in einigen Ländern so betrieben wurde, dass sie global wirksam wurde, hatte sie enorme internationale Auswirkungen auf die Entwicklung der Akkumulationsstrategien verschiedener Länder, indem die Nachfrageeffekte exportiert wurden.

„[...] they had important international effects, mainly because of the dominance of the US economy. It was US consumers, and to some extent those in the other Keynesian countries [Scandinavian countries, the UK, Austria, ...], who bought the exports of Germany and other countries with weaker domestic markets“ (Crouch 2009:386).

11 Der Name bezieht sich auf die Massenproduktion und den Massenkonsum welche durch die Fließbandarbeit und Gewinnbeteiligung der Arbeitskräfte ermöglicht wurde und exemplarisch für die Autoindustrie war.

Das entscheidende Moment des Fordistischen Wachstumsbooms, so Lohoff und Trenkle sei allerdings nicht in erster Linie die keynesianisch informierte Wirtschaftspolitik – die steigenden Reallöhne, sowie der Ausbau des Sozialsystems und des öffentlichen Sektors, gezielte Umverteilung des Einkommens usw., sondern die absolute Erweiterung der Arbeits- und Wertbasis im Zuge der historisch speziellen Produktivitätsentwicklung (vgl. Lohoff; Trenkle 2012:40,f.). Keynesianische Wirtschaftspolitik wurde demzufolge durch den maschinengestützten Produktivitätszuwachs und die gleichzeitige Nachfrage nach Arbeitskräften ermöglicht und ist aus dieser Perspektive eine historisch spezifische Begleiterscheinung des Booms.

Die Erklärung der Krise, abgeleitet vom Akkumulationsimperativ läuft darauf hinaus, dass in den letzten Dekaden keine ausreichend hohen nachfragewirksamen Investitionsmöglichkeiten gefunden werden konnten. Die überfällige Krise und eine Rezession konnte jedoch durch die Umstrukturierung des Währungssystems, aber vor allem durch die Liberalisierungen und Privatisierungen während der neoliberalen Revolution aufgeschoben werden. Spekulationen lösten die Investitionen in den produktiven Sektor ab und vermittelten die Illusion grenzenlosen Wachstums. Der Anstieg der Vergabe von Krediten an einkommensschwache Bevölkerungsgruppen zu Beginn des 21. Jahrhunderts schaffte es dann kurzfristig die Nachfrage zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, löste schließlich aber auch die Krise aus (vgl. Crouch 2009:390).

Wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel: Der Beginn der Ära des Neoliberalismus

Der Boom der Nachkriegszeit begann bereits Ende der 1960er Jahre weltweit deutlich zu erlahmen, konnte durch staatlich gesteuerte Konjunkturprogramme in einzelnen Ländern kurzfristig wieder angekurbelt werden, führte jedoch zu einem generellen Abflachen der Wachstumsraten. Das allein ist zwar keine Ursache für eine Krise der Kapitalverwertung, solange die Wert- und Mehrwertproduktion insgesamt ausgedehnt werden kann, doch eben das war in dieser Phase nicht mehr möglich (vgl. Lohoff; Trenkle 2012:43). Die *Überakkumulationskrise* des Fordismus drückt sich also darin aus, dass keine neuen gewinnträchtigen Investitionen mehr gefunden werden konnten.

Der Ölpreisschock in den 1970ern gab schließlich den entscheidenden Impuls für die Weltwirtschaftskrise in den 1970ern, welche spätestens 1973 mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Währungssystems das Ende des Fordismus markiert. Amerika löste sich von der Goldbindung des Dollar und wertete diesen durch Geldinflation ab um dem ökonomischen Abschwung geldpolitisch gegenzusteuern. Im Kontext der folgenden Umstrukturierung des Währungssystems, des Ölpreisschocks und dem fehlen profitabler Investitionsmöglichkeiten griffen dann auch die keynesianisch informierten wirtschaftspolitischen Eingriffe nicht mehr (vgl. Schulmeister 2009:7). Die politisch motivierte Geld- und Verteilungspolitik haben das unmöglich gemacht (Saral 2009:116,ff.). Das Scheitern wirtschaftspolitischer Gegenmaßnahmen im Kontext der ökonomischen und politischen Turbulenzen Anfang der 70er wurde schließlich zum Scheitern des Keynesianismus stilisiert und leitete einen ökonomischen Paradigmenwechsel ein: es kam zur neoliberalen Revolution und in dessen Zuge zur Rückkehr der neoklassischen Wirtschaftstheorie.

Die politischen Veränderungen waren gravierend. Während der tief konservative Präsident Richard Nixon im währungspolitischen Wendejahr noch postuliert hatte „We are all Keynesians now“, gilt heute der Thatchersche Slogan „There is no alternative“, womit die neoliberale Politik der radikalen Liberalisierung gemeint ist. Charakteristisch für den Neoliberalismus, der zur herrschenden Ideologie wurde, sind die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Privatisierungen staatlicher Unternehmen und der Abbau der Sozialsysteme sowie in weiterer Folge die Expansion des Kapitalismus, welcher sich spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 über beinahe die ganze Welt erstreckt.

Das neue Paradigma verfestigte sich rasend schnell in allen möglichen Institutionen und hat im Bereich der Wirtschaftswissenschaften zu einem erstaunlichen Dogmatismus geführt. Obgleich in den meisten Fällen gegenteilige Ereignisse beobachtet werden können als wie es die neoklassische Theorie prognostiziert, gewann die Theorie zunehmend an Bedeutung und dominiert die akademische Landschaft der Wirtschaftswissenschaften. Die Reaktion der neoklassischen Wirtschaftswissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf das Unvermögen die tatsächlichen Ereignisse zu erklären, geschweige denn den Verlauf dieser Ereignisse zu prognostizieren, ist die Flucht in immer abstraktere theoretische Verstrickungen. Die Konsequenz ist, dass die Theorie ihren Realitätsbezug verloren hat und statt

ihre Methodik zu überdenken, hat sie zunehmend begonnen die eigenen Prämissen gegen Kritik zu immunisieren. Die Konsequenz für die Politik und schließlich die Gesellschaft, welche den hohen Priestern und Pristerinnen der Wirtschaftswissenschaft unkritisch Glauben schenken, ist der Verlust die Mechanismen zu erkennen, welche der Produktion der materiellen Basis ihres Leben zugrunde liegen. Schließlich macht die neoklassische Theorie nicht nur blind für die eigentlichen Ursachen der Krise, sondern legitimiert auch die verteilungspolitische Schieflage zugunsten der oberen Einkommenschichten, welche zu den signifikantesten Entwicklungen der letzten Dekaden zählen.

Produktivitätskraftentwicklung und Arbeitslosigkeit seit den 1970ern

Obgleich sich schon während des fordistischen Booms die Entwicklung einer neuen Basistechnologie abzeichnete, stagnierte der Wachstum der Realwirtschaft. Die Entwicklung des Computers ließ die Utopie der klassischen politischen Ökonomen greifbar erscheinen, nämlich dass Roboter zunehmend die Arbeit des Menschen übernehmen könnten.

Genau das ist geschehen und genau darin liegt das Problem der kapitalistischen Entwicklungen in den letzten drei Dekaden. Nämlich, dass die Produktivitätssteigerungen auf der Wertbasis (dem vorhandenen produktiven Kapital und den etablierten Wachstumserwartungen welche auf den Finanzmärkten mit den entsprechenden Renditeerwartungen einhergingen) des fordistischen Booms, nicht allgemein zu mehr Nachfrage nach Arbeit in den kapitalistischen Kernländern führten.

Sogar gegenteilige Tendenzen lassen sich beobachten. Zusätzlich zu der neuen ET-Technologie und der Automatisierung der Produktion kam es zu Rationalisierungsprozessen der Produktion, welche im Laufe der Jahre zu einer tendenziellen Verdrängung menschlicher Arbeit aus dem Produktionsprozess führte. Damit weitete sich die Wertbasis des produktiven Kapitals jedoch nicht entsprechend aus und die Akzelleratoreffekte, welche durch die Produktion der nötigen Maschinen die technologische Entwicklung begleiten und Arbeit absorbieren, konnten die Freisetzung der Arbeit nicht kompensieren.

Zusätzlich zu diesen technologischen Entwicklungen kommen die neoliberale Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung – also die Entlassungswellen im Zuge der Standortschließungen, die Niedriglohnpolitik, den steigenden Konkurrenzdruck durch Liberalisierungen, die

„Verdichtung der Arbeit“ durch die zunehmende Flexibilisierung und beschleunigte Rationalisierung der Produktion etc. – welche der rezessiven Dynamik zusätzlichen Brennstoff gab und aktiv zur zunehmenden Massenarbeitslosigkeit beitrug.

Anhand dieser Entwicklungen wäre die Abwärtsspirale einer *Überakkumulationskrise* eigentlich zu erwarten gewesen. Theoretisch hätte das genügen sollen die Wirtschaft der Länder mit den entsprechenden Entwicklungen an den Rand des Kollaps zu führen. Allerdings geschah das (vorerst) nicht.

Die fiktive Mehrwertproduktion: der Finanzmarkt bläht sich auf

Trotz der Entwicklung im Bereich der Realwirtschaft zeichnen sich die letzten Dekaden durch stetigen Wachstum des BIP bei gleichzeitiger Polarisierung der Einkommen aus. Kapital, das sich nicht produktiv reinvestieren ließ, wurde zunehmend an den Finanzmärkten angelegt. Das erzeugt einen Druck der Produktion von Mehrwert in der Zukunft, spätestens wenn der Wert der Wertpapiere realisiert werden soll. Die neoliberalen Liberalisierungsmaßnahmen, die informationstechnologischen Innovationen und die neuen Finanzprodukte führten somit zu einer Intensivierung der Geschäfte auf den Finanzmärkten und versprachen immense Gewinne, während die Entwicklung im produktiven Sektor zu niedrigen Einkommen führte und die konsumptive Nachfrage untergrub. Das führte zu einer Verschiebung der zentralen Akteure und Akteurinnen und Machtzentren im modernen Kapitalismus. Während früher noch zu wenig externe Finanzierungsmittel verfügbar waren und die Unternehmen die zentralen Akteure und Akteurinnen waren, ist es heute umgekehrt. Finanzierungsmittel sind reichlich vorhanden, die Anlagegelegenheiten sind jedoch knapp (vgl. Huffs Schmid 2010:109).

Gestützt durch die neoliberale Ideologie, wonach die selbstregulativen Kräfte liberalisierter Märkte das beste ökonomische Steuerungsinstrumentarium seien, wurde auch die Rolle des Staates und dessen regulative Eingriffe in die Wirtschaft zunehmend ausgehöhlt. Der Staat solle möglichst keine Steuern verlangen oder durch andere Maßnahmen den Markt daran hindern best möglichst zu funktionieren. Mit der Rhetorik den „schädlichen Einfluss des Staates“ zu reduzieren um den Märkten ihr reibungsloses Funktionieren zu ermöglichen geht auch die monetaristische Vorstellung der Neutralität des Geldes einher. Die Auf-

gabe jeder Zentralbank kann es dann nur sein die Stabilität der Preise zu gewährleisten. Genau das ist auch die Praxis der EZB in den letzten Jahren (vgl. Schürz 2003:5). Durch Hochzinspolitik „[...] die Inflation zu bekämpfen und die Wirtschaft durch klare geldpolitische Vorgaben zu stabilisieren, um sie so auf einen Wachstumskurs zurück zu führen“ (Lohoff; Trenkle 2012:68) ist die Devise der neoliberalen Geldpolitik.

Die neoliberale Geldpolitik unterstützte dabei maßgeblich die Polarisierung der Einkommen. Zwar gingen die Preissteigerungsraten in den kapitalistischen Ländern unter dem neoliberalen Diktat tatsächlich deutlich zurück und erweckten den Anschein, dass die neoliberale Politik wirklich die Wirtschaft sanieren könne, ein Effekt der entscheidend dazu beitrug, die neoliberale Hegemonie zu festigen (vgl. ebda.).

Allerdings ist das genaue Gegenteil der propagierten Inflationsbekämpfung die Praxis, nämlich die sogenannte *asset inflation* was frei übersetzt soviel bedeutet wie Vermögenspreisinflation. Inflation bedeutet nichts anderes als wie die Aufblähung der Preise ohne Wertsteigerungen. Genau dieses Phänomen lässt sich auf den Finanzmärkten beobachten. In dem Maße, in dem durch die Liberalisierung Liquidität in die Finanzmärkte gelenkt wurde gingen die Preissteigerungen bei Waren und Dienstleistungen zurück, während gleichzeitig die Preise von Aktien, Wertpapieren und anderen spekulativen Anlagemöglichkeiten in die Höhe stiegen (vgl. Lohoff; Trenkle 2012:69). Weil sich das angelegte Geld nicht nur erhält, sondern sogar vermehrt, erscheint die *asset inflation* als Verwertung von Kapital unabhängig davon, ob eine materielle Basis und konsumptive Verwertung tatsächlich vorhanden sind.

Solange die Akkumulation von Eigentumstiteln anhält, wird so nicht nur überschüssige Liquidität aus den Gütermärkten abgezogen, was der Inflationstendenz entgegenwirkt, sondern werden auch neue Felder der Kapitalanlage geschaffen. Diese gleichen einem System mit positiver Rückkoppelung. Das heißt, dass der Wert der Aktien umso schneller wächst, desto mehr neues Kapital hinzu kommt. Dass dieser wundersamen Vermehrung des Geldes gar keine Verausgabung von Arbeit (weder maschinellen noch menschlichen), und schon gar nicht in der Höhe der Forderungen auf den Finanzmärkten zugrunde liegt, kann den Anlegern und Anlegerinnen egal sein, solange die Gewinne fließen. In Zeiten des Booms oder des Aufschwung vermag der Finanzmarkt die Dynamik der Akkumulation enorm zu beschleunigen. In Phasen der Krise (Stagnation und Rezession) kann die Kapi-

talakkumulation aufrecht erhalten und die Vernichtung überschüssigen Kapitals in die Zukunft verschoben werden, so wie es in den Jahren vor der Krise zunehmend der Fall war.

So sehr die Zukunft ungewiss und unvorhersehbar ist, so unendlich weit weg kann sie theoretisch liegen. Auf den Finanzmärkten wird mit Gütern, die in der Zukunft produziert werden, gehandelt. Genauer gesagt wird das Recht über die Verfügung von zukünftiger Wertschöpfung gehandelt, die schon heute den Effekt hat, als Nachfrage wirksam zu werden und dadurch die Produktion anregt. Die Kapitalform des Schuldtitel wirkt „[...] so auf doppelte Weise als Mechanismus des Krisenaufschubs. Zum einen verschafft er dem überakkumulierten Kapital neue Anlagemöglichkeiten als fiktives Kapital und bewahrt es somit vor seiner offenen Entwertung. Zum anderen wird das geliehene Geld sogleich wieder als Kaufkraft in den Markt geschleust, wo es die Nachfrage ankurbelt“ (Lohoff; Trenkle 2012:70). Solange dieser Mechanismus aufrecht erhalten werden kann, also solange der Vorgriff auf zukünftig produzierten Wert erweitert werden kann, lässt sich die Vernichtung von *unproduktivem* Kapital verschieben. Genau darin lag der ökonomische Kern des neoliberalen Wirtschaftsregimes in den letzten drei Dekaden.

Das Ende des Krisenaufschubs

Ende des 20. Jahrhunderts ließen sich in England und den USA ein Sinken der Arbeitslosigkeit beobachten. Das lässt sich nicht darauf zurückführen, dass die liberalisierten Märkte das Wechselspiel von Aufschwung, Überakkumulation, Krise, Rezession und Stagnation der letzten 200 Jahre (vgl. Sablowski 2012:29) endlich überwunden hätten, sondern auf zwei parallele Entwicklungen der Finanzstrukturen: Die Entwicklung des „*Derivate*“- und „*Futures*“- Marktes für den kleinen Teil der enorm einkommensstarken Bevölkerung und die Entwicklung und Ausweitung des Kredit- und Leasingmarktes für die Armen. Der kurze Rückgang der Arbeitslosigkeit zu Ende des 20. Jahrhunderts ist auf das instabile Wirtschaftsmodell zurück zu führen, welches sich durch die beiden genannten Punkte auszeichnet. Die Ausweitung des Leasing- und Kreditmarkt hatte einen Nachfrageeffekt der sich positiv auf die Nachfrage nach Arbeit auswirkte und von Colin Crouch als „*Privatised Keynesianism*“ beschrieben wird:

„Instea of governmens taking on debt to stimulate the economy, individuals did so. In addition to the housing market there was an extraordinary growth in opportunities for bank loans and credit cards“ (vgl. Crouch 2009:390).

Diese Form der Kreation fiktiver Nachfrage potenzierte die Instabilität des postfordistischen Wirtschaftsmodells. Die Banken und Finanzinstitutionen taten ihr Übriges, indem sie die Kredite, welche meist hoch verzinst waren, in komplizierten Wertpapieren verpackten und als besonders gewinnbringende Anlagemöglichkeiten untereinander handelten. Eine Zeit lang konnte die Liberalisierung der Finanzmärkte somit tatsächlich die ökonomischen Probleme verschieben, spannte aber gleichzeitig den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Die Akkumulation von fiktivem Kapital wurde exponentiell gesteigert, als gäbe es keine Grenzen des Wachstums. Die realen Zuwächse, getrieben von den finanziellen, virtuellen Forderungen der Finanzmärkte, lassen sich jedoch nicht exponentiell steigern (vgl. Altvater 2009:10).

Der Zusammenbruch des Immobilienmarktes in den USA ist sicherlich der Auslöser der Finanzkrise mit all ihren Konsequenzen – dem Vertrauensverlust der Banken untereinander, der drohenden Pleite großer Finanzinstitutionen, den staatlichen Rettungsmaßnahmen, dem Anstieg der Staatsschulden im Zuge der Verstaatlichung privater Schulden, der Kreditklemme für Unternehmen usw. Die Ursache ist jedoch eine andere.

Statt von den Produktivitätssteigerungen zu profitieren, welche menschliche Arbeit zunehmend überflüssig machen könnte, ist es die Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft, welche kein konstantes und noch viel weniger ein sinkendes Wachstum des *abstrakten* Mehrwertes zulässt.

Die Hauptursache der aktuellen Krise liegt im Scheitern der gesellschaftlichen und politischen Behandlung der strukturell verankerten Überakkumulation innerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik. Das Problem der Überakkumulation, welches der Dynamik des Kapitalismus zugrunde liegt und seit dem Ende des Fordismus immer stärker zur Manifestation von Wirtschaftskrisen drängte, konnte nicht nachhaltig gelöst werden. Die exorbitanten Spekulationen auf den Finanzmärkten in den letzten Dekaden sind also nicht die Ursache der Krise.

„Die Spekulation ist Begleiterscheinung in dem durch den Kredit geprägten Akkumulationsprozess. Sie gewinnt an Gewicht, um der Überakkumulation Abzugskanäle zu eröffnen“ (Bischof 2009:35).

Die Krise ist dann das Resultat der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise und im speziellen der gesellschaftlichen Behandlung dieser, welche zu der spezifischen Ausprägung des Kapitalismus heute führte.

Schlussfolgerungen

Die eben präsentierte Interpretation von Krisentendenzen hat weitreichende Implikationen für wirtschaftspolitische Maßnahmen, sowie für die Erweiterung des analytischen Instrumentariums. Während der Keynesianismus auf die Notwendigkeit aber auch Möglichkeit der Stabilisierung der Ökonomie durch regulative Eingriffe besteht, muss diese Möglichkeit aus der dargelegten Kriseninterpretation mit Skepsis betrachtet werden.

Das Schema kapitalistischer Krisen, so wie sie hier dargelegt wurde, baut auf der unüberwindbaren Tendenz des Kapitalismus auf in einer Krise zu münden, in der unproduktives Kapital vernichtet wird.

Der Druck der Konkurrenz zwingt die einzelnen Kapitalisten zu einem bestimmten Verhalten, das nicht nur die Dynamik von Krisen pro-zyklisch verstärkt. Diese Triebkräfte bringen auch Entwicklungen hervor, die nicht vorhersehbar sind. Jedes Unternehmen, das sich am Markt behaupten mag, ist zu ständigen Produktivitätssteigerungen gezwungen. Diese ständige Veränderung der Produktionsmethoden, Technologien, Rationalisierungen und der anderen Maßnahmen und Erfindungen, welche sich auf die Produktivität auswirken, führen zu unberechenbaren Fluktuationen der Nachfrageströme. „Das einzige, das in diesen Strömen gewiss ist, ist die Ungewissheit“ (Heinrich 2005:175).

Selbst wenn die Krisenmechanismen komplett verstanden würden, lässt sich die Krise nicht einfach verhindern. Es ist unklar an welchem Punkt des Zyklus man sich gerade befindet. Das gilt für den produktiven Sektor, welcher von unvorhersehbaren Entwicklungen der Produktivkräfte dominiert ist, ebenso wie für den Finanzsektor, welcher immer wieder die selben Muster der Blasenbildung gefolgt von Finanzkrisen hervorbringt.

Sowohl der konkrete Verlauf der Krise, als auch die Phasen des Wachstums sind schließlich abhängig von den spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen des Akkumulationsprozesses und in weiterer Folge von sozialen Kräfteverhältnissen, die Einfluss auf die Gestalt dieser Rahmenbedingungen nehmen und wiederum ihre materielle Basis aus den Produktionsprozessen schöpfen. Diese müssen extra behandelt werden um weitere Erkenntnisse über die Dynamiken einer spezifischen Krise zu erlangen und möglicherweise weiter grundlegende Mechanismen zu entdecken. Erst dann lässt sich systematischer erklären wie eine Entwertung unproduktiven Kapitals tatsächlich von statten geht, bzw. wie und ob eine solche aufgeschoben werden kann. Dabei muss jedoch bezweifelt werden, dass es möglich ist durch eine *richtige* Wirtschaftspolitik die kapitalistische Produktionsweise dauerhaft zu stabilisieren.

Der Kapitalismus produziert nicht nur seine eigenen Zyklen, getrieben von den diametral entgegenwirkenden Kräften des Kapitals und der Arbeit, sondern produziert auch permanent Schocks in Form von Innovationen, welche Arbeitslosigkeit erzeugen können. Es kann dabei kaum erwartet werden, dass die entsprechenden Produktivkraftentwicklungen, welche beides ermöglichen, ein profitables Wachstum und einen Anstieg der Beschäftigung bei ausreichend hohen Löhnen, gleichzeitig immer dann in Erscheinung treten, wenn es die Spannung des Widerspruches zwischen Kapital und Arbeiter fordert. Wirtschaftspolitische Eingriffe können den kapitalistischen Produktionsprozess relativ stabilisieren und es kann versucht werden die kapitalistischen Zyklen möglichst abzuschwächen. Allerdings ist es fraglich, wie erfolgreich ein solches Projekt tatsächlich sein kann.

Tendenz und Gegentendenz

Für die Verfeinerung des analytischen Instrumentariums ist es die Frage von Bedeutung, ob und wie es tatsächlich zur Vernichtung unproduktiven Kapitals kommt, so wie die Frage, wieso es nicht immer und überall im selben Ausmaß dazu kommt.

Dem Problem der Produktivkraftentwicklung und resultierenden *Überakkumulationskrisen* entgegen zu wirken gibt es eine unzählbare Menge an realisierten und nicht realisierten Möglichkeiten. In den letzten Jahren signifikant waren Maßnahmen die Krise in Raum und Zeit zu verschieben, ebenso wie Versuche den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit

zu entspannen. Zeitlich wurde die Krise, wie schon diskutiert, durch die Liberalisierung und Umstrukturierung des Finanzsystems verschoben. Mit Hilfe währungspolitischer Maßnahmen und den Strukturen des Weltwährungssystems, gestützt durch die Liberalisierung der Märkte und in einem entscheidenden Maß politisch diktiert, konnte die Krise im Raum verschoben werden, wie in Kapitel vier noch ausgeführt wird.

Doch auch andere potenzielle Möglichkeiten der Krisenbewältigung existieren. Die Ursache der Produktivitätskrise zu entschärfen könnte beispielsweise durch eine sukzessive Reduktion der Arbeitszeit geschehen. Vorschläge der *De-Growth Bewegung* versuchen, darüber hinaus, eine generell wachstumskritische Position einzunehmen um sowohl die ökologischen Grenzen des Wachstums zu berücksichtigen, als auch dem Wachstumsfetisch kritisch entgegen zu treten. Eine Verlagerung des Wachstums auf den Dienstleistungssektor wäre eine weitere denkbare und sozial sinnvolle Verschiebung des selben. Investitionen in den Care-Sektor, in Bildung, Kunst und Kultur, Formen der selbst-organisierten Arbeit jenseits der direkten Verwertungslogik etc., sowie die Förderung von qualitativ hochwertigen Produkten, also von Qualitätswachstum wäre nicht nur eine gesellschaftlich und ökologisch notwendige und sinnvolle Reorientierung, sondern auch eine Möglichkeit potenziell grenzenlosen Wachstums. Allerdings steht das im Widerspruch zum Geld- und Wachstumsfetisch und dem Zwang aus Geld mehr Geld zu machen. Zumindest sind mir keine Ansätze bekannt, welche die genannten und ähnliche Vorschläge mit der Idee unregulierter kapitalistischer Produktionsprozesse vereinbaren könnten.

Angesiedelt auf einer konkreteren Ebene der Betrachtung lassen sich also sehr wohl eine ganze Palette an Tendenzen, welche sich gegenseitig verstärken und auslösen können und könnten beobachten und erdenken. Die Regulation der tendenziellen Grenzen der kapitalistischen Produktion lässt sich letztlich mit dem Konzept der institutionellen Formen fassen, welche den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verstärken oder entspannen können. Die Grenzen der Kapitalverwertung sind dann nicht starr, sondern werden im Zuge der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus, getrieben von dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, in Raum und Zeit verschoben. Um ein besseres Verständnis der Komplexität verschiedener Kräfte innerhalb der Krisendynamiken zu bekommen, aber auch um die Perspektive für politische Handlungsspielräume zu erweitern, ist an dieser Stelle eine Verfeinerung des analytischen Instrumentariums unumgänglich.

Die Regulationstheorie

Politische und ökonomische Strukturen

Im Anschluss an die Marxsche Krisenanalyse des vorigen Kapitels geht es nun darum, die diskutierte Krisendynamik systematisch theoretisch zu fassen und so zu konzipieren, dass sich der Bogen zur Analyse politischer Prozesse ziehen lässt. Dazu eignet sich die Regulationstheorie, so wie sie in den letzten Jahren, in Bezug zu spezifischen historischen Momenten kapitalistischer Entwicklung, verfeinert wurde. Als Forschungsprojekt, welches mit den Anforderungen des Kritischen Realismus vereinbar ist (vgl. Jessop 2001:3), kann das theoretische Konzept der Regulationstheorie als „Ontologie des Sozialen“ interpretiert werden, welche bereits intellektuell verdichtet, also mit Erklärungen und Beschreibungen von Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Entitäten angereichert wurde.

Ausgangspunkt des marxistischen Zweiges der Pariser Variante der Regulationstheorie ist der Akkumulationsimperativ welcher über das Wertgesetz in den Kapitalismus eingeschrieben ist (vgl. Becker 2007:64). Wie bereits argumentiert wurde wird in jeder kapitalistischen Ökonomie Geld in die Produktion investiert um durch den Verkauf von Waren einen höheren Geldbetrag zu erzielen. Geld G wird in Kapital K investiert um $G' > G$ zu erhalten. Der Mehrwert, also die Differenz von G und G' wird dabei im Produktionsprozess geschaffen, muss aber durch den Verkauf von Waren realisiert werden. Scheitert die Realisierung des Mehrwertes an der konsumtiven Endnachfrage, dann kommt es zur Manifestation einer ökonomischen Krise. Vom Konkurrenzdruck und Akkumulationsimperativ getriebene Produktivkraftentwicklungen entsteht permanent Spielraum die auseinanderstrebenden Interessen zwischen Arbeit und Kapital neu zu erkämpfen. So die allgemeinen Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise. Doch wie wir anhand der skizzierten Entwicklung seit den 1970ern gesehen haben, gibt es neben diesen Grundstrukturen eine ganze Palette an institutionellen Erscheinungen, welche zwischen den Widersprüchlichkeiten zu vermitteln scheinen, diese zumindest auf eine spezifische Art und Weise in einem gesellschaftlichen politischen Prozess bearbeiten. Um die spezifischen, historischen, lokalen Erscheinungsformen kapitalistischer Akkumulationsstrategien zu fassen verlassen wir die Ebene von Aussagen über die kapitalistische Produktionsweise in ihrem „Durchschnitt“, die der Gegenstand von Marx' „Kritik der politischen Ökonomie“ war (vgl. Sablowski

2003:446), und begeben uns auf die Ebene der Betrachtung konkreter Erscheinungsformen kapitalistischer Entwicklungen in der Tradition der IPÖ und zwar aus der Perspektive der Regulationstheorie.

Diese liefert ein analytisches Instrumentarium die Strukturen und institutionellen Formen, welche einer geografisch und historisch spezifischen kapitalistischen Produktionsweise zugrunde liegen, im Verhältnis zu den herrschenden ökonomischen Produktionsstrukturen zu analysieren. Um die ökonomischen Produktionsstrukturen systematisch zu fassen, bedienen sich die RegulationstheoretikerInnen einer Typisierung der Akkumulation. Dabei lassen sich die Grenzen und Widersprüchlichkeiten des Akkumulationsprozesses festmachen und zwar an den sozialen Konfliktachsen (Einkommen und Konkurrenz) und an den externen Restriktionen (Geld und Ökologie). Somit lassen sich die destabilisierenden Momente des beschriebenen ökonomischen Prozesses analytisch sichtbar machen und Anknüpfungspunkte für Untersuchungen der gesellschaftlichen Bearbeitung dieser Konfliktpunkte aufzeigen.

Parallel wird der Begriff der Regulation von den RegulationstheoretikerInnen herangezogen um die institutionellen Formen zu analysieren, welche den konfliktbehafteten Prozess der Akkumulation mit mehr oder weniger Erfolg stabilisieren. Die Regulation des Akkumulationsprozesses lässt sich dann aus staatstheoretischer Perspektive im Kontext sozialer und politischer Verhältnisse in Bezug auf die ökonomischen Strukturen analysieren. Dabei wird deutlich, dass die institutionellen Formen, welche den ökonomischen Akkumulationsprozess stabilisieren nicht ausschließlich aus dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital resultieren müssen. Soziale Formen, welche den Akkumulationsprozess stabilisieren, müssen nicht auf einen stilisierten Klassenkampf zurück geführt werden. Statt dessen lassen sich mehrere Ebenen gesellschaftlicher Konflikte bestimmen, welche es aufzulösen gilt.

Politische und ideologische Dimensionen werden dabei von der hier vorgeschlagenen Interpretation der Regulationstheorie nicht als Überbau, welcher zu den Gesetzen der Akkumulation hinzutreten (Vulgärmarxismus) verstanden, sondern als gesellschaftliche Bedingung für die historisch und geographisch spezifische Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Atzmüller o.J.). Die Regulationstheorie kann also als theoretische

Erweiterung, der marxistischen Krisenanalyse verstanden werden (vgl. z.B. Karathanassis1998), bei der, in Einklang mit der diskutierten Kritisch Realistischen Philosophie der Wissenschaft, parallel zur dynamisch zirkulären Entwicklung des Kapitalismus und dessen empirischen Erscheinungsformen die analytische, theoretische Beschreibung und Erforschung der grundlegenden Strukturen und Mechanismen des Kapitalismus vorangetrieben werden.

Anhand von drei analytischen Schritten, welche ineinander greifen, lässt sich die Verknüpfung der ökonomischen Sphäre mit der sozialen Sphäre systematisch veranschaulichen:

- 1) Die Typisierung der kapitalistischen Akkumulation um die spezifische(n) Akkumulationsstrategie(n) und somit die ökonomischen Strukturen des untersuchten Raumes sichtbar zu machen.
- 2) Die strukturellen Formen der Regulation um auf die Konfliktlinien innerhalb kapitalistischer Gesellschaften hinzuweisen.
- 3) Und schließlich eine Analyse des Staates, wobei der Staat als Verdichtung sozialer und materieller Kräfteverhältnisse konzipiert wird, um den politischen Dynamiken die nötige Bedeutung zu geben.

Während die Typisierung der Akkumulation als Beitrag und systematische Erweiterung der (post)marxistischen Krisenanalyse verstanden werden kann, handelt es sich bei dem 2. und 3. Schritt um theoretischen Erweiterungen, welche den TheoretikerInnen der IPÖ geschuldet sind. Die Darstellung der Regulationstheorie im Folgenden Kapitel (sowie jene der (post)marxistischen Krisentheorie im letzten Kapitel) folgt dabei nicht chronologisch dem Forschungsprozess dieser Arbeit, sondern ist parallel zu der Auseinandersetzung mit den konkreten Ereignissen erfolgt, so wie sie im nächsten Kapitel dargestellt werden.

Geschichte der Regulationstheorie

Theoretische Erweiterungen: von einer Theorie der Stabilität zu einer Theorie der Krise

Die Regulationstheorie war zunächst keine Theorie der Transformation und ökonomischen Krise. Entstanden ist der Ansatz aus der Beschäftigung mit dem Fordismus mit dem Ziel ein analytisches Konzept zu entwerfen um eine stabil erscheinende Phase der Akkumulation zu beschreiben. Ausgehend von der Widersprüchlichkeit kapitalistischer Akkumulationsprozesse versuchten die ursprünglichen Regulationstheoretiker die relative soziale und ökonomische Stabilität des Fordismus zu erklären und die historischen Umstände zu ergründen, welche den „*Keynesianischen Klassenkompromiss*“ ermöglichten. Der Fordismus wurde als eine spezifische historische Gesellschaftsformation verstanden die sich durch abgeschwächte Klassengegensätze, wohlfahrtsstaatlich entschärfte Notlagen und einen hohen Grad sozialer und politischer Stabilität auszeichneten (vgl. Bieling 2012:54). Das zentrale Erkenntnisinteresse waren also die hegemonialen gesellschaftlichen Voraussetzungen eines stabilen kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Im Laufe der Zeit wurde die Regulationstheorie, parallel zu den Dynamiken gesellschaftlicher Entwicklung weiter entwickelt. Im Gegensatz zu den orthodoxen ökonomischen Modellen steht dabei nicht der Versuch im Vordergrund ein generelles, ahistorisches, ökonomisches Modell zu entwickeln, bei dem die Reproduktion der Rahmenbedingungen ökonomischer Phänomene unproblematisch als Resultat rationalen Verhaltens betrachtet wird. Viel mehr lässt sich die Regulationstheorie als ein fortlaufendes Projekt, ganz im Sinne des Kritischen Realismus, begreifen (vgl. Becker; Jäger 2012:5).

„The regulation approach is a still evolving research programme that offers a very interesting and fruitful way to analyse the interconnections between the institutional forms and dynamic regularities of capitalist economies“ (Jessop 2001:2).

Dabei ist das Ziel der theoretischen Bestrebungen die Artikulation und Entwicklung von Konzepten und Modellen, welche die spezifischen historischen Situationen kapitalistischer Gesellschaften als Ausgangspunkt nehmen um deren relative Stabilität zu erklären. Diese

Bemühungen sind eng verbunden mit dem Interesse an den potenziellen Krisentendenzen der beobachteten Phasen des Kapitalismus und deren Emergenz aus den zugrundeliegenden *Akkumulationsregimen* und Reproduktionsmodi (vgl. Jessop 2002:89).

Im Laufe der historisch immer häufiger auftretenden Krisenerscheinungen nach der relativ stabilen Phase des Fordismus begann die Pariser Schule der Regulationstheorie zunehmend in die Richtung innovativer Theorien der institutionellen Formen zu forschen, während sich die artverwandte SSA-Schule (Social Structures of Accumulation) auf ihr Marxistisches und Keynesianisches Erbe zu besinnen begann (vgl. McDonough 2008:161).

Ende der 1970er wurde die Regulationstheorie zunehmend verwendet um die Dominanz des US-Amerikanischen Wirtschaftsmodell nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems zu erklären, in den 80er Jahren fanden verstärkt Fragen der Gesellschafts- und Staatstheorie Einzug in die Debatte und in den 90ern wurde sie zur Ergründung des Phänomens der Globalisierung weiterentwickelt (vgl. Röttger 1997:3). Um die Transformationsprozesse innerhalb der Europäischen Union zu verstehen war es nötig die Regulationstheorie zunehmend für die Erklärung von Transformationsprozessen nützlich zu machen und seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise stehen die RegulationstheoretikerInnen vor neuen Herausforderungen.

In den 1980ern wurde die erneute Zunahme sozialer Ungleichheiten erst noch mit Verwunderung wahrgenommen und vielen erschien sie primär als eine Begleiterscheinung der „Fordismuskrisis“ und somit als ein vorübergehendes Phänomen (vgl. Bieling 2012:55). Im Laufe der folgenden Dekaden wurde jedoch zunehmend klar, dass der Neoliberalismus kein nachhaltiges Akkumulationsregime hervorbringen konnte. Diese Entwicklungen spiegeln sich in der Debatte wieder, wie die Gesellschaftsformation nach dem Fordismus empirisch, konzeptionell und begrifflich zu fassen wäre. Die Rede ist unter anderem vom „Postfordismus“, „Toyotismus“, „High-Tech-Kapitalismus“, „Casino Kapitalismus“ bis hin zu Kampfbegriffen wie „Raubtier-Kapitalismus“. Zwar konnte mit den neuen Begriffen die Schwierigkeit nicht gelöst werden, die neue Gesellschaftsformation analytisch scharf und überzeugend zu bestimmen, dafür ist die von vielen akzeptierte Begrifflichkeit eines „*finanzdominierten*“ oder „*finanzgetriebenen*“ Akkumulationsregimes zu einem zentralen, allgemein akzeptierten Charakteristikum der ökonomischen Phänomene der letzten Dekaden geworden (vgl. Bieling 2012:55). Diese *Finanzialisierung* seit dem Anfang der 70er

ging einher mit dem Ende des Keynesianismus und dem Beginn der Umsetzung politischer Programme, welche unter dem Sammelbegriff Neoliberalismus gefasst werden. Heute wird deutlich, dass es sich dabei um einen Krisenaufschub handelte (Lohoff; Trenkle 2012), allerdings auch um eine Verschiebung der Krise in andere Nationen. Seit der Liberalisierung der Finanzmärkte bewahrheitet sich zunehmend, was Grundlage der zuvor dominanten Keynesianischen Wirtschaftstheorie war: Finanzmärkte sind instabil, weil Akteure und Akteurinnen mit Zukunftserträgen rechnen, die Zukunft jedoch ungewiss ist. Seit der Liberalisierung der Finanzmärkte in den 1970ern lässt sich eine Krise nach der anderen beobachten: die Schuldenkrise der „dritten Welt“ in den 1980ern, die Finanzkrise der „Schwellenländer“, Mexiko 1994, von der Krise der Asiatischen Tiger 1997, bis hin zu Argentinien 2001, die „*New-economy Krise*“ 2000 und schließlich die „*subprime crisis*“ 2007 die die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftswelt in Aufruhr versetzt (vgl. Altvater 2009:12,f.). Während die Krisen dieser Dekaden, in dem jeweiligen nationalen Kontext der verschiedenen Länder der ökonomischen Zerstörungskraft der Großen Weltwirtschaftskrise in den 1930ern um nichts nachstehen (Raffer 2008:52), ist das erstaunliche an der aktuellen Krise, dass sie die hegemonialen Zentren des Kapitalismus trifft.

Die Erweiterung des analytischen Instrumentariums zu Beginn des dritten Jahrtausends liefert die Anknüpfungspunkte um die Regulationstheorie für die Analyse der aktuellen Krise heran zu ziehen. Spätestens in den 1990ern, als die Regulationstheorie, angewandt auf das Phänomen der Europäischen Union, schließlich eine Situation der nationalstaatlichen Transformation erklären sollte, wurden verschiedene Konzepte der Hegemonie (vgl. Röttger 1997:3) und Formen der transnationalen Staatlichkeit zu notwendigen Erneuerungen des analytischen Instrumentariums.

Der Akkumulationsprozess

Ökonomische Strukturen lassen sich mit dem analytischen Instrumentarium der Regulationstheorie anhand verschiedener Typen der Akkumulation analysieren. Bei den verschiedenen Ausprägungen ökonomischer Strukturen in den Grenzen von Nationalstaaten lassen sich dabei verschiedene Ebenen wiederfinden, welche national und transnational ineinander greifen und sich ergänzen. Dabei lassen sich drei Dimensionen spannen: die Ebene der Investitionen, des Handels und der Mehrwertakkumulation. Diese drei Dimen-

sionen spannen den Raum zwischen „produktiven/fiktiven“, „extra-/intravertierten“, und „extensiven/intensiven“ Akkumulationsstrategien.

Die fiktive/produktive Akkumulation

Die „*produktive*“ und „*fiktive*“ Akkumulation von Kapital unterscheidet zwischen Investitionsmöglichkeiten. Diese können entweder in die produktive Sphäre getätigt werden oder in Wertpapiere. Als Akkumulation von „*fiktivem*“ Kapital ist dann die Aneignung von Eigentums/Schuld-Titeln gemeint. Da es sich um Investitionstätigkeiten in die Zukunft handelt, diese jedoch unvorhersehbar und unsicher ist, tragen diese Investitionen bereits den Keim der Instabilität in sich.

Die Preissteigerungen von Eigentums- und Schuldtiteln suggerieren die Akkumulation von Kapital. Dabei ist diese Form der Kapitalanlage besonders liquide, sofern es die entsprechenden Finanzmarktstrukturen gibt. In Situationen hoher Unsicherheit und unzureichender produktiver Anlagemöglichkeiten werden diese deshalb besonders bevorzugt (vgl. Harvey 1984 und Arrighi 1994 zit. nach Becker 2007:269). Dabei handelt es sich bei der Akkumulation fiktiven Kapitals um ein System, das positiv auf sich selbst bezogen ist. Gerade in Zeiten der Stagnation des produktiven Sektors gewinnen liquide Formen der Kapitalmittelverwendung (Aktiva) an Bedeutung. Dieser Prozess kommt dann zum Erliegen, wenn klar wird, dass die Erwartungen nicht mehr von der produktiven Sphäre erfüllt werden können. Die Finanz-Blase platzt.

Seit der ersten, gut dokumentierten Finanzmarktblase – der „Tulpenkrise“ im 17. Jahrhundert – haben diese Spekulationskrisen immer wieder den selben Verlauf genommen (vgl. Heinrich 2008:57): die Markt-Logik knapper Ressourcen trieb damals die Preise für Tulpenzwiebeln in exorbitante Höhen, die sich auf den Märkten nicht realisieren ließen, als die Tulpen verkauft werden sollten. Für die Tulpe der Zukunft wurden Wertpapiere zu Preisen gekauft, für die es, als die Tulpen auf den Markt kamen, keine Nachfrage gab. Woher auch? Diese fiktive Mehrwertsteigerung schafft nämlich kein (bis vielleicht auf die Gehälter von Finanzmanagern) ausreichendes Masseneinkommen, sodass der Mehrwert auch wirklich realisiert werden könnte.

Das besondere an der aktuellen Krise ist also nicht, dass sie durch das Platzen einer Fi-

nanzblase ausgelöst wurde. Auch die neuen, undurchsichtigen Wertpapiere (Derivate und dergleichen), welche in den letzten Jahren vermehrt gehandelt wurden, machen das Charakteristische dieser Krise nicht aus. Erstaunlich ist, dass die Betroffenen in erster Instanz die Banken und Finanzinstitutionen der kapitalistischen Zentren waren und nicht die Staaten und Banken der sogenannten „Entwicklungs- und Schwellenländer“ oder die Kleinanleger welche ihre Spargroschen in Aktien anlegten. Diese wurden erst in zweiter Instanz, durch die Verstaatlichung der Verluste zu den Betroffenen, während den Finanzinstitutionen schnell ermöglicht wurde, wieder Gewinne zu machen. Das Besondere ist also, dass die großen Finanzinstitutionen den Markt selbst nicht mehr unter Kontrolle haben, während sie ihre Bedeutung und die Möglichkeiten der Einflussnahme in der Gesellschaft ausweiten konnten.

Um das zu sehen muss eine Unterscheidung fiktiver Akkumulationstypen zwischen unterschiedlichen Einkommensschichten getroffen werden. Nämlich der „*Massen basierten Finanzialisierung*“ und der „*Elite basierten Finanzialisierung*“ (vgl. Jäger; Becker 2012:5). Dabei lässt sich feststellen, dass das obere Einkommensdrittel verstärkt in risikoreiche Wertpapiere investiert und somit das Risiko von Finanzkrisen erhöht. Gleichzeitig lassen sich Phänomene wie die kurzfristige Nachfragestabilisierung durch den „*Privatized Keynesianism*“ (vgl. Crouch 2009) beobachten: dadurch gewannen Finanzinstitutionen (Privatbanken, Kreditinstitutionen, Ratingagenturen etc.) an Bedeutung für das Funktionieren dieser Akkumulationsweise, während etablierte Finanzinstitutionen zunehmend die Kontrolle über die getätigten Geschäfte verloren.

Die extensive/intensive Akkumulation

Diese Typisierung bezieht sich auf die Art der Mehrwerterhöhung. Bei dem „*dominant extensiven*“ Akkumulationstyp werden mehr Arbeitskräfte und Ressourcen eingesetzt und eventuelle Produktivitätssteigerungen schlagen kaum auf den Konsum der abhängigen Beschäftigten durch (vgl. Becker 2007:37). Bei der „*dominant intensiven*“ Akkumulation wird der relative Mehrwert durch die Verbilligung der Lohn Güter erzielt. Güter für den direkten Verbrauch und die Reproduktion der Arbeit werden verbilligt.

Driftet die Produktion von Lohngütern und Kapitalgütern auseinander, so wie es in sogenannten „unterentwickelten“ Ökonomien häufig der Fall ist (vgl. Becker 2007:270), so entsteht die Notwendigkeit durch den Export von Lohngütern den Import von Kapitalgütern zu finanzieren. Dadurch reproduzieren und verstärken sich aber die internationalen Ungleichgewichte und die Handelsbilanzdefizite weiten sich aus.

Unabhängig davon, ob jedoch ein *intensiver* oder *extensiver* Akkumulationstyp dominiert, werden innerhalb eines bestimmten Raumes ab einem gewissen Zeitpunkt sozio-ökonomische Grenzen der Binnenmarkterweiterung erreicht (vgl. Becker 2007:270). Deshalb ist eine weitere Typisierung der Akkumulation notwendig, nämlich bezüglich der Handelsstrukturen der Länder.

Akkumulation durch Intraversion/Extraversion

Mit den Begriffen „*Intraversion*“ und „*Extraversion*“ lassen sich Import- und Exportstrukturen fassen. Unter *Intraversion* wird die Strategie gestärkter Binnennachfrage verstanden, während *Extraversion* die Akkumulation durch Im- und Export charakterisiert. Die Unterscheidung zwischen *aktiver* und *passiver Extraversion* ermöglicht dabei die gegenseitige Abhängigkeit beider Seiten zu thematisieren. Ohne importierende Länder ist auch kein Export möglich. Während die *aktive Extraversion* also die Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation durch den Export ermöglicht bildet die *passive Extraversion* die Kehrseite dazu, nämlich die starke Abhängigkeit von Güterimporten (vgl. Becker 2007:270). Jedem Importüberschuss und den daraus resultierenden Schulden stehen ein Exportüberschuss und die entsprechenden Gläubiger gegenüber.

Um das systematisch zu fassen bedarf es einer analytischen Unterscheidung der gehandelten Güter. Becker und Jäger schlagen eine Unterscheidung zwischen *produktivem Kapital*, *Geld Kapital* und *Geschäfts Kapital* vor (*commercial capital*) (Becker; Jäger 2012:6). Dabei müssen nicht alle diese Formen dem selben Akkumulationstyp entsprechen. Trends lassen sich dennoch feststellen, so „[...] konditioniert der Export von produktivem Kapital die wirtschaftlichen Prozesse in den Anlageländern“ (Becker 2010:8). Damit lassen sich dann nicht nur Schlüsse auf die industrielle Entwicklung eines Landes ziehen, sondern auch weitere Spezifika der Krisendynamiken festmachen.

Abhängig von dem entsprechenden „monetary-policy“ Regime lassen sich weitere Schlüsse ziehen. So ist es die spezielle Rolle des US-Dollar als Weltwährung, welche es den USA ermöglichen weitaus mehr zu konsumieren als sie produzieren, sich in einem unverhältnismäßigen Ausmaß zu verschulden und gerade dadurch die in der aktuellen Ausprägung der Weltwirtschaft notwendige Rolle als „Consumer of Last Resort“, also als Nachfrage Staubsauger zu spielen. Auf der anderen Seite hält China seine Währung, den Renminbi niedrig, und stärkt somit (neben anderen Maßnahmen) seine Exportindustrie (vgl. Stiglitz 2006:322,ff.).

Im Euroraum ist der Fall ähnlich. Hier stehen in abnehmendem Maße souveräne Nationalstaaten mit einer, im Rahmen der europäischen Vorschriften, theoretisch autonomen Fiskalpolitik, einem fixen Währungssystem gegenüber. Überschüsse in Export- und Import lassen sich somit nicht mehr durch Schwankungen der Währungen ausgleichen, sondern müssen über Kredite finanziert werden. Diese kommen aus den Finanzzentren, welche im Euroraum in den Überschussländern liegen¹². *Überakkumulationskrisen* werde so im EURO-Raum in andere Nationalstaaten exportiert. Gleichzeitig wird bei diesem Prozess die politische Position der Gläubigernation(en) gestärkt. Die vergebenen Kredite, welche die Überschüsse in den Handelsbilanzüberschussländern erst möglich machen, gehen indirekt durch die Exporte und die erhaltenen Zinszahlungen in das BIP (Bruttoinlandsprodukt) der Exportüberschussländer ein, verstärken die Gewinne durch den Exportüberschuss und erwecken den Eindruck, dass diese Länder richtig gewirtschaftet haben.

Die strukturellen Formen der Regulation

Die strukturellen Formen der Regulation lassen sich folgendermaßen erfragen: Welche konfligierenden widersprüchlichen Interessen resultieren aus dem kapitalistischen Produktionsprozess? Und wie werden diese gesellschaftlich behandelt?

Das Lohnverhältnis

Das *Lohnverhältnis* spannt, wenn man so will, die vertikale Konfliktachse sozio-ökonomischer Beziehungen. Der Konflikt um die Höhe der Löhne steht nicht nur dem Mehrwert,

¹² Weil der Dollar Weltwährung ist und wegen der hegemonialen Stellung in der Welt kommt den USA eine besondere Rolle zu, weshalb es auch möglich ist ein Finanzzentrum aufrecht zu erhalten und gleichzeitig strukturelle Handelsbilanzdefizite aufzuweisen.

bzw. dem Profit diametral entgegen, sondern determiniert in seinem gesellschaftlichen Durchschnitt auch die Nachfrage nach Produktionsgütern und wirkt auf die Investitionsentscheidungen. Neben der Höhe des Profit für den Kapitalisten geht es dabei aber um das Recht jedes einzelnen am gesellschaftlichen Wohlstand teil haben zu dürfen. „Konflikte um Lohnhöhe, Formen der Lohnfindung, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung sind zentrale Elemente des Lohnverhältnisses. Sie betreffen sowohl die Kapitalakkumulation als auch die Lebensverhältnisse der abhängig Beschäftigten“ (Becker u.A. 2007b: 44,f.). Die Lohnforderungen hängen dabei nicht nur von der Stärke der Arbeiter ab, sondern auch von den Reproduktionskosten. Mit den Reproduktionskosten ist dann all das gemeint, was als gesellschaftlicher Standard gilt und nicht nur was minimal notwendig ist um die Arbeit als gesellschaftlich Ganzes, biologisch am Leben zu erhalten. Das *Lohnverhältnis* birgt somit einen Haufen soziales Konfliktpotenzial.

Das Konkurrenzverhältnis

Das *Konkurrenzverhältnis* spannt die horizontale Konfliktachse sozioökonomischer Beziehungen. Versteht man unter der „*Klasse an sich*“ die analytische Kategorie mit der eine Gruppe Menschen als Klasse definiert wird, so bezeichnet das *Konkurrenzverhältnis* die klasseninternen *Konkurrenzverhältnisse*. Nicht nur Einzelkapitale beim Streben nach Profiten und Extraprofiten stehen in Konkurrenz zueinander, sondern auch Arbeiter konkurrieren um Arbeitsplätze.

Das *Konkurrenzverhältnis* bleibt jedoch nicht darauf beschränkt. Es kann auch als Variable zur Bestimmung von Hegemonie-Strukturen herangezogen werden. Beispielsweise können im Rahmen konkreter Strategien bei der Politisierung der Gesellschaft horizontale Konfliktlinien konstruiert werden, z.B. ethnische, religiöse, oder auch geschlechtliche Trennlinien (vgl. Becker 2007:273).

Dabei ist es wichtig zu bemerken, dass Konfliktlinien entlang ethnischer, religiöser, kultureller oder religiöser Trennlinien nicht unbedingt für die hervorbringenden sozialen Gruppen funktional sind. Beispielsweise arbeitet David R. Roediger in seinem Buch „Wages of Whiteness“ die Rolle der amerikanischen Arbeiter in der Konstruktion der „Whiteness“ als normative Kategorie in Abgrenzung zu dem, als minderwertig konstruierten Anderen heraus (vgl. Roediger 2007). Das Selbstbild, das von den weißen, männlichen, amerikani-

schen Arbeitern konstruiert wurde, täuschte diese nicht nur darüber hinweg, dass sich die Versprechen der Modernisierung für sie zunehmend als Lüge entpuppten, sondern führte auch dazu, dass sie eine „Ersatzbefriedigung“ in der Unterdrückung der konstruiert Anderen fanden. Die Aussage ist dann, dass Rassismus extensive Mehrwertproduktion vereinfacht, aber nicht als Projekt der herrschenden Klasse – welche unter Umständen sogar den parlamentarischen Staat oder dessen Entscheidungen dominieren – identifiziert werden können. Die Arbeiterklasse schießt sich offensichtlich manchmal selbst ins Bein. Dabei muss Kalkül bei jenen vermutet werden, die es verhindern könnten das aber nicht tun, möglicherweise weil ihnen der Fetisch vom Geld die Sicht auf den wahren Wert versperrt. Das schließt jedoch nicht aus, dass die Nationalisierung der Gesellschaft zu den Strategien im Kampf um die Hegemonie gehört (vgl. Buckel 2012:26,f.) und dabei vertikale Konflikte segmentiert.

Die monetäre Restriktion

Die *monetäre* Restriktion weist auf die Funktion des Geldes in der Gesellschaft hin. Geld wird dabei bezüglich seiner Funktion als Vergesellschaftlichungsmedium behandelt. Erst wenn eine Ware in Geld getauscht wird, zeigt sich beispielsweise in welchem Maße kapitalistische Privatarbeit gesellschaftliche Anerkennung findet. Die *monetäre* Restriktion fasst alle Momente, in denen Handlungsmöglichkeiten vom Zugang zu Geld abhängig sind. Das sind „[...] insbesondere die Realisierung des Mehrwerts als Profit durch Verkauf, das Kreditwesen, das Problem der Devisenbeschaffung speziell (semi-) peripherer Ökonomien, Währungssubstitution sowie inflationäre oder deflationäre Prozesse (Becker u.A. 2007b: 47,ff.).

Die ökologische Restriktion

Die ökologische Restriktion bezieht sich auf die Reproduktion von ökologischen Ressourcen. Noch vor dem Geld ist die Natur am Anfang und am Ende des Produktionsprozesses. Die ökologische Restriktion betrifft die Regulation der Nutzung der materiellen Welt und die Regulation des Zugang zu diesen Ressourcen, für produktive Arbeit sowie für reproduktive Tätigkeiten (vgl. Becker; Raza 2000:63 zit. nach Becker 2007:277).

Die ökologischen Ressourcen sind darüber hinaus Gegenstand von erheblichen Vertei-

lungskämpfen, insbesondere was den (geostrategischen) Zugriff auf Ressourcen betrifft. Letztlich basiert die gesamte „*westliche Lebensweise*“ auf Erdöl, Erdgas und Kohle und impliziert die Zerstörung von Lebensräumen auf der ganzen Welt (vgl. Becker u.A. 2007b:51).

Es ist wichtig nochmals darauf hinzuweisen, dass Punkt 3 und 4 sowohl horizontale, als auch vertikale Konfliktlinien unterliegen. Konsequenzen ergeben sich für die Kategorisierung von sozialen Gruppen, um ökonomische Dynamiken an politische Dynamiken rückkoppeln zu können.

Akkumulationsregime und Regulation

Lässt sich anhand dieser Typisierungen, über einen längeren Zeitraum ein stabiles Muster der Kapitalakkumulation festmachen, dann wird in der Regulationstheorie von einem „*Akkumulationsregime*“ gesprochen.

Dabei wird die Sicht gewahrt, dass jeder kapitalistische Akkumulationsprozess unüberwindbar widersprüchlich ist. Deshalb sind kapitalistische Akkumulationsprozesse nicht ohne soziale Strukturen denkbar, welche diese stützen und die widersprüchlichen Interessen zwischen Kapital und Arbeit gesellschaftlich vermitteln und mildern oder aber verstärken. Ein vorübergehend stabiles Akkumulationsregime bedarf also einer passenden Form der Regulation.

„According to regulationists, a temporarily stabilised accumulation requires a fitting mode of regulation. The mode of regulation consists of institutions which are called structural forms. These structural forms are a set of institutions which evolves through class struggles within specific historical social relations of production (Aglietta, 1982, p. 16 [zit. nach Becker; Jäger 2012:6]). This is where agency comes into play. Whilst regulation theory has focused on the analysis of different structural forms in space and time and their relation with the process of accumulation, the agency-oriented aspect has received less attention“ (Becker; Jäger 2012:6).

Staat und Regulation

Ausgangspunkt der Regulationstheorie ist, wie schon erwähnt wurde, der Akkumulationsimperativ. Das Bild ökonomischer Prozesse, das uns der Akkumulationsimperativ zeigt ist der unüberwindbare Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeit und des Kapitals und suggeriert die permanente Krise, zumindest Krisenanfälligkeit kapitalistischer Akkumulationsprozesse. Auf der anderen Seite stehen die sozialen Strukturen, welche ihrer eigenen Logik folgen und nicht auf den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital reduziert werden können, wie die horizontale Konfliktachse der strukturellen Formen der Regulation deutlich macht.

Zu den sozialen Erscheinungsformen, welche den Akkumulationsprozess durchziehen zählt die Anerkennung und Sicherung von Privateigentum ebenso wie die Legitimation der Ausgrenzung und Marginalisierung gewisser Bevölkerungsgruppen durch Herrschaftsformen wie Rassismus, Sexismus, usw. Ebenso wirken Praktiken und Formen der Interessensvertretung wie zum Beispiel Unternehmensvertretungen und Gewerkschaften, parlamentarische Parteien und andere staatliche Institutionen auf den ökonomischen Produktionsprozess. Daraus wird ersichtlich, dass dem parlamentarischen Staat eine zentrale Rolle zukommt, dennoch Mechanismen und Strukturen die Gesellschaft durchziehen, welche jenseits von diesen auf diesen wirken.

Um die kapitalistische Gesellschaft und kapitalistische Produktionsprozesse gesondert behandeln zu können schlägt Becker eine Trennung grundlegender Formen des Kapitalismus vor, nämlich die Güterform und die Staatsform als fundamentale soziale Formen (vgl. Becker 2007:122,ff.). Die strukturellen Formen der Regulation sind dann in beiden Formen präsent und somit die Schnittstelle zwischen den sozialen Erscheinungen (der Staatsform) und dem ökonomischen Produktionsprozess (der Warenform).

Staatstheorien

Staatstheoretische Überlegungen lassen sich in der Geschichte weit zurück denken. Die Idee des Liberalen Staates nimmt ihren Ursprung in der Antike und wurde in der

Renaissance unter anderen von Philosophen wie Thomas Hobbes, John Locke und Jean Jacques Rousseau aufgegriffen. Die wichtigste, historisch chronologisch folgende Erneuerung des Staatskonzeptes im 19. Jh. ist der marxistische Staatsbegriff, welcher von Gramsci im 20. Jh. erweitert wurde und mittlerweile zu einem zentralen Analyseinstrumentarium der IPÖ geworden ist.

Wie bereits erwähnt ist das Konzept des liberalen Staates schon in der Antike zu verorten. Dabei hat es nichts an Bedeutung verloren und ist heute, speziell im neoliberalen Diskurs und im Staatsverständnis der breiten Bevölkerung präsent. Die Grundlage der Überlegung bildet die Unterscheidung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft. Dem Staat kommt die Rolle zu das friedliche Zusammenleben der Individuen seines Herrschaftsgebietes zu gewährleisten. Dahinter steckt die Annahme das einzelne Individuum, welches seine Interessen um jeden Preis geltend machen will, muss daran gehindert werden anderen Individuen Schaden zuzufügen. Denn nach Thomas Hobbes ist der Mensch des Menschen Wolf (Hobbes 1651) und eine Gemeinschaft kann nur bestehen, wenn sie sich selbst Regeln gibt und das Einhalten derselben gewährleistet. Im idealen Fall werden individuelle Freiheiten in Form eines freiwilligen Gesellschaftsvertrages auf einen staatlichen Souverän übertragen. Noch heute begründet der Staat sein legitimes Gewaltmonopol in dieser Annahme, was dieses Konzept zum dominanten Konzept macht.

Dem marxistische Staatsbegriff unterliegt ein anderes, „*neutrales*“ Menschenbild. Für Marx ist der Mensch Produkt, aber auch Schöpfer seiner Geschichte. Der (parlamentarische) Staat entsteht aus der Notwendigkeit die Widersprüche des kapitalistischen Produktionsprozesses zu unterdrücken. In diesem Sinne ist der Staat ein Instrument der herrschenden Klasse, dient der Durchsetzung ihrer Interessen und verhindert, dass die ArbeiterInnen den Kapitalismus überwinden.

Der Staat „[...] ist seiner grundlegenden Funktion nach die Form der Organisation, welche sich die Bourgeois sowohl nach Außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben“ (Schleifstein, 1982: 25).

Marx greift also auf Elemente der liberalen Staatstheorie zurück, verknüpft diese jedoch anders und stellt sie in den Kontext kapitalistischer Produktionsprozesse. So wird weiterhin von einer Konkurrenz der Individuen ausgegangen, die sich im Kampf zur Durchsetzung ihrer Interessen widerspiegelt. Dieser Kampf bedarf eines staatlichen Gewaltmono-

pols, welches bei Marx die Dominanz der KapitalistInnen-Klasse garantiert (vgl. Demirović 2007:22). Der Staat ist dabei der notwendige Überbau kapitalistischer Produktionsprozesse.

Antonio Gramsci folgt der marxistischen Staatstheorie, erweitert sie jedoch um ein ausgereifteres Konzept der Herrschaft. In der Auseinandersetzung mit dem Aufkommen des Faschismus in Italien, anstelle der theoretisch erwarteten Revolution der ArbeiterInnen, beschäftigt er sich mit der Frage: wie kann Klassenherrschaft erlangt und gefestigt werden? Dabei führt er den Begriff der *Hegemonie* ein, der neben dem Element des Staatlichen Zwangs der Notwendigkeit eines gesellschaftlichen *Konsensus* bedarf, damit eine stabile, gewaltfreie Form der Herrschaft möglich ist. Das drückt er in folgender Formulierung aus: Man könnte sagen, dass „[...] Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 2003:24).

Der Staat fügt sich also zusammen aus der politischen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft, welche konsensual eine hegemoniale Einheit bilden. Herrschaft funktioniert nur dann (ist nur dann stabil), wenn die Interessen der dominanten Klasse zu einem allgemeinen Interesse werden. Anzumerken bleibt, dass dabei auch die dominanten Klassen Kompromisse eingehen müssen, ihre Interessen also nicht bedingungslos durchsetzen können.

Ist dieser Konsens erreicht und auf politischer sowie auf zivilgesellschaftlicher, privater Ebene verbreitet, kann von einem stabilen Staat ausgegangen werden. „[...] Die Superstrukturen der Zivilgesellschaft sind dann wie das Grabensystem im modernen Krieg“ (Gramsci 2003:26), der gesellschaftliche Rückhalt des Regimes verbirgt sich unter der Oberfläche und ist in dem kollektiven Konsens der Zivilgesellschaft verankert. Dieser Konsens muss kein „Klassenkompromiss“ sein, sondern kann durchaus auch durch verschiedene Formen der Macht von einer Gesellschaft internalisiert werden (vgl. Foulcault 1977-78).

Die entscheidende Rolle beim Erlangen eines *Konsensus* spielen, „organische Intellektuelle“, deren Entstehung und Funktion Gramsci folgendermaßen beschreibt: „Jede gesellschaftliche Gruppe schafft sich, während sie auf dem originären Boden einer wesentlichen Funktion in der Welt der ökonomischen Produktion entsteht, zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewusstsein der

eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben“ (Gramsci 2003:28).

Ein ideologischer Block findet schließlich sein Ende, wenn eine herrschende Klasse ihre Dominanz nicht mehr legitimieren kann.

Wenn sie „[...] ihre Funktion erschöpft hat, neigt der ideologische Block zum Zerfall, und auf die 'Spontaneität' folgt dann der 'Zwang', in immer weniger verhüllten und indirekten Formen bis hin zu regelrechten Polizeimaßnahmen und Staatsstreichen“ (Gramsci 2003:25).

Die Verknüpfung von Staatstheorie und Regulationstheorie

Eine Staatsanalyse auf der Grundlage des Staatskonzepts von Gramsci eröffnet eine neue Perspektive für die Analyse der ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse. Die Staatstheorie des griechischen Theoretikers Nicos Poulantzas, welche auf den Überlegungen Gramscis aufbaut, sowie diverse Erweiterungen liefern schließlich Ansatzpunkte wie die soziale und ökonomische Sphäre zusammen gedacht werden können (vgl. Jessop 2007).

Analytisch kann dann der parlamentarische Staat als besondere und historisch spezifische Erscheinungsform des Staates gesehen werden und Judikative und Exekutive als institutioneller Knotenpunkt zwischen der sozialen und ökonomischen Sphäre gesehen werden (siehe Abbildung 3: Ökonomie und Gesellschaft 1).

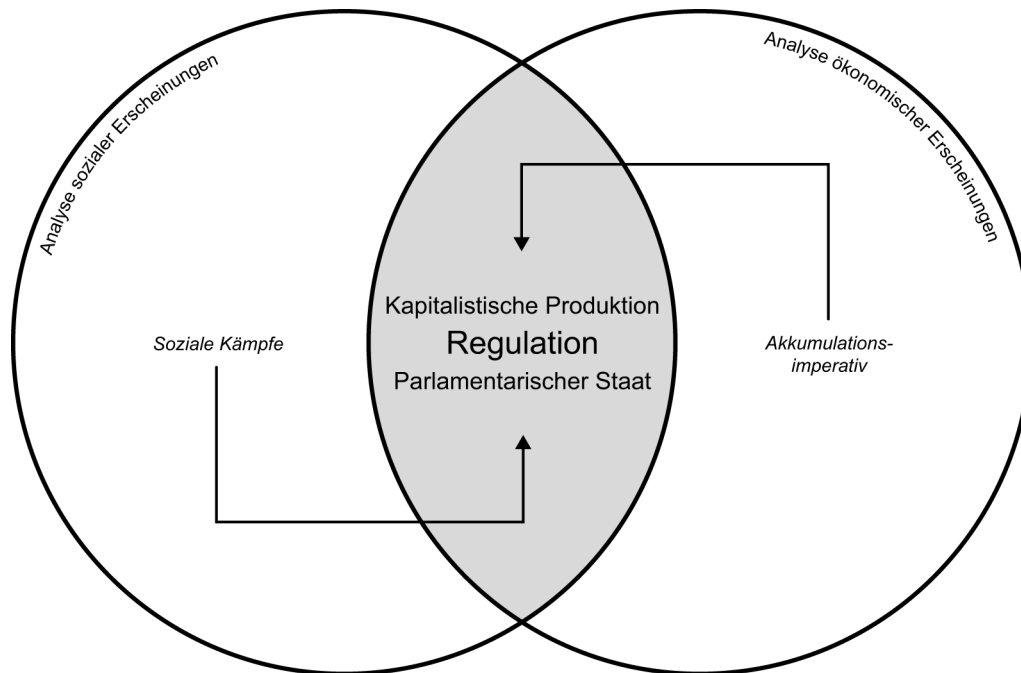


Abbildung 3: *Ökonomie und Gesellschaft 1* (nach eigener Darstellung)

Eine Analyse des parlamentarischen Staates ermöglicht es dann methodisch die Oberflächenerscheinungen der strukturellen Formen der Regulation (*structural forms*) zu untersuchen und im Kontext der Staatstheorie zu analysieren. Die Analyse des Staates ermöglicht es somit, ähnlich wie bei der Analyse der ökonomischen Sphäre die verborgenen Strukturen heraus zu arbeiten. Das lässt sich, im Kontext der Regulationstheorie kohärent bewerkstelligen, indem der Staat als Verdichtung sozialer und materieller Kräfteverhältnisse konzipiert wird, so wie in dem Staatskonzept von Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas (Poulantzas 1968 zit. nach Jäger; Springler 2012).

Materielle Basis von Gesellschaftsgruppen

Innerhalb des parlamentarischen Staates lässt sich dann eine Schiefelage zugunsten des Kapitals feststellen. Der Staatsapparat im engeren Sinne, also der parlamentarische Staat ist nämlich materiell, weil fiskalisch. Deshalb besteht eine strukturelle Abhängigkeit des parlamentarischen Staates vom Akkumulationsprozeß. Das impliziert gleichzeitig eine soziale Machtasymmetrie zugunsten des Kapitals (vgl. Becker 2007:274). Das kommt bei-

spielsweise durch die Debatten zur Rettung der Finanzinstitutionen zum Ausdruck. Diese wurden, ohne weitere Bedingungen auszuhandeln, unter dem Motto „too big to fail“ durch staatliche Interventionen gerettet.

Die Schiefelage zugunsten des Kapitals zeigt sich aber auch auf anderen Ebenen der Einflussnahmen. Schätzungsweise gibt es 15,000 bis 30,000 aktive LobbyistInnen in Brüssel, das sind ca. 20-40 für jeden EU Abgeordneten, wobei der Großteil für die großen Unternehmen arbeiten (vgl. Corporate Europe Observatory 2011:3). Diese zeichnen sich unter anderem durch den entsprechenden Zugang zu materiellen Ressourcen aus, was ihren Handlungsspielraum der Einflussnahme im Wesentlichen ausmacht.

Konzeptuell ist die Verknüpfung der materiellen Basis mit den Einflussmöglichkeiten auf den parlamentarischen Staat und den Auswirkungen auf die soziale Sphäre in der folgenden Abbildung (Abbildung 4: Ökonomie und Gesellschaft 2) dargestellt. Dabei spielt die monetäre Restriktion des Geldes als „Vergesellschaftungsmedium“ zugleich eine Rolle für die soziale Sphäre, die Verwaltung, Produktion und Reproduktion der materiellen Basis, wie auch für den parlamentarischen Staat. Sie liegt speziellen Geldinstitutionen zugrunde, welchen somit ein besonderer Status zukommt, der im Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht explizit theoretisiert werden kann. Der parlamentarische Staat schafft und exekutiert schließlich Gesetze und kontrolliert verschiedene Institutionen, welche sich auf die soziale Sphäre und den Akkumulationsprozess, also die materielle Basis verschiedener Interessensgruppen auswirkt. Dem Akkumulationsprozess unterliegt schließlich auf höherer Abstraktionsebene der Akkumulationsimperativ, obgleich der parlamentarische Staat und der erweiterte Staat ebenfalls auf die Strukturen der Akkumulation wirken. Dem Staat unterliegt auf einem höheren Abstraktionsniveau die materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse (vgl. Poulantzas 1968 zit. nach Jäger; Springler 2012:141 1968).

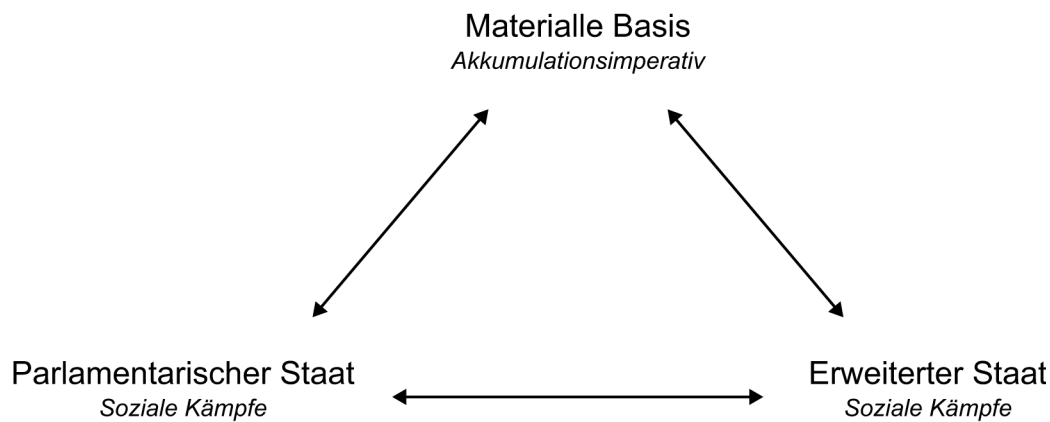


Abbildung 4: *Ökonomie und Gesellschaft 2* (nach eigener Darstellung)

Staatsform und Güterform

Die Sphäre des Sozialen ist zwar eng mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft, allerdings nicht auf diese reduzierbar. Soziale Kämpfe sind wichtig, um auf die Möglichkeit hinzuweisen die institutionellen Formen der Akkumulation zu verändern und zwar in dem auf verschiedenen Ebenen die Interessen verschiedener Klassen durchgesetzt werden. Die horizontalen Konfliktlinien segmentieren dabei jedoch die verschiedenen Klassen und reduzieren die potenzielle Einflussmöglichkeit der Arbeiterklasse auf das Lohnverhältnis Einfluss zu nehmen.

AutrorInnen feministischer Kapitalismusanalysen weisen beispielsweise auf die Zusammenhänge zwischen den Reproduktionskosten der Arbeit und der Geschlechtertrennung hin. Anders als in reinen Kapitalismustheorien steht in feministischen Analysen viel mehr die Frage im Mittelpunkt, welche weiteren gesellschaftlichen Prozesse der Kapitalakkumulation unterliegen und innewohnen (vgl. Aulenbacher; Meuser; Riegraf 2012:11). So wirken beispielsweise Strukturen der religiös und kulturell eingeschriebenen Heteronormativität wesentlich auf das Lohnverhältnis und somit auch auf den ökonomischen Produktionsprozess. „Der Blick von den Analysen des 'globalen Südens'“, so Aulenbacher, „auf den im

'globalen Norden' thematisierten Zusammenhang von Kapitalismus, Androzentrismus und Eurozentrismus mag hier noch Überraschungen bereithalten“ (Aulenbacher; Meuser; Riegraf 2012:22) und für die Regulationstheorie wichtige Inputs zur Konzeptionalisierung der Regulation liefern.

Eine weitere vielversprechende Möglichkeit der Analyse des kapitalistischen Staates besteht darin Strukturen der Macht im Generellen begreifen zu versuchen. Also Ausgrenzung und Unterdrückung, legitimiert durch rassistische, diskriminierende Diskurse, etc. zur Grundlage der Staatsanalyse zu machen. Lukas Oberndorfer analysiert beispielsweise die aktuelle Wirtschaftskrise in Anlehnung an die Staatstheorie von Nicos Poulantzas und entdeckt Parallelen zu dessen Beschreibung zunehmend autoritärer und repressiver werdende Herrschaftsformen in Zeiten ökonomischer Krisen. Ein zentraler Bestandteil dieser Analyse ist das Ringen um Hegemonie. In Anlehnung an Antonio Gramsci ist damit die Zustimmung der Zivilgesellschaft zu gewissen Herrschaftsformen gemeint. „Dass die Suche nach neuen Ressourcen populärer Zustimmung bereits begonnen hat [...]“, bemerkt Oberndorfer, „[...] lässt sich derzeit daran erkennen, dass offen chauvinistische beziehungsweise rassistische Diktionen und Narrative vermehrt in den *offiziellen* Diskurs Einzug halten – etwa dann, wenn die durch die 'Exportweltmeister' brutal peripherisierten Länder als PIGS (Portugal, Irland, Griechenland, Spanien) bezeichnet werden“ (Oberndorfer 2012:68,f.).

Ein weites Verständnis von Staatlichkeit, wonach Machtdimensionen zwischen den einzelnen Akteuren und Akteurinnen in den Fokus genommen werden, geht also weit über ein funktionalistisches Staatsverständnis hinaus und weiter als soziale Verhältnisse auf die divergierenden Interessen von Arbeit und Kapital zu beschränken. Ein solches Verständnis von Staatlichkeit hilft dann die sozialen Strukturen und Asymmetrien innerhalb einer Gesellschaft, welche den ökonomischen Produktionsprozessen zugrunde liegen, besser zu verstehen und anhand von grundlegenden sozialen Kräfteverhältnissen die tendenzielle Richtung von Umbrüchen in Krisenmomenten zu bestimmen.

Weil die erweiterte Staatlichkeit schließlich alle strukturellen Formen der Regulation (bzw. der parlamentarischen Staatlichkeit) durchzieht, beziehen sich Strategien, die auf eine Veränderung des konkreten Ausdrucks der strukturellen Formen der Regulation zielen, dann auch immer auf eine Veränderung des Staates (sowohl der sozialen Sphäre, als

auch des parlamentarischen Staates) (vgl. Becker 2007:275). Beispielsweise interpretiert Sonja Buckel die Entstehung der europäischen Staatlichkeit als politische Antwort auf Transnationalisierungsstrategien zur Schaffung eines globalen Raums der Konkurrenz: „Migrationspolitisch bildete sich so jenes postfordistische 'Migrationsmanagement' heraus, das die unterschiedlichen Verwertungsbedingungen im globalen Norden und Süden zwischen den Geschlechtern und den Ethnien produktiv macht [...] Bewegungsfreiheit bleibt das Privileg der Europäer sowie einer kosmopolitischen Elite, während Migrantinnen nach stratifizierten Rechtsansprüchen kodiert werden, sobald sie ebenfalls von dieser Freiheit Gebrauch machen“ (Buckel 2012:95). Eine solche Politik wäre nicht möglich, wäre die europäische Zivilgesellschaftlich ausreichend solidarisch mit Menschen anderer Nationen.

Die Krise in Europa

Einleitung

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Euro Raum ist deutlich geworden, dass sich nicht nur die Wirtschaft in der Krise befindet. Zwar hat die Krise ihre materielle Basis in der Produktion, die aktuellen Verteilungskämpfe im Kontext des Krisenmanagements und die dabei sichtbar werdenden Demokratiedefizite zeugen jedoch davon, dass die Krise auf einem viel weiteren Territorium ausgetragen wird. Eine rein ökonomische Betrachtung der Krise würde demnach wichtige Einflussfaktoren verkennen. Um dem gerecht zu werden und die verschiedenen Dimensionen der Krise entsprechend zu beschreiben ging diesem Kapitel eine Auseinandersetzung mit Krisentheorien, erst auf abstrakter Ebene, dann in Bezug zu konkreteren historischen Entwicklungen der letzten Dekaden bis Heute, voraus. Der *Akkumulationsimperativ*, so der vertretene Standpunkt, wird als die treibende Kraft hinter den ökonomischen Krisenerscheinungen gesehen. Gleichzeitig werden soziale Kämpfe als das bestimmende Merkmal politischer Strukturen verstanden (wobei der Begriff des „*Kampfes*“ eine analytische Stilisierung ist und der Vereinfachung der Machtstrukturen und des komplexen „*Struktur–Akteur*“ Verhältnisses dient, welches der sozialen Sphäre zugrunde liegt). Beide Sphären, die Soziale und die Ökonomische, stehen schließlich dynamisch in Beziehung zueinander. Politische, ökonomische und soziale Strukturen, welche der Krise zugrunde liegen, sind also im Fluss eines länger andauernden historischen Prozesses zu betrachten. Das Machtgefüge innerhalb der Europäischen Union, welches vom aktuellen Krisenmanagement zum Vorschein gebracht wird, ist dann als historischer Prozess seit der Krise des Fordismus in den 1970ern zu betrachten.

In Kapitel zwei wurde argumentiert, dass die Krise bereits in der Entwicklung des Fordismus und der Epoche danach zu verorten ist. Die Manifestation der Krise im EURO-Raum und der tatsächliche „Einbruch“ ökonomischer Kennzahlen gehört schließlich zu den jüngeren, konkreteren und direkten Ereignissen des Krisenverlaufes. Der Ausgangspunkt der aktuellen Krisenerscheinungen ist jedoch die *Überakkumulationskrise* in den USA, welche sich seit 2007 über verschiedene Ansteckungseffekte über die ganze Welt ausbreitete (vgl. Becker; Jäger 2009:541). Der spezifische Verlauf der *Überakkumulationskrise* ist dabei auf aktiv geschaffene, politische Strukturen zurück zu führen, welche eben-

falls ihren historischen Verlauf haben. Auffällig ist, dass dem Krisenmanagement heute dieselben neoliberalen Gedanken zugrunde liegen, welche die Wirtschaftspolitik seit den 1970ern in zunehmendem Maße informierten. Das deutet nicht nur darauf hin, dass die Krise in ihren Dimensionen nicht wirklich verstanden wurde, sondern ist auch ein Indiz dafür, dass die destabilisierende Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte zu einem festen Bestandteil der herrschenden politischen Hegemonie geworden ist, welche in den Krisenländern vor einem Legitimationsproblem steht. Ein kurzer Blick auf einige Eckdaten der jüngeren Ereignisse verdeutlicht das.

Den Anfang nahm der aktuelle Krisenverlauf im *Subprime*-Markt des US-amerikanischen Finanzsystems. Auf diesem wurden Derivate auf Hypothekenkredite niedriger Bonität gehandelt. Dabei wurden während des Immobilienbooms in den USA zunehmend Kredite an Kreditnehmer und Kreditnehmerinnen mit niedriger Bonität, also niedriger „Kreditwürdigkeit“, vergeben. Selbst an sogenannten NINJA (No Income No Job, no assets) wurde Geld verliehen. Möglich war das, weil die Banken die Kredite zu neuen Finanzpaketen bündelten und an andere Banken weiterverkauften. Das war eine geraume Zeit lang eine praktikable Lösung, um die Überakkumulation des Fordistischen Boom auf einer anderen Ebene weiter zu führen. 2007 endete die Form der fiktiven Mehrwertakkumulation dann abrupt.

Die Krise, welche im Bereich dieser Derivate ausbrach, erreichte im Sommer 2007 das Zentrum der modernen Finanzwelt, nämlich den Interbankenmarkt auf dem sich Banken gegenseitig kurzfristige Kredite verliehen. Diese erste Phase der Krise fand dabei vorwiegend in den USA statt und wurde in Europa zunächst als ein Problem des Bankensektors in den Staaten abgetan. Voreilig wurden die risikoreichen Geschäfte „geldgieriger“ Manager und Managerinnen und der unregulierte amerikanische Bankensektor als Ursache der Krise verkündet, welche sicherlich nicht Europa und dessen stabilen Bankensektor erreichen würde.

Als dann im Sommer 2008 die amerikanische Großbank Lehman Brothers Konkurs ging, brach Panik auf den Finanzmärkten aus. Die Banken begannen sich zunehmend zu misstrauen, die Zinsen auf dem Interbankenmarkt stiegen und schließlich hörten die Banken komplett auf sich gegenseitig Geld zu leihen (vgl. Stockhammer 2011:5). Der Zusammenbruch des Finanzsystems drohte und konnte nur durch enorme Investitionen seitens der Regierungen verhindert werden. Die Krise hatte also auch Europa erreicht. Zwischen 2007

und 2010 beliefen sich die Verluste der Banken in der Eurozone auf etwa 472 Mrd. Dollar (vgl. EuroMemo Gruppe 2010/11:9). Das sind in etwa 363 Mrd. Euro (zum durchschnittlichen Wechselkurs von 2010).

Als der Handlungsdruck in der Europäischen Union zunahm, errichteten die Regierungen der Eurozone die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility, EFSF) ausgestattet mit einem Budget in der Höhe von 440 Mrd. Euro. Kurz darauf leistete die EZB (Europäische Zentralbank) einen weiteren maßgeblichen Beitrag, indem sie die Banken der Eurozone mit der nötigen Liquidität versorgte. In der Tat vergab sie billiges Geld, also mit niedrigsten Zinsen, an die europäischen Banken in der Hoffnung die Kreditklemme aufzulösen. Was ohne diesen immensen Eingriffen geschehen wäre lässt sich kaum abschätzen. Über die Notwendigkeit einer Unterstützung des Finanzsystems sind sich die meisten Theoretiker und Theoretikerinnen einig. Die Art und Weise wie sie durchgeführt wurde muss jedoch als verteilungspolitischer Skandal gewertet werden, bei dem es zu einer Sozialisierung der Verluste kam, während die Gewinne nach wie vor in die Taschen einiger weniger fließen.

In einer dritten Phase ab dem Spätherbst 2008 erfasste die Finanzkrise dann die Wirtschaft des gesamten Globus und wurde zu einer Wirtschaftskrise, in der die meisten Industrieländer einen Rückgang des BIP in der Größenordnung von 4% bis 5% erlitten (vgl. ebda.). Eine Vielzahl großer Firmen, beispielsweise Opel und General Motors waren plötzlich vom Bankrott bedroht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Finanzkrise keine vorübergehende Vertrauenskrise der Banken war. Die Kreditverknappung und die negativen Wachstumserwartungen übertrugen sich auf die reale Wirtschaft. Es kam zu immer mehr Konkursen im produzierenden Gewerbe, während die Arbeitslosigkeit von 2008 bis 2009 um etwa 2% im EU(27) Durchschnitt und in den Spitzenfällen in Griechenland und Spanien zwischen 2009 und 2011 um etwa 10% stieg (vgl. Eurostat 2012). Kurzfristig verabschiedeten sich die meisten Regierungen von ihren rigiden Budgetpolitiken und versuchten mit Konjunkturpaketen der Wirtschaftskrise entgegen zu wirken, während sich die Lobbying-Bemühungen intensivierten, um grundlegende Eingriffe in das Regelwerk der Finanzarchitektur abzuwehren. Die Strategie in Deutschland, eine Deflation durch die Senkung der Lohnkosten voran zu treiben, zeugt davon, dass die herrschende Klasse weiterhin ihre Interessen durchsetzen konnten, denn ihre Bemühungen zielten auf eine Rückkehr zum Status Quo unter neoliberaler Leitung ab. Statt etwas gegen die struk-

turellen Ungleichgewichte im eigenen Land vorzunehmen, wurde auf die Expansion in den Ländern mit großen Leistungsbilanzdefiziten, allen voran die USA, gesetzt (vgl. EuroMemo Gruppe 2010/11:11).

Die gravierendsten Folgen hatten diese Maßnahmen schließlich auf die Staatshaushalte. Die Kosten der Rettungspakete für den Finanzsektor, die Konjunkturprogramme und die konjunkturell gesunkenen Steuereinnahmen führten zu einem Anstieg der Haushaltsdefizite, welche in der EU (Europäischen Union) von 0,9% im Jahr 2007 auf 6,8% im Jahr 2009 anstieg (vgl. EuroMemo Gruppe 2010/11:8). Im Laufe des Jahres 2009 wurde die Krise dann zu einer Staatsschulden-Krise, in der selbst der Zusammenbruch des Euroraumes nicht mehr ausgeschlossen wurde. Dem entsprechend veränderte sich auch die Darstellung der Krise in der Öffentlichkeit und die aktuellen Haushaltsdefizite wurden als Problem stilisiert. Die Regierungen der entsprechenden Länder dafür verantwortlich zu machen ist die einfallslose Reaktion auf die zugrundeliegenden ökonomischen Probleme, während kein Hehl daraus gemacht wird zu erwähnen, dass die „nervösen“ Finanzmärkte beruhigt werden mussten, damit sie endlich wieder Geschäfte mit den Krisenstaaten machten und diese den notwendigen Zugang zu Geldkapital erlangen um aus der Krise herauszukommen.

Einen Beitrag zur kohärenten Erklärung dieser Dynamiken zu leisten ist schließlich die theoretische Vorarbeit der letzten Kapitel verschuldet. Dabei ist klar, dass Neoliberale Erklärungen nichts dazu beitragen die Ursachen der Krise zu verstehen. Viel eher müssen sie selbst zu den Ursachen gezählt werden.

Auf eine ökonomische Analyse reduziert, aus der Perspektive (post)marxistischer Krisentheorien, ohne die Problematik ökologischer Grenzen des Wachstums sowie die offensichtliche Zerstörung natürlicher Ressourcen durch den herrschenden Wachstumswahn zu thematisieren, lässt sich die Krise hingegen als Doppelkrise skizzieren. Nämlich als *Überakkumulationskrise* seit den 1970ern und die, aus der Bearbeitung dieser Spannung resultierende Krise der Finanzwirtschaft im neuen Jahrtausend. Eine Lösung der Krise, ausschließlich in der Sanierung des Finanzsystems zu suchen verkennt das Problem dieses Doppelcharakters (vgl. Zinn 2009:121,ff.). „Soweit eine historische Ursache-Wirkungsbeziehung zwischen den beiden Krisen besteht, ist die Finanzkrise das Resultat von

falschen (wirtschaftspolitischen) Reaktionen auf den weltweiten realwirtschaftlichen Wachstumsrückgang seit den 1970er Jahren“ (Zinn 2009:121).

Diese falschen Reaktionen haben jedoch System und lassen sich als neoliberales Projekt beschreiben. Um die spezifischen Krisenmomente der Europäischen Union besser zu verstehen ist es deshalb notwendig, die oberflächlichen Krisenerscheinungen der letzten Jahre in den historischen Kontext des europäischen Integrationsprozess – die Eingliederung von neuen Nationalstaaten in die Europäische Gemeinschaft (und später Europäische Union) sowie die Transformation der institutionellen Formen der Staatlichkeit im Kontext sozialer Kräfteverhältnisse – zu stellen. Der europäische Integrationsprozess kann dann unter dem Aspekt der Produktivitätskrise der 1970er, als Bearbeitung der *Überakkumulationskrise* des Fordismus betrachtet werden, in dessen Zuge die *Finanzialisierung* zur dominanten Akkumulationsstrategie wurde. Die politischen Bemühungen sind dabei jedoch eine von vielen Möglichkeiten auf die Produktivitätskrise zu reagieren. Und es drängt sich die Frage auf, wem denn die politische Entwicklung der letzten Dekaden genutzt hat und ob sich daran durch die Krise etwas ändert.

Über die Erfolge der Krisenbehandlung und die Interpretation der letzten drei Dekaden muss man also streiten (für eine Ausführlich Darstellung der Debatte, beispielsweise innerhalb der SSA-Theorie siehe z.B. McDonough 2008:164,ff.). Betrachtet man beispielsweise die Anzahl der internationalen Krisen seit 1980, welche in Relation zum BIP der betroffenen Länder (dabei handelte es sich meist um sogenannte Entwicklungsländer) weit größere ökonomische Verluste als die Große Depression der 1930er verursachten (vgl. Raffer 2008:52), lässt sich kaum von einem stabilen Akkumulationsregime sprechen. Andererseits, mit dem Fokus auf politische Herrschaftsstrukturen, zeigt sich der Neoliberalismus als eine stabile Form der Herrschaft, welche trotz dem Abbau von Sozialleistungen, hoher Arbeitslosigkeit, niedriger Reallohnentwicklungen, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und dergleichen in den sogenannten entwickelten Industrien zur Hegemonie geworden ist. Auf ökonomischer Ebene lässt sich aus Keynesianischer Perspektive zeigen, dass stabile kapitalistische Wachstumspfade mit Arbeitslosigkeit einhergehen können. Relativ stabile ökonomische Entwicklung über einen längeren Zeitraum sind trotz Massenarbeitslosigkeit, Armut, Hunger und anderen menschenunwürdigen Umständen möglich, solange die soziale Stabilität anders gewahrt werden kann.

Die Krise zeigt schließlich, dass es sich (für die Länder des Euro Raumes) bei den

Akkumulationsstrategien der letzten Jahre nicht um eine strukturell nachhaltige Strategie für den EURO-Raum handelt. Im Kontext der historischen Entwicklungen der Europäischen Union ist die Dominanz neoliberaler Strategien ein ausschlaggebendes Merkmal für die Entwicklung der Akkumulationsregime, die sich nun in der Krise befinden.

Im Folgenden müssen also verschiedene Punkte in ihrer historischen Entwicklung betrachtet werden um die Strukturelle Ebene der Krise sichtbar zu machen. In einem ersten Schritt soll ein Überblick über die institutionalisierten neoliberalen Kräfte in der Europäischen Union gegeben werden, nämlich in Hinblick auf die wirtschaftspolitische Gestaltung der Europäischen Union und somit auf die politischen Maßnahmen, welche der Entwicklung der Strukturen zugrunde liegen, die sich nun in der Krise befinden. Im Kern lässt sich die neoliberale Wirtschaftspolitik als *Liberalisierungspolitik* begreifen, oder weniger euphemistisch ausgedrückt als Umverteilung von Gemeinschaftseigentum an Kapitalhalter und Kapitalhalterinnen. Das Steckenpferd der neoliberalen Politik ist dabei die Liberalisierung der Finanzmärkte, welche im zweiten Schritt gesondert behandelt wird. Diese ist in mehrfacher Hinsicht ein entscheidender Punkt der Krisendynamik und bringt gleichzeitig die Dominanz der Interessen des Kapitals über jene der Arbeiter und Arbeiterinnen zum Ausdruck. Im wesentlichen lässt sich das in der Polarisierung der Einkommen beobachten. Diese liegt schließlich auf mehreren Ebenen der Krise der Akkumulationsregime im EURO-Raum zugrunde. Nachdem also die *Finanzialisierung* im Rahmen der Liberalisierung der Finanzmärkte behandelt wurde wird im dritten Schritt die Krise der Akkumulationsregime behandelt. Nach der Auseinandersetzung mit der Polarisierung der Einkommen, soll die Entwicklung der verschiedenen Grundtypen der Akkumulation im historischen Kontext des europäischen Integrationsprozess dargestellt werden. Abschließend sollen dann die politischen Machtstrukturen, welche im Spannungsfeld zwischen nationalen, transnationalen und supranationalen Kräfteverhältnissen stehen thematisiert werden.

Neoliberalismus in der Europäischen Union

Die Europäische Union nahm ihren Ursprung in den 1950ern und sollte durch die Überwindung des Nationalismus Frieden und Wirtschaftswachstum in Europa garantieren. Recht schnell stellte sich jedoch heraus, dass das europäische Projekt vorwiegend der Umsetzung von Strategien zur Liberalisierung der Wirtschaft diene. Dabei wurde das Ziel konti-

nuierlichen ökonomischen Wachstums zum obersten Dogma erklärt und als Garant für Wohlstand und Prosperität für alle verkauft. Die *Finanzialisierung* des Kapitalismus in Europa wurde dabei aktiv betrieben: 1987 mit dem Programm der grenzenlosen Liberalisierung des EWG-Vertrages (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) eingeleitet, in der Lissabon-Strategie 2000 zusammengefasst, 2005 trotz offensichtlicher Misserfolge erneut bekräftigt (vgl. Huffschmid 2009:113) und in den Nachfolgevertrag Euro2020 überschrieben und nur geringfügig verändert. Das neoliberale Postulat, „unregulierte Märkte seien der Schlüssel für Wohlstand und Prosperität“, wurde dabei zum integralen Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses der letzten 30 Jahre. Anstelle eines sozialen, gerechten Europas der kulturellen Vielfalt und des intellektuellen Austauschs trat somit das, in der Lissabon-Strategie niedergeschriebene Ziel, Europa bis zum Jahr 2010 zum konkurrenzfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen (Europäische Kommission 2000). Konstantes Wirtschaftswachstum gemessen am BIP als Maßstab für den ökonomischen und gesellschaftlichen Erfolg sollte Wohlstand für alle garantieren, Arbeitsplätze schaffen und Innovation durch Bildung fördern. Die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes, die monetaristische Geldpolitik der EZB, die Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte und die geostrategische Sicherung des Zugriffs des Marktes auf die ökologischen Ressourcen in der ganzen Welt charakterisieren dabei den Europäischen Integrations- und Transformationsprozess und konnten als politisches Projekt, welches Wohlstand und Prosperität für alle verspricht, verkauft werden.

Die Strategie der Liberalisierung und jegliche Form ökonomischer Steuerung dem freien Markt zu überlassen schien sich zunächst sogar zu bewahrheiten, da sich die enormen Gewinne, welche auf den liberalisierten Finanzmärkten gemacht werden konnten, im BIP widerspiegelten und ein stabiles Wachstum suggerierten. Auch die realwirtschaftlichen Strukturen, die sich im Rahmen des europäischen Integrationsprozess entwickelten, schienen wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Zumindest nach der massenmedial verbreiteten Wahrnehmung der europäischen Wirtschaft. Neoliberale Politik als Antwort auf die ökonomische Krise des Fordismus in den 1970ern konnte somit zunehmend die hegemonale „Führung“ der Wirtschaftspolitik übernehmen. Tatsächlich zeichnen sich die finanzdominierten Akkumulationsregime jedoch durch niedriges und instabiles Wachstum des realen Sektors aus sowie durch die zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung zu Gunsten der oberen Einkommensschicht (vgl. Stockhammer 2009:2).

Der Begriff *Finanzialisierung* deckt eine Palette von Phänomenen ab, welche im Rahmen der Umsetzung neoliberaler Politik zu beobachten sind. Für ein Verständnis der ökonomischen Dynamiken der Krise sind die entscheidenden Phänomene die Deregulierung des Finanzsektors und Verbreitung neuer Finanzinstrumente, die Emergenz von institutionalisierten Investoren und Investorinnen, welche zu wichtigen Akteuren und Akteurinnen auf den Finanzmärkten wurden, die Verschiebung der Unternehmensziele hin zum Shareholdervalue als wichtigstem Entscheidungskriterium, die Ausbreitung von Krediten für Gruppen, die keinen Zugang zu Krediten hatten sowie die Liberalisierung von internationalen Kapitalflüssen. Im Zuge des europäischen Integrationsprozesses und der *Finanzialisierung* entwickelten sich in diesem Kontext die regionalen Ungleichgewichte sowie die Einkommensungleichgewichte, welche den makroökonomischen Dynamiken der Krise heute zugrunde liegen (vgl. Stockhammer 2009, Marterbauer 2012).

Unter der Dominanz neoliberaler Politik wurden somit sowohl die Strukturen entwickelt, welche den makroökonomischen Dynamiken der Krise zugrunde liegen, als auch eine Politik umgesetzt, welche die Interessen der Vermögenden bevorzugte und deren Projekte begünstigte. Von dem versprochenen „Trickle-Down“ Effekt, wonach der Wohlstand mehr oder weniger automatisch auf die Mehrheit der unteren Einkommensschichten durchsickern würde, lässt sich dabei wenig beobachten.

Durch die aktuelle Krise treten neben diesen politischen und ökonomischen Ungleichgewichten eine ganze Reihe sozialer, ökologischer und ökonomischer Widersprüche an die Oberfläche, welche die Politik der letzten Dekaden in Frage stellen. Diese Widersprüche können nicht einfach durch die Liberalisierung der Märkte und die Disziplinierung von Nationalstaaten aufgelöst werden. Vielmehr sind sie selbst Resultat neoliberaler Politik und der mit ihr einhergehenden *Finanzialisierung* der Akkumulationsstrategien. Ein öffentliches Hinterfragen neoliberaler Gedanken lässt sich bei der herrschenden Klasse dennoch kaum beobachten. Weder in der Politik, noch in den, die Politik und die Gesellschaft informierenden, Neoklassik. Die Phänomene der *Finanzialisierung* müssen also im Kontext neoliberaler Hegemonie verstanden werden. Denn die Macht weniger Akteure und Akteurinnen resultiert aus der asymmetrischen Verfügungsgewalt über den gesellschaftlich produzierten Reichtum, sowie der zentralen Rolle von Geldkapital für die ökonomischen Produktionsprozesse im Kapitalismus.

Während der neoliberal forcierte Abbau der Sozialleistungen und staatlich steuernden

Wirtschaftsmaßnahmen einzelnen Kapitalfraktionen enorme Gewinne ermöglichen, die sich im BIP-Wachstum widerspiegeln und zum Ausdruck prosperierender Gesellschaften stilisiert werden, wird die arbeitende Bevölkerung weiterhin unter Druck gesetzt. Die kapitalistische Logik der Finanzmärkte und Investitionen, vor allem deren Liberalisierung, begünstigt somit nicht nur die Reproduktion der materiellen Basis des Kapitals gegenüber der arbeitenden Bevölkerung und dadurch den Zugriff und die Einflussnahme auf die Ökonomie und den parlamentarischen Staat, sondern legitimiert sich dabei über das Leistungsprinzip selbst.

Auf europäischer Ebene wird die Dominanz neoliberaler Gedanken im Nachfolgedokument der Lissabon-Strategie, nämlich Europa2020, ebenso zum Ausdruck gebracht wie durch die umgesetzten Kriseninterventionen. Europa2020 welches von pittoresken Marketingbegriffen wie „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ durchzogen ist, scheint sich mit den Problematiken, die durch die Krise in Erscheinung treten, auseinander zu setzen (Europäische Kommission 2010). Wie schon die Lissabon-Strategie basiert Europa2020 jedoch auf dem Glauben, dass wettbewerbsfähige Märkte der Schlüssel zu Wachstum und Arbeit seien, und dass öffentlichen Interventionen in den meisten Fällen hinderlich seien (vgl. EuroMemo 2010/11:6,f.).

Es ist also nicht verwunderlich, dass dieser Glaube auch den unmittelbaren Reaktionen auf die Krise zugrunde lag. Die Kriseninterventionen zielten zunehmend auf die Rettung der Banken ab. Die nötigen Reformen der Finanzmärkte lassen sich bis dato nicht beobachten. „Für die Regulierung der Finanzmärkte [...]“ so Redak und Weber „[...] gilt vielmehr, dass durch eine Mischung aus symbolischer Politik (Hedge Funds, Ratingagenturen) und dem Versuch der Aufrechterhaltung des Status quo (Bankenregulierung) versucht wird, die Geltung des marktliberalen Modells und die Macht der damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Eliten aufrecht zu erhalten und gröbere Verwerfungen des politischen Systems zu vermeiden“ (Redak; Weber 2010:77).

Das deutet unter anderem darauf hin, dass die neoliberalen Gedanken und Ideen, welche der politischen Schaffung ökonomischer Strukturen zugrunde liegen, nicht in Frage gestellt wurden. Anstelle einer Revision marktradikaler Wirtschaftspolitik beherrscht weiterhin neoliberales Gedankengut die Entscheidungen des Establishments.

Aber auch in der Zivilgesellschaft scheint der neoliberale Konsens nach wie vor vorhanden zu sein. Parallel zur neoliberalen Antwort auf die Krise der 1970er hielten neoliberale Gedanken mit Slogans wie „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut“, sukzessive Einzug in alle Lebensbereiche und entwickelten sich zu einem Konsens der individualistischen Leistungskonkurrenz. Dieser Konsens liegt der zivilgesellschaftlichen Akzeptanz der Umverteilung von unten nach oben zugrunde, indem Armut und Reichtum zum Ausdruck individueller Leistungen verkannt werden. Genutzt wird dieses Weltbild beispielsweise in den nationalistischen Krisenerklärungen, wonach „die faulen Griechen auf Kosten der hart arbeitenden Deutschen“ lebten, „Migranten eine Bedrohung für Europa“ darstellten und dergleichen mehr.

Auch in Bezug auf die Reproduktion des Wissens zeigt sich die Hegemonie des Neoliberalismus. Exemplarisch dafür sind beispielsweise die Lehrpläne so ziemlich aller Wirtschaftsuniversitäten, vor allem im deutschsprachigen Raum. Während bis in die 1990er in den Universitäten noch ein breiteres Angebot an Wirtschaftstheorien gelehrt und diskutiert wurde, finden sich heute kaum noch Alternativen zu den Spielarten der Neoklassik. Neben dem Erfolg des neoliberalen Projekts, neue Bereiche der Mehrwertakkumulation durch die Liberalisierung und Globalisierung ökonomischer Strukturen zu erschließen, zeichnet es sich dadurch aus, dass es vermochte, einen Konsens in dem Sinne zu etablieren, dass heute kaum noch Alternativen zu den neoliberalen Strategien gedacht, geschweige denn kommuniziert werden. Darüber hinaus versprechen Ausbildungszweige wie die Wirtschaftswissenschaften die Möglichkeit Zugang zu hohem Einkommen zu erlangen und somit die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs und der Reproduktion der sozialen Position, die man beispielsweise von der individuellen Sozialisierung mitbekommen hat. Im Bereich ökonomischer Entscheidungsfindung herrscht eine Schieflage bei der Kreation organischer Intellektueller zugunsten der Kapitalfraktionen.

Demnach ist es nicht verwunderlich, dass die neoliberalen Kriseninterventionen das aktuelle, real-umgesetzte Krisenmanagement dominieren. Allerdings handelt es sich um eine Ideologie, welche zwar „herrscht“, jedoch nicht mehr „führt“, denn in der europäischen Peripherie stößt die neoliberale Politik zunehmend auf den Widerstand der Bevölkerung.

Die Liberalisierung der Finanzmärkte

Das Steckenpferd neoliberaler Politik sind die liberalisierten Finanzmärkte, welche auf mehrfacher Ebene eine wichtige Rolle für das Verständnis der Krise spielen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte spielt somit eine entscheidende Rolle für die spezifische Ausprägung der ökonomischen Krisenerscheinungen der letzten Jahre. Einerseits begünstigte sie die *Finanzialisierung* der Akkumulationsregime, die Entwicklung der strukturellen, makroökonomischen Ungleichgewichte (ungleiche Regionalentwicklung im Euro Raum, die Polarisierung der Einkommen) sowie die temporäre Verschiebung der *Überakkumulationskrise* durch das Ausweiten des Zuganges zu Krediten. Gleichzeitig führte die Liberalisierung der Finanzmärkte zur aktuell beobachtbaren Dominanz der institutionalisierten Akteure und Akteurinnen der Finanzmärkte gegenüber den Interessen der Mehrheit, trotz deren offensichtlichen destabilisierenden Wirkung auf die Realwirtschaft.

Die Genesis der Finanzarchitektur

Abgeleitet von den Erfahrungen der Großen Weltwirtschaftskrise 1929 wurde eine Palette von Regulierungsmaßnahmen der Finanzindustrie vorgenommen um Ansteckungseffekte, also das Übergreifen einer regionalen bzw. nationalen Wirtschaftskrise auf die Weltwirtschaft, in Zukunft möglichst zu verhindern. Dazu wurde zur Überwachung der Börse in den USA eine Aufsichtsbehörde gegründet, welche den Börsenhandel überwachen sollte. Die Securities and Exchange Commission (SEC) schrieb den Banken vor, dass sie nur Wertpapiere halten dürfen, welche von Ratingagenturen mit Bestnoten versehen worden waren. Darüber hinaus wurde 1933 mit dem sogenannten Glass-Steagall Act ein Trennbankensystem eingeführt, das Banken vorschrieb entweder als Investmentbanken (die mit Wertpapieren handeln) oder als Geschäftsbanken (die Einlagen von Sparern annahmen und als Kredite weiter vergaben) zu fungieren. Dieses blieb bis in die 1970er, als der Boom des Fordismus zum Erliegen kam, bestehen.

Während des Fordistischen Booms konnten Profite, wegen der hohen Wachstumsraten, im realen Sektor erwirtschaftet werden und der Staat hatte genug Spielraum durch Steuereinnahmen das Akkumulationsregime durch den Ausbau von Sozialleistungen zu stützen. Als in den 1970ern die Wachstumsraten einbrachen und es seit dem Zweiten Weltkrieg

erstmal wieder zu einer Rezession in den kapitalistischen Zentren kam, spiegelte sich das auch in den sinkenden Börsenkursen wider. Um wieder mehr Anleger an die Börse zu bekommen, entschied sich die SEC die festgelegten Gebühren für den Wertpapierhandel aufzuheben, was die einzelnen Investmentbanken in Wettbewerb zueinander stellten (vgl. ebda.). Um der Rezession geldpolitisch gegensteuern zu können verabschiedeten sich die USA von der Goldbindung des Dollar. An Stelle des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse trat ein „Nicht-System“ flexibler Wechselkurse, welches mit starken Schwankungen der Wechselkurse einherging. In diesem Kontext entstand ein großer Markt für Finanzprodukte, mit denen man sich gegen Wechselkursschwankungen absichern konnte. Es dauerte nicht lange und mit diesen neuen Finanzprodukten wurden in zunehmendem Maße Geschäfte gemacht. Die Grundlagen für die rasante Entwicklung und Verbreitung sogenannter Derivat-Geschäfte war gelegt.

Dabei handelt es sich um Finanz-Produkte, welche von anderen abgeleitet sind. Ein populäres Beispiel sind „Futures“. Dabei wird zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Geschäft in der Zukunft vereinbart: beispielsweise für 100 € in einem Jahr 100 \$ zu kaufen. Wenn zum vereinbarten Zeitpunkt ein Dollar weniger wert ist als ein Euro, dann macht derjenige einen Gewinn, der die Dollar verkauft. Ebenso funktioniert das sogenannte „Shorten“. Dabei leiht man sich von seinem Broker Aktien und verkauft diese mit der Hoffnung sie in der Zukunft billiger zurück kaufen zu können. Solche Wetten und glücksspielartigen Geschäfte gibt es mittlerweile für nahezu jedes denkbare Produkt (Aktien, Rohstoffe, Nahrungsmittel, Schuldscheine, usw.). Dass Spekulationen auf Nahrungsmittel katastrophale Auswirkungen haben können, muss nicht weiter ausgeführt werden.

In den 1990ern sollte die Liberalisierung der Finanzmärkte schließlich dazu führen, dass der Glass-Steagall Act aufgehoben wurde (vgl. Felbner; Henn; Lindner 2012:21). Somit war eine wichtige Voraussetzung für die „Subprime“ Krise in den USA herbei liberalisiert worden.

Auf den europäischen Märkten gab es für die europäischen Großbanken wie der Deutsche Bank kein Trennbankensystem. Durch den Abbau der Kapitaltransaktionssteuern für Kapital und die Entwicklung der neuen Informationssysteme konnten europäische Banken in zunehmendem Ausmaß den amerikanischen Finanzinstitutionen Konkurrenz machen. Diese reagierten indem sie Druck auf die US-Regierung ausübten und so die Abschaffung des Glass-Steagall Act erringen konnten. Im Rahmen zunehmender Globalisierung, dem Ab-

bau von Handelshemmnissen für Geldkapital und den neuen Kommunikationstechnologien, welche im Geldsektor die rasante Verschiebung von Geld über den ganzen Globus ermöglichten, intensivierte sich die Konkurrenz der Finanzinstitutionen, welche um das zirkulierende Geldkapital wetteiferten.

Die neoliberale Politik der Liberalisierung löste eine Dynamik der De-Regulierung, bei der es zu einer Zuspitzung der Konkurrenz um Geldkapital kam. Dabei wurde die Liberalisierung der Finanzmärkte aktiv von politischen Entscheidungsträgern betrieben. 2004 kam es in Deutschland beispielsweise nicht nur zur Zulassung, sondern auch zur staatlichen Förderung spekulativer Finanzinstrumente wie Hedgefonds (vgl. Huffschmid 2009:105). Aus Furcht vor Wettbewerbsnachteilen wurde der Bankensektor in Deutschland zunehmend liberalisiert und die Entwicklung eines Finanzzentrums unterstützt. Verbriefungen wurden erlaubt, neue Finanzprodukte zugelassen, die Börsenumsatzsteuer abgeschafft und Fonds steuerlich begünstigt. Neben anderen Erleichterungen wurde den Banken eine immer stärkere Aufweichung der Eigenkapitalregelung ermöglicht, indem ihnen das Verwenden eigener Modelle zur Berechnung der Risiken gestattet wurde.

Neben der Deregulierung der Banken war auch der Unternehmenssektor von den neoliberalen Liberalisierungsmaßnahmen betroffen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte führte dazu, dass transnationales Finanzkapital an Bedeutung für Unternehmen gewann. In dem Glauben Kapitalströme würden Wirtschaftswachstum begünstigen, was in einigen Fällen auch tatsächlich der Fall ist, wurde von der deutschen Bundesregierung eine aktive Standortpolitik betrieben um Kapital anzulocken. Zur Umsetzung der Standortpolitik hat das Deutsche Bundeswirtschaftsministerium mit „Invest in Germany“ sogar eine eigene Bundesgesellschaft gegründet „[...] die das Ziel (verfolgt), das Image des Standortes Deutschland im Ausland zu verbessern und damit das Interesse ausländischer Firmen an Arbeitsplatz schaffenden bzw. sichernden Investitionen in Deutschland zu wecken bzw. zu verstärken“ (Vgl. Kaufmann 2008:11). Die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde also aktiv vorangetrieben und konsensfähig kommuniziert. Die Politik, die dabei tatsächlich betrieben wurde, ging von Steuersenkungen über Sozialreformen bis hin zur Senkung der Lohnkosten (vgl. Ebda.). Unterm Strich Maßnahmen, welche zu einer Reduktion des fiskalpolitischen Handlungsspielraumes führen und den Abbau des Sozialstaates vorantrieben. Trotz des Abbaus von Sozialleistungen konnte die Plausibilität des Versprechens, dass die Libe-

ralisierung der Finanzmärkte Wohlstand und Prosperität garantiere, für einen Großteil der Bevölkerung in Deutschland aufrecht erhalten werden. So stieß die aktiv forcierte „Standortpolitik“ auf wenig Gegenwehr der verschiedenen etablierten Interessenvertretungen. Nicht nur die Bundesregierung und die Unternehmerverbände nahmen dabei eine positive Haltung gegenüber Investitionen aus dem Ausland ein, sondern auch die deutsche Gewerkschaft (vgl. Kaufmann 2008:16).

Durch diese Politik änderten sich nicht nur die Eigentumsverhältnisse der Unternehmen, sondern auch die betriebswirtschaftliche Praxis. Für Menschen mit einem entsprechend hohem Einkommen schuf die Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte die Möglichkeit in einem noch nie zuvor dagewesenen Ausmaß neue Quellen der Mehrwertakkumulation zu erschließen. Die Renditeerwartungen mit oft genannten Zielgrößen von 15% bis 25% Nettogewinn hatten dabei weitläufige Folgen für Unternehmer (vgl. Hickel 2009:52). Obwohl einzelne Kapitalanleger meist nur Minderheitsbeteiligungen an den Unternehmen halten, können sie durch einen angedrohten Abzug des Kapitals erheblichen Druck ausüben und ihre Interessen geltend machen (Demirović; Sablowski 2011:83). Um weiterhin den Zugang zu Finanzmitteln aufrecht zu erhalten, müssen sich Unternehmer an den wachsenden Forderungen der Shareholder orientieren. Weil aber die Wirtschaftsleistungen der Unternehmen seit den 1970ern nicht mehr das nötige Niveau erreichen um mit den Renditen auf den Finanzmärkten mitzuhalten, betätigen sie sich zunehmend selbst auf den Kapitalmärkten (vgl. Demirović; Sablowski 2011:84). Diese *Finanzialisierung* der Unternehmen hat zur Folge, dass fixes Kapital zunehmend als Ballast gesehen wird, der auf die ausgelagerten Zulieferer abgewälzt wird (vgl. ebda.). Der Druck der Profitabilität der Unternehmen wird dann auf die Arbeitskräfte weitergeleitet und verstärkte die Tendenz sinkender Reallöhne. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen am unteren Ende der Waren- und Wertschöpfungskette hat das besonders negative Auswirkungen.

Die Finanz- und schließlich Wirtschaftskrise zeigt die Konsequenzen der Veränderung des Finanzsystems und die Abhängigkeit des realen Sektors von Investitionen. Die Liberalisierung des Finanzsektors, im Kontext der *Überakkumulationskrise* in den 1970ern führte unter anderem dazu, dass mit zunehmend komplizierteren und undurchsichtigeren Papieren gehandelt wurde. Die Intensivierung der Mehrwertakkumulation durch Geldgeschäfte untergrub Schritt für Schritt ihre reale Basis, begünstigte die Polarisierung der Einkommen,

die Verdichtung von Kreditverflechtungen und das Herausbilden ökonomischer Ungleichgewichte zwischen Nationalstaaten. Während die Ausweitung der Kredite die anfällige *Überakkumulationskrise* vorübergehend verschieben konnte, entwickelten sich die sogenannten vergifteten Finanzprodukte, die schließlich Auslöser für die Finanzkrise und Ursache für das Misstrauen der Banken untereinander wurden.

Die Macht der Finanzinstitutionen

Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat nicht nur die Entwicklungen begünstigt, welche der Krise zugrunde liegen, sondern auch zu einem Bedeutungsgewinn der Finanzinstitutionen und der Akteure und Akteurinnen der Finanzmärkte geführt.

Mit dem Fokus auf Machtstrukturen lässt sich ein wesentliches Charakteristikum des Prozesses der *Finanzialisierung* zeigen. Die Kriseninterventionen der Deutschen Bundesregierung sowie der Europäischen Union in Bezug auf die Sanierung der Finanzarchitektur sowie der Regulierung von Finanzinstitutionen lässt sich dann als Konsequenz der politischen und ökonomischen Position der institutionalisierten Akteure und Akteurinnen auf den Finanzmärkten interpretieren.

Weil der Besitz von Geld ausschlaggebend für den Zugang zu dem gesellschaftlich produzierten Reichtum sowie das Schmiermittel kapitalistischer Ökonomien ist, haben Finanzinstitutionen eine ganz besondere Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft. Der Zugang zu Geld ist die notwendige Voraussetzung für Unternehmen um zu funktionieren und die Voraussetzung für den Menschen im Kapitalismus seine Bedürfnisse geltend zu machen, am gesellschaftlich produzierten Reichtum teilhaben zu können und in letzter Konsequenz zu überleben. Seien die widersprüchlichen Interessen zwischen Kapital und Arbeit nun über Löhne und Profit oder über Kredite und Wertpapiere vermittelt, Finanzinstitutionen kommt die Aufgabe zu die Gesellschaft mit Geld zu versorgen und Transaktionen und Investitionen möglich zu machen. Darüber hinaus haben Banken immens an Bedeutung für die Finanzierung von Nationalstaaten gewonnen. Im Kontext „unabhängiger“ Zentralbanken unter dem Diktat technokratischer, neoliberaler Aufgabenbewältigung sowie den neoliberal informierten Steuersenkungen und dem damit einhergehenden Rückgang von Staatseinnahmen verloren Nationalstaaten an Möglichkeiten die ökonomischen Widersprüche zu entspannen. So mussten sich die europäischen Nationalstaaten beträchtliche Summen

von den Banken leihen um die Bankenrettungspakete zu finanzieren. Dabei wurde die strukturelle Bedeutung von Banken zur Legitimation der bedingungslosen Rettungsmaßnahmen hoch stilisiert.

Das erscheint eigenartig und widersprüchlich und führt zu einer Palette von Problemen. Beispielsweise sind die Begriffe „Liberalisierung und Deregulierung“ der Banken ein Euphemismus für den Verlust demokratischer Einflussnahme. Finanzinstitutionen orientieren sich somit nicht an den Entscheidungen der Mehrheit, sondern lediglich an der Maximierung von Profiten. Dieses mit dem Funktionieren der kapitalistischen Ökonomie und deswegen gleichzeitig dem größtmöglichen Wohl aller gleichzusetzen ist ein ideologischer Kunstgriff neoklassischer Wirtschaftsmodelle.

Unter neoliberaler Wirtschaftspolitik werden darüber hinaus hohe Einkommensschichten bevorzugt. Unter anderem darum, weil Finanzinstitutionen in Konkurrenz zueinander stehen und darum ringen möglichst viel Kapital anvertraut zu bekommen. Niedrige Einkommensschichten, deren Lohn von den Reproduktionskosten verzehrt wird, haben jedoch kein Geld um spekulativ zu investieren und sind von dieser Möglichkeit Einkommen zu erzielen strukturell ausgeschlossen. Wer sich verschulden muss um seine Bedürfnisse zu decken, kommt sogar in die missliche Lage in Zukunft noch mehr Geld zurück zahlen zu müssen.

Ein unreguliertes Bankensystem ist also ein oligarchisches Herrschaftsinstrument, welches denjenigen zugutekommt, welche über entsprechendes Kapital verfügen.

Aus den Erfahrungen der Großen Wirtschaftskrise der 1930er war die Rettung der Banken eine notwendige Handlung. Als die Zentralbanken 2008 bis 2010 begannen die Banken mit Geld zu versorgen um die Kreditklemme für Unternehmen zu lösen, übersahen sie jedoch, dass das Geld nicht automatisch dort investiert würde, wo es gebraucht wird.

Ein Problem, vor dem sich Unternehmen und einige Nationalstaaten nach dem Ausbruch der Krise befanden, war der Zugang zu Finanzmitteln. Das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (IFO), der Bund der Deutschen Industrie sowie der Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie haben Studien durchgeführt, welche zu dem Ergebnis kamen, dass die befragten Unternehmen Schwierigkeiten haben an Kredite zu kommen, die sie in der Krise so dringend brauchen (vgl. Kohlenburg u.A. 2010). Ohne diese Kredite gingen viele an und für sich „gesunde“ Unternehmen Konkurs und an die 23 Mio. Menschen landeten auf der Straße (vgl. ebda.). Sicherlich war die Motivation hinter der

Refinanzierung der Banken mit Zentralbankgeld die oft schmerzhaft Vernichtung relativ unproduktiven Kapitals zu verhindern. Allerdings ändert das nichts an der Praxis der Finanzinstitutionen. Am 24. Juni 2009 druckte die EZB Geld, um es den Banken für 12 Monate mit minimalen Zinsen zur Verfügung zu stellen. Die Idee war es den Kapitalismus zu reanimieren. Die Finanzklemme, welche einige Unternehmen in den Konkurs trieb und etlichen ArbeiterInnen die Erwerbsarbeit kostete, weil sich die Unternehmen nicht mehr finanzieren konnten, sollte mit dem Geld der Zentralbank gelockert und den Unternehmen über die Krise hinweggeholfen werden. In der Praxis sieht das jedoch etwas anders aus. Ein kleiner Teil des Geldes fließt zwar in die Produktion, der Großteil wird jedoch als Dividende, an die Aktienbesitzer und Aktienbesitzerinnen des Unternehmens, Fonds und Finanzinstitutionen, um die Welt verteilt. Das Geld fließt also letztlich wieder zurück an die Finanzhäuser, von denen es gekommen ist (vgl. Kohlenburg u.A. 2010). Der Geldsegen der Zentralbanken wird aber nicht nur in Aktien investiert und als Dividende an die Shareholder verteilt, sondern ein Teil wird von den Privatbanken verwendet um Staatsanleihen zu kaufen. Das Geld finanziert dann wiederum die Konjunkturpakete und vor allem die Rettung der Banken.

Die folgenden Generationen werden die Kosten zu tragen haben. Die Banken und Kapitalhalter und Kapitalhalterinnen machen ein gutes Geschäft, denn sie sind es, die die Zinsen kassieren.

Auch auf nationalstaatlicher Ebene lässt sich beobachten, dass die Interessen der Akteure und Akteurinnen der Finanzmärkte gewahrt wurden. Bei der Rettung der Banken handelte es sich nicht um den Versuch die Praxis der Finanzinstitutionen zu reformieren, sondern schlichtweg um die Verstaatlichung der Verluste, vorangetrieben von jenen, die die Privatisierung der Gewinne in den letzten Jahren propagiert und vorangetrieben haben. Die Deutsche Bank ist ein gutes Beispiel für die Praxis der Bankgeschäfte und die politische Einflussnahme von Banken auf die Politik. Sie spielt in zweifacher Weise eine besondere Rolle. Sie ist die einzige deutsche Investmentbank mit globaler Bedeutung, welche trotz der maßgeblichen Beteiligung am Aufbau der „Schrottkreditblase“ und anderen zweifelhaften Geschäftemachereien relativ gut aus der Krise ausgestiegen ist (vgl. Fellner; Henn; Lindner 2012:47). Da sie das Platzen der Blase recht früh erkannte, konnte sie teilweise mit Kreditausfallderivaten (CDS), also mit Wetten auf den Zusammenbruch des Systems, von der Krise profitieren (vgl. Fellner; Henn; Lindner 2012:47,f.). Gleichzeitig ist die Deut-

sche Bank in enormem Ausmaß am Lobbying in Brüssel beteiligt (vgl. Corporate Europe Observatory 2011) und kann dort den zunehmenden Ruf nach einer Regulierung der Finanzmärkte aktiv entgegenwirken. Die Möglichkeiten der Einflussnahme bleiben jedoch nicht auf Lobbying Aktivitäten beschränkt. Das zentrale Instrument zur Notrettung in Deutschland ist der Sonderfond Finanzstabilisierung (SoFFin). Dieser ist ein demokratischer Skandal, da riesige staatliche Geldsummen abgezweigt werden und unter schwindender Kontrolle und Einbeziehung des Parlamentes zur Sanierung deutscher Banken verausgabt wird (vgl. Fellner; Henn; Lindner 2012:53). Die Bankrotterklärung des Parlaments zieht sich aber auch durch die weiteren Maßnahmen der Bankenrettung. Als bemerkt wurde, dass die Finanzspritzen die Bankenkrise nicht verhindern konnte, wurden sogenannte „Bad Banks“ gegründet. Finanzinstitutionen können nun die Problempapiere in diese Banken auslagern. Für die Verluste müssen in der Regel zwar meistens immer noch die Banken aufkommen, die die Papiere ausgelagert haben, doch auf den Finanzmärkten funktionieren diese Bilanztäuschungen. Die Banken werden wieder ernst genommen und können weiterhin die Geschäfte betreiben, die sie in die Krise geführt haben, um im Idealfall die Verluste der „Bad Banks“ kompensieren zu können. Wie dieses Experiment ausgeht, lässt sich nicht vorhersagen, doch ist deutlich, dass den Großteil des Risikos der Staat trägt und in letzter Konsequenz jene die Steuern zahlen und von staatlichen Transfers (Pensionen, Familienunterstützung, Bildung, Gesundheit usw.) abhängig sind.

Regulierung des Finanzmarktes nach der Bankenkrise

Nicht nur bei der direkten Rettung der Banken nach dem mehr oder weniger überraschenden Ausbruch der Finanzkrise lässt sich beobachten, dass die Interessen der Akteure und Akteurinnen der Finanzmärkte gewahrt blieben. Auch in Bezug auf die Regulierung der Finanzmärkte kommt die neoliberale Hegemonie zum Ausdruck.

Die Regulierungsmaßnahmen, die den Bankensektor betreffen, laufen unter dem Titel „CRD neu“ (Capital Requirement Directive) bzw. „Basel III“. Im Wesentlichen geht es dabei um eine Überarbeitung und Verfeinerung jener Regulierungsvorschriften für Banken, die bereits in Basel II festgeschrieben und seit 2007 umgesetzt sind. Grob gesagt geht es bei den Kapitaladäquanzrichtlinien darum, das Risiko, das in die Bilanz aktivseitig eingeht, (Kredite, Wertpapiere) besser messbar, berechenbar und somit kontrollierbar zu machen.

Für höheres Risiko muss die Bank dann höhere Kapitalpuffer durch das Erweitern der Eigenmittel aufbauen. Auch wenn die neuen Bestimmungen für Verbriefungen und das Handelsbuch eher in den Bereich der symbolischen Politik fallen, so setzen die neuen Liquiditätsvorschriften an einem bislang wunden Punkt der Bankenregulierung an. Nämlich dem Thema Liquiditätsrisiko, welchem in den letzten Jahren kaum Beachtung geschenkt wurde. Mit der Überarbeitung der Eigenmittelbestimmung im Rahmen von Basel III ändert sich jedoch nichts Grundlegendes an der Regulierung von Banken in der EU (vgl. Redak; Weber 2010:83). Deutschlands Banken waren weltmeisterlich bei der Vergabe von Krediten ohne entsprechende Eigenkapitalreserven, was sich nicht nur bei den deutschen Landesbanken zeigt. So haben deutsche Banken im Schnitt für jeden US-Dollar Eigenkapital 52 US-Dollar geliehen (Ferguson 2009). Trotz des eindeutigen Versagens der deutschen Banken im Management des Risikos der Geldgeschäfte hat die deutsche Regierung eine schärfere Regulierung der Banken bei Basel III zu untergraben versucht (vgl. Fellner; Henn; Lindner 2012:58).

Ebenso lassen sich bei der Beschränkung der Macht der Ratingagenturen kaum Fortschritte beobachten. Erst seit 2009 gibt es eine Verordnung in der EU, welche Ratingagenturen verschiedene Vorgaben vorschreibt und eine Registrierung der Agenturen vorsieht. Zwar gibt es den Beschluss der Schaffung neuer EU-Aufsichtsbehörden – die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (EIOPA) –, welche die Banken, Börsen und Versicherungen kontrollieren sollen, doch wird das Kernproblem der Finanzgeschäfte kaum behandelt.

Die Debatte um die Ratingagenturen dreht sich im Kern um die Frage, wie und ob externe Risikobewertungsmodelle durch interne ersetzt und/oder gestützt werden sollen. Dabei bleibt die entscheidende Frage jedoch unberührt, nämlich ob Wertpapiere mit einem gewissen Grad an Komplexität überhaupt noch bewertet werden können und was denn genau der ökonomische Nutzen von Derivaten und anderen hoch risikoreichen Finanzgüter sein soll. Die EU-Verordnung vom April 2009 zur Regulierung von Ratingagenturen ändert somit nichts am generellen Stellenwert der Ratingagenturen, welche Eckpfeiler eines marktbasiereten Finanzsystems sind und bleiben. Die EU-Richtlinien für „Alternative Investmentfonds“ (Private Equity und Hedge Funds- Verwaltungen) versprechen zwar durch

mehr Transparenz die Informationslage zu Hedge Funds zu verbessern, sind in ihrer Geltung jedoch sehr beschränkt und können rund 70% der am EU-Markt tätigen Hedge Funds nicht erfassen (vgl. Redak; Weber 2010:80).

Unterm Strich lässt sich zusammenfassen, dass sich die Akkumulation von Mehrwert zunehmend von der produktiven Sphäre gelöst hat, während die Interessen des Kapitals über jene der Arbeit an Dominanz gewonnen haben. Das eindeutigste Indiz für diese Dominanz ist die signifikante Polarisierung der Einkommen. Diese ist nicht nur im wesentlichen Ursache der *Überakkumulationskrise*, sondern liegt auch den makroökonomischen Ungleichgewichten zugrunde, welche eng mit den ineinandergreifenden Grundtypen der Akkumulation zusammenhängen, von denen sich einer in der Krise befindet, während die Akkumulationsstrategie des anderen nur durch diese räumliche Verschiebung der Krise funktioniert. Im folgenden soll das genauer dargestellt werden.

Polarisierung der Einkommen

Die Art und Weise der Rettung der Banken und Finanzinstitutionen erscheint aus der eben dargelegten Perspektive sehr fraglich. Zwar war die Rettung und Sanierung der Finanzinstitutionen ein notwendiger Akt um das Funktionieren der kapitalistischen Geldwirtschaft aufrecht zu erhalten und die Fehler der Kriseninterventionen bei der Großen Weltwirtschaftskrise 1929 nicht zu wiederholen. Doch zeugt die konkrete Umsetzung dieser Interventionen nicht davon die ökonomischen Strukturen der Krise verstanden zu haben und ihnen entgegen wirken zu können. Ganz unter dem Motto „zu wenig neoliberale Wirtschaftspolitik, nicht zu viel, sei die Ursache der Krise“, versucht die herrschende Klasse mit jenen neoliberalen Ideen die Krise zu lösen, welche maßgeblich zu ihrem Entstehen beigetragen haben.

In der aktuellen Phase der Krise scheinen nicht nur die Ursachen für die Staatsdefizite vergessen zu sein, sondern auch die strukturellen Ungleichgewichte im Euro Raum werden vom neoliberalen Krisenmanagement unbeachtet gelassen.

Statt dessen wurde die im deutschen Grundgesetz verankerte wirtschaftspolitische Regelung zur Verschuldung des Staatshaushaltes, über das „EuroPlusPaket“, welches 2011 um den „Fiskalpakt“ erweitert wurde, in die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik der Euro-Mit-

gliedsländer eingeschrieben (vgl. Himpele; Recht 2012:52). Dabei ist auffallend, dass die Nachteile der Staatsverschuldung überzeichnet werden (vgl. Himpele; Recht 2012) und strukturellen Ungleichgewichten in den Nationalstaaten nicht und jenen innerhalb des Euro-raumes noch weniger Rechnung getragen wird. Dabei wird übergangen, dass die ökonomischen Krisenerscheinungen der letzten Jahre in erster Linie als eine *Überakkumulationskrise* erfasst werden müsste. Dieser liegt im wesentlichen eine Schieflage der Einkommensverteilung zugrunde (vgl. Becker; Jäger 2009:541).

Wie bis hierher skizziert wurde, bringen die Bankenrettungspakete sowie die Maßnahmen zur Restrukturierung der Finanzmärkte die Dominanz des Kapitals zum Ausdruck. Um die aktuelle Dynamik der Kriseninterventionen zu fassen, müssen die makroökonomischen Strukturen der Akkumulationsregime, die sich in der Krise befinden, verstanden werden. Die Dominanz der Handelsüberschussländer und Finanzzentren des Euro Raumes auf die europäische Krisenbearbeitung liegt nicht zuletzt in deren ökonomischen Stärke, welche ebenso Teil des nationalen Mythos fleißiger deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen ist, wie der Rechtfertigung der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Deutschland. Während die Ursache der Rezession und Krise mit den ökonomischen Schulden der Länder in der Peripherie gleichgesetzt werden, bleiben die grundlegenden Strukturen der Krise jedoch unbeachtet. Im folgenden soll ein Kurzer Exkurs in die Postkeynesianische Darstellung makroökonomischer Strukturen einen Überblick über die ökonomischen Zusammenhänge gegeben werden, bevor diese nochmals im Kontext von Machtasymmetrien dargestellt werden. Dabei ist die Einkommensverteilung auch das wesentliche Charakteristikum, der makroökonomischen Schieflagen.

Einkommensverteilung

Dass restriktive Wirtschaftspolitik Konjunktur und Beschäftigung dämpft, ist aus keynesianischer Perspektive theoretisch klar und empirisch recht eindeutig belegt (vgl. Marterbauer 2012:13,ff.), wird von neoklassischen Ökonomen dennoch mit Nachdruck ignoriert. Die Kürzungen von laufenden Staatsausgaben, die Reduktion von Investitionen sowie Steuererhöhungen verringern die verfügbaren Einkommen, dämpfen den Konsum und bremsen dadurch die Wirtschaftsentwicklung. Die Effekte verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen und deren Auswirkung unterscheiden sich jedoch abhängig von den grundlegen-

den makroökonomischen Strukturen. Ohne auf die spezifischen ökonomischen Strukturen einzugehen, lässt sich also kaum etwas über die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen sagen. Ökonomische Erklärungsmodelle und von diesen informierte Politikempfehlungen scheitern also inhaltlich meist daran, dass sie den Kanälen verschiedener wirtschaftspolitischer Regulierungsmaßnahmen, also den institutionellen Strukturen, zu wenig Beachtung schenken (vgl. Herr; Mika 2011). Das gilt für jegliche wirtschaftspolitische Maßnahme. Weil diese Institutionen durch politische Prozesse gestaltet werden, also in Bewegung sind, kann ein wirtschaftspolitischer Automatismus, so wie er in der verfassungsrechtlich verankerten „Schuldenbremse“ angedacht ist, niemals der postulierten Aufgabe gerecht werden stabiles, nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Ohne die Institutionen und politischen Strukturen zu berücksichtigen, welche grundlegend die Reichweite makroökonomischer Regulierungsmaßnahmen bestimmen, lassen sich also kapitalistische Wirtschaftssysteme nicht analysieren. Im Verlauf der Kriseninterventionen ist so beispielsweise der Versuch gescheitert der Liquiditätsklemme, ausgelöst durch die Finanzkrise, entgegen zu wirken. Schlicht, weil die Praxis und Strukturen der liberalisierten Finanzmärkte nicht berücksichtigt worden sind. Ebenso scheitern die neoliberalen Sparmaßnahmen daran, dass sie die internationalen ökonomische Verflechtungen und grundlegenden Einkommensstrukturen ignorieren, welche den Euro Raum durchziehen.

Ohne Berücksichtigung derselben lassen sich ökonomische Regulierungsmaßnahmen von Nationalstaaten und Supranationalen Strukturen (der EU) nicht analysieren. Dabei ist der Nationalstaat jedoch eine irreführende ökonomische Kategorie, weil ökonomische Strukturen international verflochten sind. Der Nationalstaat ist ein politisches System, welches erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung ökonomischer Institutionen nehmen kann, in der demokratischen Ausprägung sein Feedback jedoch wesentlich von innen bekommt. Die Produktion des materiellen Reichtums ist jedoch von internationalen ökonomischen Strukturen abhängig, die den nationalen Herrschaftsraum überschreiten und nicht nur weiter als die geografischen, sondern auch als die politischen Grenzen des Nationalstaates wirken. Die entscheidende Konsequenz dieser komplexen ökonomischen und politischen Zusammenhänge ist, dass restriktive Budgetpolitik in manchen Nationalstaaten erfolgreich sein kann, wenn sie von externen expansiven konjunkturellen Impulsen gestützt wird, beispielsweise von der Auslandsnachfrage. Gibt es dann keine entsprechenden regulativen Aus-

gleichsmechanismen, werden die negativen Auswirkungen auf die Ökonomie mit exportiert. Eben das lässt sich am Verhältnis zwischen dem Zentrum und der Peripherie der Euroländer beobachten.

„[...] die hohen Ungleichgewichte innerhalb des Euroraumes zwischen Ländern mit rascher Zunahme von Verschuldung der privaten Haushalte und Konsum- und Baunachfrage sowie wachsenden Leistungsbilanzdefiziten einerseits und Ländern mit schwacher Binnenachfrage und steigenden Leistungsbilanzüberschüssen andererseits bildeten eine wichtige Ursache für die Finanzkrise“ (Marterbauer 2012:16).

Makroökonomisch hängt das Finanzierungsdefizit des Staates mit den Ausgaben der privaten Haushalte sowie den Investitionen der Unternehmen zusammen. Auf der Einnahmenseite stehen Steuern und die Gewinne staatlicher Unternehmen, auf der Ausgabenseite sind es Investitionen in Sozialleistungen und die Wirtschaft, welche wiederum Nachfrageeffekte mit sich bringen. Nationalstaaten funktionieren jedoch nicht als geschlossene Ökonomien, sondern sind über Kapital- und Warentransfers miteinander verbunden. Ungleichgewichte in einem national regulierten ökonomischen Raum, also der Umstand, dass die verfügbaren Einkommen nicht ausreichen um die produzierten Waren nachzufragen, können über diese Kanäle in andere Länder transferiert werden.

Der notwendige Konsum, um den Akkumulationskreislauf in der Realwirtschaft innerhalb einer Nationalökonomie am Laufen zu halten kann durch Auslandsnachfrage gedeckt werden. In den Importnachfragenden Ländern bedeutet das jedoch eine zunehmende Verschuldung, speziell innerhalb des Euroraumes, wo die Handelsbilanz nicht durch währungspolitische Maßnahmen korrigiert werden kann. Das ist ein zentrales Problem innerhalb des Euroraumes in dem das Fehlen einer gemeinsamen, auf die Geldpolitik abgestimmten, Fiskalpolitik im Zuge der strukturellen Transformation durch den europäischen Integrationsprozess – die rapide Marktöffnung und der Abbau von Schutzzöllen, die vertraglich bestimmte Reduktion fiskalpolitischer Regulierungsmaßnahmen der neuen Mitgliedsländer sowie die radikale Liberalisierung des Finanzmarktes – zu problematischen strukturellen Ungleichgewichten geführt hat, welche der Finanzkrise und in weiterer Folge der Schuldenkrise zu Grunde liegen.

Die Genesis der regionalen Unterschiede

Während die neoliberale Kriseninterpretation Machtasymmetrien erzeugt und festigt, sind nicht das Finanzsystem, die Weltwirtschaft oder die Staatshaushalte in der Krise, sondern das komplette Akkumulationsregime der letzten Dekaden. Die eben dargestellten makroökonomischen Strukturzusammenhänge im Kontext ihrer historischen Entwicklung im EURO-Raum, sowie die Liberalisierung der Finanzmärkte, lassen nicht voneinander trennen. In beiden Fällen handelt es sich um neoliberal informierte politische Prozesse, die sich gegenseitig begünstigt haben.

Der Euro sowie der Europäische Integrationsprozess ermöglichten und unterstützten dabei, dass sich verschiedene Akkumulationsstrategien durchsetzen konnten und eine spezifische Struktur der Akkumulation zwischen den verschiedenen Nationalstaaten in der Europäischen Union heraus bildete. Dabei stehen sich im groben zwei Modelle gegenüber. Nämlich jene Länder mit elitebasierter *Finanzialisierung* und *aktiver Extraversion* und jene mit *massenbasierter Finanzialisierung* und *passiver Extraversion*. Das soll im folgenden Dargestellt werden um die nationalstaatlichen Unterschiede zu verdeutlichen, welche den *Akkumulationsregimen* in der Krise zugrunde liegen.

Der Integrationsprozess und der Euro

Unterstützend für die Entwicklung der verschiedenen Akkumulationsregime war der europäische Integrationsprozess und die Einführung des Euro, deren Umsetzung von neoliberalen Ideen dominiert worden war (vgl. Jäger; Becker 2012:8). Nach außen hin wurde das Ziel einer stabilen Währung sowie niedriger Inflationsraten als Garant für Wirtschaftswachstum und somit Wohlstand für alle postuliert. Das Ziel war es den europäischen Raum zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Tatsächlich müssen der Euro sowie die Maastricht Kriterien jedoch als Maßnahme zur Disziplinierung der Geldpolitik und Arbeit verstanden werden. Die Strategie war die Intensivierung des Wettbewerbes um die Löhne zu senken und das Schaffen einer starken Europäischen Zentralbank (EZB), welche das Ziel der Preisstabilisierung verfolgt. Niedrige Löhne, so die neoklassischen Vorstellungen, führten zu niedrigen Preisen, somit blieben die (nationalen) Reallöhne konstant und die exportorientierten Unternehmen würden dadurch konkurrenzfähig auf den

Weltmärkten. Eine stabile Inflationsrate solle Kapital aus dem Ausland anlocken, weil dieses keine Angst vor Devaluationen (der Währung) haben braucht und somit die notwendigen Investitionen sichert, um Wirtschaftswachstum zu fördern. Entscheidend ist, dass es im Zuge dieses Integrationsprozesses zu Anpassungseffekten kam, bei denen die ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsländern des Euro-Raumes, strukturell ausgeweitet wurden.

Für Deutschland, den „Exportweltmeister“ und andere Länder mit aktiver Extraversion brachte der Euro unter anderem den Vorteil, dass die Geldunion die peripheren Länder Europas von ständigen Währungsabwertungen abhielt (vgl. Gough, 2004 nach Jäger; Becker 2012). Das Fehlen einer gemeinsamen Fiskalpolitik in der EU bei der gleichzeitigen Existenz einer gemeinsamen Währung verunmöglichte es den Nationalstaaten des Euro Raums auf Handelsdefizite, unterschiedliche Inflationsentwicklungen und andere, aus den strukturellen ökonomischen Unterschieden der einzelnen Nationalstaaten resultierenden Ungleichgewichte zu reagieren. Gegenüber Spanien, Portugal und Irland devaluierte Deutschland (durch die schleppende Lohnentwicklung) seit 1999 um mehr als 20% (vgl. Stockhammer 2009:13). Wegen der niedrigen Inflationsrate Deutschlands übt das Druck auf die anderen Mitgliedsländer aus ebenfalls (mit einer Niedriglohnpolitik) zu devaluieren. Diese restriktive Wirtschaftspolitik hat negative Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung der Industrie dieser Länder, welche sich im Gegensatz zu den Ländern mit aktiver Extraversion zunehmend durch massenbasierte *Finanzialisierung* auszeichneten, also durch Verschuldung bei den Exportüberschussländern.

Die monetaristische Geldpolitik der Europäischen Union hat aber auch noch andere Konsequenzen. Das primäre Ziel der EZB ist die Preissicherung und Inflationsbekämpfung. Dabei begünstigt eine niedrige Inflation Kapitaleinlagen gegenüber Schulden, da in der Praxis niedrige Inflation durch einen hohen Leitzins umgesetzt wird. Ausländischen Direktinvestitionen wird somit durch die Reduktion von Wechselkursschwankungen und stabilen hohen Zinssätzen ein „attraktiver“ Anlageplatz geboten. Die monetaristische Geldpolitik der EZB führt also nicht nur zu einer „Asset-Inflation“, sondern erleichtert auch die Geldtransaktionen innerhalb des Euro Raums. Dabei ist auffallend, dass die Länder mit Handelsbilanzüberschüssen den Konsum der privaten Haushalte in den Ländern mit Importüberschüssen finanzierten.

Die Liberalisierung der Märkte

Ein weiteres, wesentliches Charakteristikum des europäischen Integrationsprozesses ist die Liberalisierung der Märkte, welche weniger euphemistisch unter anderem als Abbau von Schutzzöllen interpretiert werden kann. Gemeinsam mit der monetaristischen Geldpolitik und dem Fehlen einer gemeinsamen Fiskalpolitik im Euro Raum hat das die Deindustrialisierung der Peripherie sowie den Druck auf die Löhne weiter verstärkt. Die Unternehmen in den Ländern der Peripherie konnten nicht mehr vor den entwickelten, konkurrenzfähigen Unternehmen der Zentren geschützt werden.

Exemplarisch dafür ist das Modell der liberalen Transformation in den Baltischen Ländern Lettland, Litauen und Estland, in denen es in den letzten Jahren vor der Krise zu einem starken BIP Wachstum kam, welches sich jedoch durch hohe, kreditfinanzierte Importüberschüsse auszeichnet. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Schutz der heimischen Industrie durch Zölle und/oder Währungspolitik wurden so wenig unternommen wie es an staatlichen Technologieförderungen zum Aufbau einer eigenen Industrie mangelte (vgl. Kattel 2009). Nicht überraschend kam es durch dieses Entwicklungsmodell in den baltischen Ländern zu einer beschleunigten Deindustrialisierung, stärker als in den zentraleuropäischen Ländern, während sich Akkumulationsstrategien der passiven Extraversion durchsetzten (vgl. Leitner 2010:48). Aber auch in anderen peripheren Ländern des Euro Raumes wie Spanien, Portugal und Griechenland bedingte der europäische Integrationsprozess eine Deindustrialisierung (vgl. Becker; Jäger 2012:10).

Unterschiedliche Akkumulationsstrategien im Euro Raum

Vor dem Ausbruch der Krise lassen sich schließlich verschiedene Grundkonstellationen der Akkumulation identifizieren. Dabei stehen die Länder Nordwesteuropas im wesentlichen den Ländern Südosteuropas nicht nur geografisch gegenüber, sondern auch bezüglich verschiedener Akkumulationsstrategien und der Einflussnahme in das Krisenmanagement der Europäischen Union (vgl. Becker; Jäger 2009).

In Westeuropa gab es vor Ausbruch der Krise eine Gruppe von Ländern mit stark ausgeprägter *Finanzialisierung* ohne hohe Leistungsbilanzdefizite sowie eine kleinere Gruppe

von Ländern mit starker Extraversion (vgl. Becker; Jäger 2009:544). Die Länder mit ausgeprägter *Finanzialisierung* (Großbritannien, Irland, die Benelux-Länder, Spanien und teilweise die skandinavischen Länder) zeichnen sich durch hohe Anteile des Finanzsektors am BIP, starker und oft stark steigender Privatverschuldung und hoher Börsenkapitalisierung am BIP aus (vgl. ebda.). Sie waren besonders früh und stark von Ansteckungseffekten der Subprime-Krise in den USA betroffen. Die Länder, die zusätzlich auf *aktive Extraversion* setzten (Deutschland, Italien, Österreich und Finnland), also stärker vom Export abhängig waren und Exportüberschüsse aufwiesen, wurden von der Krise durch den Ausfall der Exportnachfrage zusätzlich getroffen, konnten dieser aber schnell entgegen wirken.

Das Erschließen neuer Märkte, also die Verlagerung der Exporte in andere Regionen ist dabei eine wichtige Strategie. So weitete Deutschland beispielsweise seine Exporte nach China aus (vgl. Becker; Jäger 2012:13). An die 60% der deutschen Exporte gehen dennoch in den Euroraum, auch wenn sich die Zielregionen geografisch von den alten EU(15) zu den osteuropäischen Ländern verschoben (vgl. Goldberg 2011:25 nach Becker; Jäger 2012:13).

Von besonderer Bedeutung für Deutschland ist also die Entwicklung der Länder Osteuropas. Bis auf Slowenien ist für die Akkumulationsmodelle dieser Länder bezeichnend, dass die Kernsektoren der Ökonomie durch Auslandskapital kontrolliert werden (vgl. Becker; Jäger 2009:548). Eine einseitige Asymmetrie besteht dadurch in der Abhängigkeit von Direktinvestitionen des Ostens vom Westen (ebda.). Es ist also zu vermuten, dass sich dadurch weitere Probleme für die Akkumulationsregime im Euro Raum ergeben werden. Deutschlands Wirtschaftsleistung (im Realsektor) bleibt also weiterhin von der Entwicklung der Länder im Euro Raum abhängig, auf die Deutschlands Entscheidungseliten über die Einflussnahme auf das europäische Krisenmanagement stark Einfluss nimmt.

Regionale Ungleichgewichte im Kontext ungleicher Einkommen

Wie zuvor argumentiert wurde steht im Kern der Krisendynamik die Polarisierung der ungleichen Einkommensverteilung zugunsten der Finanzkapitalhalter und der Finanzkapitalhalterinnen, welche signifikant die Entwicklung der letzten Dekaden charakterisiert (vgl. Stockhammer 2009:9ff.). Am augenscheinlichsten dabei ist, dass die Polarisierung der Einkommen zu einer Stagnation der Nachfrage führt. Als Reaktion darauf lassen sich zwei unterschiedliche Akkumulationsstrategien zur Kompensation der stagnierenden Nachfrage

beobachten. Nämlich die *aktive Extraversion* und die *massenbasierte Finanzialisierung* in den Ländern mit *passiver Extraversion*.

Dabei stehen im Groben die oberen Einkommensschichten, welche ihr Kapital in den Exportüberschussländern, unter anderem in die wachsenden Unternehmen investiert haben, der Masse der niedrigen Einkommensschichten in der europäischen Peripherie gegenüber, welche die Importüberschüsse mit den Krediten aus den Überschussländern finanzieren.

Neben der Verdichtung der regionalen Ungleichgewichte begünstigt die Polarisierung der Einkommen risikoreiche Investitionen, also die Destabilisierung der Wirtschaft durch risikoreiche Geschäfte auf den Finanzmärkten. Es lässt sich zeigen, dass die Haushalte am oberen Ende der Einkommensverteilung in den Zeiten des Finanzbooms hohe Zuwächse verzeichnen konnten, eine hohe Sparneigung aufweisen und zu hoher Risikobereitschaft bei den Investitionen neigen (vgl. Marterbauer 2012:16). Der konsumtiven Nachfrage wird das Geld entzogen. Gleichzeitig führt das zu einem weiteren Aufblähen des Finanzsektors, weil die oberen Einkommensschichten insgesamt mehr investieren und dabei häufiger auf risikoreiche Anlagemöglichkeiten zurückgreifen. Dadurch intensiviert sich zusätzlich der Druck auf die Unternehmen, welche dem „Shareholdervalue“ verpflichtet höhere Renditen aufweisen müssen um Investitionen anzulocken. Dieser Druck wird in Form von Lohnkürzungen und der Arbeitslosigkeit schaffenden Intensivierung der Arbeit an die Arbeiter weitergeben. Das wiederum verstärkt die Polarisierung der Einkommen.

Die ineinandergreifenden, aber unterschiedlichen nationalen Strategien auf die Polarisierung der Einkommen zu reagieren schaffen zerstörerische Effekte für die Länder mit *massenbasierter Finanzialisierung*, während die „*neomerkantilistischen*“ Länder mit *elitenbasierter Finanzialisierung* und *aktiver Extraversion* Wirtschaftsleistungen aufweisen, welche im nationalen Kontext positiv aufgefasst werden und die politische Macht dieser Länder auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union festigen. Während also die Renditeforderungen der oberen Einkommensgruppen auf den Finanzmärkten in die Höhe schossen, dynamisierte sich der Konsum bei schleppender Lohnentwicklung durch die vermehrte Kreditaufnahme der niedrigen Einkommensgruppen in der europäischen Peripherie. Die strukturellen, nationalökonomischen Unterschiede begünstigen also die hohen Einkommensschichten gegenüber der Masse und führten zu nationalstaatlichen

Ungleichgewichten, welche ebenfalls eine politische Dimension besitzen, nämlich auf der Ebene der supranationalen Staatlichkeit. Generell lässt sich zeigen, dass die exportorientierten Wachstumsstrategien die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Zentrum des Euro Raumes benachteiligten (vgl. Schweighofer 2012:68,ff.). Aus der Krise sind die Arbeiter des Zentrums dennoch besser ausgestiegen als die Arbeiter der Peripherie. Das gehört zu den wichtigen Merkmalen der Akkumulationsregime welche sich durch *massenbasierte Finanzialisierung* und *aktiver Extraversion* auszeichnen und deren Politik die Krise verursacht und gleichzeitig exportiert. Die direkt betroffenen sind dabei jedoch auf ihren Nationalstaat beschränkt, welcher wiederum weniger Einfluss auf supranationaler Ebene ausüben kann. Diese Machtstrukturen sind wesentlich um die Dynamik der Kriseninterventionen zu verstehen.

Machtstrukturen

Die ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der EU begünstigen die politische Dominanz der Überschussländer auf supranationaler Ebene. Die Länder der Peripherie, welche nach wie vor keine Kredite auf den Finanzmärkten bekommen, sind abhängig von den Investitionen der Kernländer. Diese dominieren die Regulierungsmaßnahmen, welche auf europäischer Ebene verhandelt werden, ganz unter dem Motto „Wer zahlt, schafft an“. Darüber hinaus scheint die ökonomische Leistung der Überschussländer, allen voran Deutschland, die Richtigkeit neoliberaler Politik zu bestätigen. Diese restriktive Wirtschaftspolitik, welche auf die gewaltsame Devaluation durch Lohnsenkung abzielt, verstärkt jedoch die Rezession in den Ländern der Peripherie.

Die Dynamik der Kriseninterventionen resultiert also aus der Dominanz der Nationalstaaten mit stabilem Wirtschaftswachstum über jene Nationalstaaten mit Defiziten. Dabei setzen die Eliten des Zentrums eine Politik um, welche in erster Linie die Rezession der peripheren Euroländer verschärft und gleichzeitig die Akkumulationsregime, welche in die Krise geraten sind, aufrecht zu erhalten versuchen. Was auch gelingt, solange sich Länder finden, in welche die Krise räumlich verschoben werden kann.

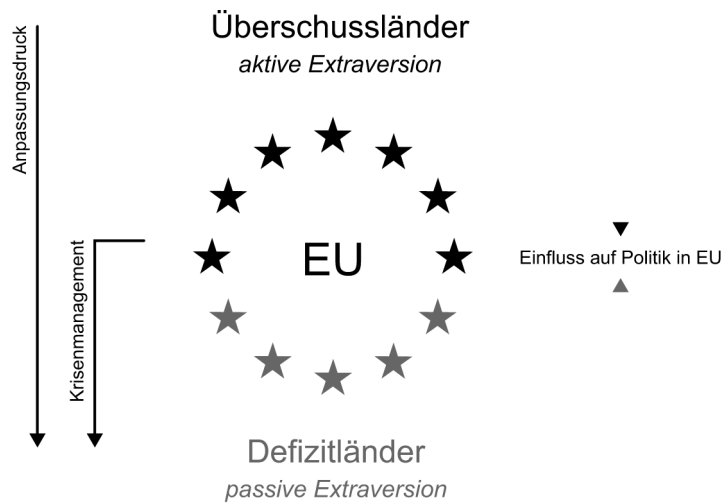


Abbildung 5: Asymmetrien in der EU (nach eigener Darstellung)

Ein entscheidender Moment der Krisendynamik sind dabei die nationalen Grenzen, welche von Geldkapital mühelos überwunden werden können, während die Verhandlung von Einkommens- und Produktionsstrukturen auf nationaler Ebene verhaftet bleibt. Liberalisierten Finanzmärkten stehen strukturelle ökonomische Ungleichgewichte gegenüber, welche im Korsett neoliberaler Wirtschaftspolitik nicht behoben werden können. Diese Zusammenhänge lassen darauf schließen, dass das aktuell betriebene Krisenmanagement die Krise nicht lösen, sondern höchstens temporär und geographisch verschieben kann. Es ist jedoch unklar, ob die Merkantilistischen Länder auf internationaler Ebene genügend Politische Macht wahren können um ihre Akkumulationsstrategien fortzuführen.

Dominanz der herrschenden Klasse

Die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union sowie das umgesetzte Krisenmanagement bringen die Dominanz der herrschenden Klasse zum Ausdruck. Dabei haben sich in den kapitalistischen Zentren die Kräfteverhältnisse zugunsten der herrschenden Klasse verschoben (vgl. Demirović; Sablowski 2011:80). Das lässt sich seit dem Beginn der neunziger Jahre an den stagnierenden Realloöhnen beobachten (vgl. ebda.) und an der Umsetzung neoliberaler Politik im Allgemeinen, welche die Interessen des Kapital massiv begünstigte. Seit den ökonomischen Einbrüchen 2007 zeichnet sich ab, dass sich der neoliberale Kapitalismus als unfähig erweist,

die von ihm verursachten Widersprüche zu beheben, dennoch bleibt die Dominanz der herrschenden Klasse bestehen (vgl. Brand 2009).

„Wenn man Staat und Politik bzw. Ökonomie und Kapital als konflikthafte soziale Verhältnisse begreift, werden die Grenzen einer bloßen Regulierungsperspektive deutlich. Nicht zufällig kommt das Problem der Hegemonie in den meisten aktuellen Diagnosen nicht vor. Damit aber wird zugleich die Fähigkeit der Herrschenden ausgeklammert, ihre Projekte und Interessen der Gesellschaft plausibel zu machen und materiell durchzusetzen. Die Bankenrettungspakete werden ja im gesellschaftlichen Allgemeininteresse formuliert“ (Brand 2009:95).

Krisen führen nicht notwendigerweise zu einer Abkehr von der herrschenden Politik, sondern zu deren gradueller Erneuerung und dadurch Festigung der Herrschaftsverhältnisse. Maßnahmen zur Behebung der Krise ähneln somit stärker „des Kaisers neuen Kleidern“, als wie es sich um tatsächliche politische Erneuerungen handelt. So schreiben Redak und Weber über die Debatte der Regulierung der Finanzmärkte:

„All diese Regulierungsforderungen zielen darauf ab, tragende Elemente des bestehenden Regelwerks des Finanzsektors so zu adaptieren, dass sie ihre Rolle so spielen, wie im zugrundeliegenden marktliberalen Modell gedacht: Managementgehälter sollen Anreize zu aktionärsorientierter Steuerung geben, Bilanzen sollen den „wahren“ Wert von Finanzaktiva widerspiegeln, Derivate sollen Absicherung gegen Risiken ermöglichen, Hedge Funds sollen ähnliche Regeln wie andere Finanzinstitute unterworfen werden“ (Redak; Weber 2010:81).

Darüber hinaus hat sich kaum etwas an der Besetzung wichtiger Entscheidungsrelevanter Posten geändert. Ein wichtiger Bestandteil bei dem Prozess der Entscheidungsfindung innerhalb des Europäischen Parlaments sind ExpertInnengruppen. Diese werden zu Beginn eines Politikprozesses von der der EU-Kommission eingesetzt um hinter verschlossenen Türen die grobe Linie vorzugeben (vgl. Eberhardt 2012:113). Die achtköpfige de Larosière Group, welche nach Ausbruch der Finanzkrise die Debatte über die Restrukturierung des Finanzsektors unterfüttern sollte, bestand beispielsweise aus 5 Vertretern des Finanzsektors, welche in Finanzinstitutionen tätig waren, die selbst maßgeblich an der

Krise verantwortlich waren (vgl. Corporate Europe Observatory 2009). Ein anderes Beispiel ist der Chef der „unabhängigen“ Europäischen Zentralbank Mario Draghi. Dieser ist der ehemalige stellvertretende Vorsitzende von Goldman und Sachs, sowie Mitglied eines Elite-Zirkels der internationalen Bankengemeinschaft, nämlich der „Group of Thirty“ (vgl. Eberhardt 2012:116). Um nur einige Beispiele dafür zu nennen, dass sich an der Besetzung der Führungseliten kaum etwas geändert hat und somit auch nichts an dem Gedankengut, das der politischen Gestaltung zugrunde liegt.

Diese beobachtbare Dominanz der Herrschenden Klasse auf transnationaler Ebene kann, im Kontext der neoliberalen Politik als erkämpft betrachtet werden. Mit der Neoliberalisierung aller Gesellschafts- und Lebensbereiche seit den 1980ern kam es zu einem langsamen Abbau der „erkämpften Momente substantieller Demokratie“, ein Prozess, der sich in der EU-Krisenbearbeitung zu einer autoritären Wende verdichtet (vgl. Oberndorfer 2012a:62). Der Konsens neoliberaler Konfliktbearbeitung wird im Zuge der Krisenbearbeitung zunehmend durch Zwang ersetzt. Der „[...] Prozess und der Umstand, dass der Neoliberalismus trotz des Verlustes seiner 'führenden' Qualität noch nie so herrschend war wie heute [...]“ so Lukas Oberndorfer, „[...] lässt sich paradigmatisch an der im Herbst 2011 beschlossenen Economic Governance und dem noch zu ratifizierenden Fiskalpakt veranschaulichen“ (ebda.). Auffallend an den Austeritäts- und Restrukturierungsprogrammen, welche unter dem Motto „Austerity forever“ zusammen gefasst werden können, ist, dass wesentliche Bestandteile der Reformen über keine Rechtsgrundlage in der „Europäischen Verfassung“ verfügen (vgl. Oberndorfer 2012a:63).

Charakteristisch für die radikalisierten neoliberalen Strategien ist also der Versuch trotz des wegbrechenden Konsenses neoliberaler Politik, die neoliberale Integrationsweise zu festigen. Dabei wird ein Automatismus repressiver Disziplinierungsmaßnahmen in Form von Geldbußen bis hin zum Souveränitätsverlust nationaler, demokratischer Parlamente durch den Fiskalpakt auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union installiert und europarechtswidrig in die Europäische Verfassung eingeschrieben (vgl. Oberndorfer 2012a). Die Konsequenz für subalterne Gruppen der Zivilgesellschaft ist, dass die Orte an denen sie (zumindest theoretisch) direkt Einfluss auf die Politik nehmen könnten, nämlich die parlamentarischen Institutionen, räumlich verschoben werden (vgl. Wissel 2012:10). Nationale Regierungen haben somit die Möglichkeit darauf zu verweisen, dass unliebsame

politische Maßnahmen nicht in ihrem Einflussbereich lägen.

Fehlender Widerstand

Die entscheidende Ursache für die Dominanz der herrschenden Klasse ist das Fehlen einer starken Gegenbewegung. Eine wichtige Ursache dafür ist die nationale Beschränktheit der beherrschten Klasse.

Betrachtet man die sozialen Bewegungen der letzten Jahre, so hat sich mit dem Phänomen der Globalisierung eine neue Bewegung gegründet. Diese globalen sozialen Bewegungen zeichnen sich unter anderem durch eine Verbreiterung der Akteure und Akteurinnen aus. Allerdings gilt das nur für einen Teil der Kämpfe und trifft nicht für die Kämpfe der „alten“ ArbeiterInnenbewegung zu (vgl. Kühberger 2012:46). Als Reaktion auf die Krise und das Krisenmanagement in Europa lässt sich beobachten, dass die Gewerkschaften zwar wieder auf der Straße mobilisierten, jedoch keiner dieser Streiks den begrenzten nationalen Raum überschritt. Während die Kommunikationsformen der „neuen“ Protestbewegungen Ansätze liefern den nationalen Rahmen zu sprengen, verunmöglichen die tradierten Gewerkschaftsstrukturen jedwede Kommunikation unter den Gewerkschaften (vgl. Kühberger 2012:47). Das gilt vor allem für die Gewerkschaften in den Zentren der Euroländer, welche sich nicht an den Versuchen koordinierter europäischer Gewerkschaftsstreiks beteiligen. So rief die Spanische Gewerkschaft Anfang Oktober zum Generalstreik auf und konnte dabei schon im Vorfeld die Gewerkschaft Portugals dazu bewegen mit zu machen (vgl. Streck 2012). Von Griechenland wurde erwartet, dass sich zumindest die große GSEE anschließt (vgl. Ebda.). Gemeinsame Aktionen aller europäischen Gewerkschaften wären allerdings notwendig um den transnational vernetzten Herrschaftseliten Paroli bieten zu können.

Ein wichtiger Punkt ist, dass Nationalismus ein integraler Bestandteil der herrschenden Hegemonie ist. Vor allem Deutschlands Beitrag zur Bearbeitung der Euro Krise verdeutlicht die Einschreibung des Nationalismus in die Europäische Staatlichkeit (vgl. Eberhardt 2012:118). An die Stelle von Debatten über die Ursache der Krise rücken zunehmend Schuldzuschreibungen. Dabei werden in der aktuellen Krisenphase ökonomische Staatsschulden mit der umgangssprachlichen Bedeutung von Schuld gleichgesetzt und zur Ursache der Krise stilisiert.

Eine weitere Strategie der Verschleierung ist der Versuch die neoklassische Sichtweise zu

verbreiten. Exogene Erklärungen werden herangezogen um das Scheitern des prinzipiell gut funktionierenden System zu erklären: die Gier der Menschen, falsche Anreizsysteme für Manager, Staatsversagen wegen Regulierungsmaßnahmen und dergleichen werden als Krisenursache präsentiert.

Durch solche Diskurse wird die wirtschaftspolitische Unbildung und damit einhergehende Unmündigkeit der Bevölkerung aufrecht erhalten. Ein Resultat ist, dass es an einem gemeinsamen Eintreten für Alternativen fehlt, während sich in erschreckendem Ausmaße eine Verdichtung repressiver Maßnahmen seitens der herrschenden Klasse zur Gewährleistung ihrer Herrschaft beobachten lässt.

Reflexion und Ausblick

Auf den folgenden Seiten soll eine kurze Reflexion der Arbeit anhand des Spannungsfeldes zwischen Theorie und Empirik vorgenommen werden. Dabei werde ich auf Leerstellen in dem dargelegten Theoriegebäude hinweisen, deren Relevanz für die verfolgte Forschungsfrage diskutieren und Möglichkeiten für weitere Arbeiten aufzeigen.

Die Architektur des Theoriegebäudes

Das philosophische Grundgerüst dieser Arbeit bildet der Kritische Realismus und daher soll er auch für das letzte Kapitel nochmals bemüht werden. Aus einem breiten Spektrum an möglichen Interpretationen des Kritischen Realismus liegt der Bearbeitung des vorliegenden Themas der Fokus auf die Praxis der Wissenschaft zugrunde. Das ist auf den ersten Blick eher unüblich, denn der Kritische Realismus wird in erster Linie herangezogen um Methodenkritik zu üben, bzw. die Entwicklung neuer Erklärungsansätze und Theorien zu fordern. Dem entgegen liegt dieser Arbeit eine sozialwissenschaftliche Theorie zugrunde, welche sich durchaus mit den Forderungen des Kritischen Realismus vereinbaren lässt.

Im Rahmen einer kurzen Darstellung der Kernkonzepte des Kritischen Realismus wurde eben deshalb im Speziellen die Frage nach einer möglichen Entscheidungsrationalität in der Tradition des Kritischen Realismus gestellt. Das Ziel dabei ist es Kriterien aufzustellen um konkurrierenden Theorien bewerten und vergleichen zu können, aber auch um eine Orientierungshilfe zu erarbeiten, welche es ermöglicht das vorhandene analytische Werkzeug weiter zu entwickeln.

Die Architektur des philosophischen Grundgerüsts dieser Arbeit fasst also nur einen kleinen Teil der Strömungen und Auslegungen des Kritischen Realismus sowie der Debatten innerhalb dieser Schule und ist im beschränkten Rahmen dieser Arbeit auf die Punkte reduziert, die am zentralsten erschienen. Dasselbe gilt natürlich auch für das theoretische Handwerkszeug, das ich der Analyse der Krisenerscheinungen zugrunde gelegt habe.

Neben einer Reihe von inspirierenden Debatten, welche in dieser Arbeit ausgespart wurden, liegt meines Erachtens der weitere Bedarf innerhalb der Tradition des Kritischen Realismus darin die Frage nach einer möglichen Beurteilungsrationalität sowie die nach der wissenschaftlichen Praxis und Methodik in der Tradition des Kritischen Realismus zu stellen. Davon können schließlich alle theoretischen Ansätze profitieren, welche auf dem Kritischen Realismus aufbauen.

Dem entgegenhalten muss man den Einwand, dass es eigentlich darum geht neue Erkenntnisse durch das Erfinden neuer kreativer und originelle Erklärungsansätze zu produzieren. Der Kritische Realismus geht schließlich davon aus, dass theoretisch eine unendliche Anzahl an möglichen und legitimen Begründungskombinationen existiert. Für eine lebhaft wissenschaftliche Debatte und die Möglichkeit zwischen verschiedenen Erklärungsansätzen zu wählen ist es nötig, dass es die entsprechenden verschiedenen Erklärungsansätze gibt und weiterhin neue entwickelt werden.

Die Antwort auf die gestellte Frage dieser Arbeit lässt also verschiedene Beschreibungen kausaler Zusammenhänge zu. Würde sie nicht im Kontext der IPÖ stehen, sondern beispielsweise auf der Ebene der beobachtbaren Erscheinungen ansetzen, könnte sie anders aussehen.

Unter anderem ist das darum nicht geschehen, weil ein Anspruch dieser Arbeit darin lag, Position gegenüber der dominanten Ideologie des Neoliberalismus zu beziehen. Darüber hinaus ermöglichte es die Auseinandersetzung mit der Krise auf abstrakter Ebene einen relativ breiten analytischen Rahmen zu wahren, der im gegebenen Zeitrahmen nicht hätte erreicht werden können, wäre die Arbeit auf der Entwicklung komplett neuer Erklärungsansätze angelegt. Im Verhältnis des Zeitrahmens innerhalb dessen eine wissenschaftliche Untersuchung stattfindet scheint nämlich die Bewegung vom Konkreten zum Abstrakten nur über einen längeren Zeithorizont, als es der Rahmen einer Diplomarbeit bietet, an nötiger Tiefe gewinnen zu können.

Die Bewegung vom Abstrakten zum Konkreten, also von der Theorie zur Praxis und schließlich wieder zurück, liegt dem Zyklus der Wissensproduktion zugrunde und gehört zum Anspruch dieser Arbeit, welche sich ja auf den Kritischen Realismus bezieht. Wie schon anfangs erwähnt wurde, wird hier die Ansicht vertreten bei Theorien handle es sich

um die intellektuelle Verdichtung der Summe von konkreten Beobachtungen. Dabei sind konkrete Beobachtungen meinerseits in die Niederschrift der Theorie mit eingeflossen und implizit sowie teilweise auch explizit zum Ausdruck gebracht worden. Der kreative Schritt vom Konkreten zum Abstrakten ist also nicht übersprungen worden, sondern sowohl in die Niederschrift der Theorie, als auch in die Analyse der konkreten Erscheinungen eingeflossen und soll nun nochmals skizziert werden.

Vom Konkreten zum Abstrakten

In Sinn des Zyklus der Wissensproduktion sollen also die empirischen Interpretationen des vierten Kapitels hier nochmals gesondert herangezogen werden um einige mögliche Implikationen für das theoretische Grundgerüst anzuschneiden sowie um auf Leerstellen in der Niederschrift hinzuweisen.

Meine Argumentation im vierten Kapitel läuft über drei Punkte hinaus, welche als zentral für das Verständnis der Dynamik der Krise zwischen interagierenden politischen und ökonomischen Strukturen, gesehen werden:

Erstens: An Stelle der Entwertung von unproduktivem Kapital, welche am Ende des Fordismus zu erwarten gewesen wäre, konnte die Krise in Raum und Zeit verschoben werden. Dabei haben Finanzinstitutionen zunehmend an Bedeutung für das Funktionieren des Kapitalismus gewonnen, indem sie zunehmend die Möglichkeit der Mehrwertproduktion auf die Kapitalmärkte verlagerten und die Infrastruktur für die Überwindung räumlicher Grenzen für Geldkapital boten. Diese Entwicklung muss im Kontext der Schaffung politischer Strukturen und in diesem Fall der Europäischen Union sowie mit den Möglichkeiten der Produktion und Reproduktion der materiellen Basis verschiedener Interessensgruppen gesehen werden.

In diesem Kontext lässt sich das Krisenmanagement der Europäischen Union, vor allem die relativ bedingungslose Rettung der Banken und die ausbleibenden Reformen des Finanzmarktes, als Dominanz der institutionalisierten Akteure und Akteurinnen auf den Finanzmärkten über die parlamentarische Politik interpretieren. Die Finanzmärkte nutzen dabei vor allem jenen, die Kapital besitzen und der Möglichkeit nachgehen können mit Geldkapital Mehrwert zu produzieren.

Zweitens: Bei der Krise handelt es sich um eine *Überakkumulationskrise* der verschiedenen ineinandergreifenden Akkumulationsregime. Im Wesentlichen ist die Ursache der Überakkumulation sowie die Entwicklung der verschiedenen Akkumulationsstrategien auf die Polarisierung der Einkommen zurück zu führen. Darin spiegelt sich nicht nur die politische Dominanz des Kapitals über die Arbeit wider, sondern auch, dass der ökonomische Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital intensiver geworden ist.

Drittens: Zusätzlich zur Intensivierung des Widerspruches zwischen Kapital und Arbeit lassen sich signifikante national-ökonomische Unterschiede beobachten, welche in Abhängigkeitsbeziehungen zueinander stehen. Im Wesentlichen stehen sich in der aktuellen Krise zwei Grundtypen der Akkumulation gegenüber, welche voneinander abhängig sind. Jene mit aktiver Extraversion und massenbasierter *Finanzialisierung* und jene mit passiver *Extraversion* und elitebasierter *Finanzialisierung*. Mit den ökonomischen Kennziffern dieser Akkumulationsregime geht gleichzeitig eine Dominanz der einen Nationalstaaten über die anderen innerhalb des supranationalen Gefüges der Europäischen Union einher. Nationalökonomische Leistungen werden zu nationalen Leistungen stilisiert. Dem „Exportweltmeister“ Deutschland stehen diskursiv die PIGS (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien) gegenüber. Das festigt die Dominanz eines Nationalstaates über den anderen.

Welche Implikationen ergibt das nun für die theoretischen Grundlagen dieser Arbeit?

Das theoretische Werkzeug dieser Analyse ist, was als Regulationstheorie skizziert wurde. Um diese für die Analyse der Krise heranzuziehen wurde das Spannungsfeld zwischen der Krisentendenz des Kapitalismus (die ökonomische Interpretation der (post)marxistische Krisentheorie) und dem politisch-sozialen Machtgefüge (bzw. einer Skizze möglicher Gegentendenzen) dargestellt. Während der theoretische Teil dieser Arbeit stärker auf die ökonomischen Prozesse ausgerichtet ist, liegt der wesentliche Beitrag der empirischen Interpretation auf der Hervorhebung der Machtstrukturen, vor allem der unterschiedlichen Bedeutung von nationalen Grenzen für verschiedene Interessensgruppen, sowie der horizontalen Segmentierung von Interessensgruppen durch den Nationalismus.

Die theoretische Grundlage für die Analyse der ökonomischen Sphäre bildet, auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau, die (post)marxistische Krisentheorie, wonach der kapitalis-

tische Produktionsprozess einer Entwertungskrise entgegen strebt. Weil Wirtschaftskrisen in unterschiedlichen Regionen meistens zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlicher Intensität auftreten, muss nach Möglichkeiten gefragt werden, die Krise in Raum und Zeit zu verschieben.

In der gewählten Darstellung resultieren die raum-zeitlichen Unterschiede sowie die unterschiedliche Intensität der Krisenerscheinungen aus den unterschiedlichen Akkumulationsstrategien, welche jedoch nicht unabhängig voneinander funktionieren. Die Behauptung liegt darin, dass diese Akkumulationsstrategien asymmetrisch, das heißt von nur einen Teil der Nationalstaaten, in Form des Krisenmanagements weitergeführt werden und zeitlich beschränkt weiter funktionieren können, solange sich Länder finden, in welche die Krise exportiert werden kann. Diese Möglichkeit besitzen nicht alle Länder im selben Ausmaß, sondern im Euro Raum vor allem jene Länder mit aktiver Extraversion. Diese weisen einen Handelsbilanzüberschuss auf und deshalb auch oft ein Staatsbudgetdefizit, das nicht stärker als die Wirtschaftsleistung wächst und deshalb selbst von den meisten Neoklassikern und Neoklassikerinnen als relativ unproblematisch gesehen wird.

Der entscheidende Aspekt der Akkumulationsstrategien im Kontext der politischen Strukturen zwischen verschiedenen Nationalstaaten und im Speziellen der Mitgliedsländer der Europäischen Union ist somit der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum, welcher mit makroökonomischen Kennziffern zusammen zu hängen scheint. In diese Richtung können theoretische Erweiterungen der Regulationstheorie auf fruchtbaren Boden stoßen.

Damit verbunden ist die Frage nach der Möglichkeit der Justierung ökonomischer Widersprüche. Dieser wurde explizit wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl sie im Zentrum der Argumentation dieser Arbeit steht. Das ist unter anderem der recht einseitigen Darstellung der Krisen- und Kapitalismustheorien verschuldet. Die Ebene der Geldpolitik, also die Frage danach, wie das Geld in die Gesellschaft kommt und welche geldpolitischen Möglichkeiten für Nationalstaaten existieren, den kapitalistischen Krisentendenz entgegen zu wirken, bzw. diese zu verschieben, wurde beispielsweise nicht gestellt. Schließlich hängt die Möglichkeit, Krisen ins Ausland zu exportieren, eng mit dem nationalstaatlichen Spielraum ökonomischer Regulierungsmaßnahmen und politischer Einflussmöglichkeiten zusammen. Das sollte deshalb auch expliziter in die Theorien zur Erklärung von Wirtschaftskrisen integriert werden. Subsummiert unter die Frage nach den Möglichkeiten die Vernichtung von unproduktivem Kapital in Raum und Zeit zu verschieben, bzw. allgemeiner ausgedrückt, die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zu entspannen, lassen sich

dabei beispielsweise systematische Erweiterungen für die (post)marxistische Krisentheorie erarbeiten. Der Fokus kann dann beispielsweise auf Staatsschulden, Geldpolitik etc. gerichtet werden. Dabei kann ebenfalls auf andere Ansätze, beispielsweise auf postkeynesianische Ansätze zurückgegriffen werden, welche interessante Beiträge zu den makroökonomischen Strukturzusammenhängen leisten. In die Analyse im vierten Kapitel sind diese zwar mit einbezogen worden, in der vorhergegangenen theoretischen Analyse der Arbeit sind sie jedoch nicht explizit erwähnt.

Die zweite Ebene der Analyse mit Hilfe der Regulationstheorie ist die Untersuchung der Gegentendenzen innerhalb von politischen und sozialen Strukturen. Im Kern der Interpretation der Machtstrukturen so wie sie im vierten Kapitel dieser Arbeit vorgenommen wurde, geht es um die Verknüpfung der materiellen Basis von Interessensgruppen und Formen der Herrschaft und Macht. Für die theoretische Ausarbeitung dieses Gedankens bietet unter anderem das „Agent-Structure-Modell“ des Kritischen Realismus eine nützliche Orientierungshilfe.

Generell lässt sich dabei sagen, dass eine elaboriertere Theorie der Gesellschaft und des Staates, als wie sie in dieser Arbeit dargeboten wurde, notwendig wäre um Bruchlinien innerhalb der Gesellschaften und im politischen Machtgefüge besser sichtbar zu machen und um die Transformation der Akkumulationsregime in den Krisenländern besser analysieren zu können. Dabei muss die Frage gestellt werden, wie Strukturen der Herrschaft und Macht jenseits der Dichotomie von Kapital und Arbeit analysiert und einbezogen werden können.

Schließlich ist es entscheidend, vor allem im Kontext der Ergebnisse dieser Arbeit, Konzepte des Raumes, so wie es beispielsweise die Critical-Geography vormacht, in die politische Analyse strukturell einzubeziehen. Das kommt vor allem durch die verschiedenen Ebenen der politischen Herrschaft zum Ausdruck, also die Herrschaftsstrukturen auf nationaler Ebene im Unterschied zu jenen auf supranationaler Ebene und gleichzeitig die unterschiedliche Mobilität verschiedener Interessensgruppen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg.

Im Kontext der analytischen Trennung zwischen den ökonomischen und politischen Strukturen ergeben sich nämlich Probleme den Zusammenhang derselben sauber zu fassen. In Bezug auf den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum von Nationalstaaten kommt das am besten zum Ausdruck und bedarf weiterer analytischer Verfeinerungen.

Eine Fusion der Konzepte des politischen, ökonomischen und sozialen Raumes mit geografischen Raumvorstellungen, so wie es in Anlehnung an die Critical-Geography in der IPÖ bereits geschieht, kann mitunter zu interessanten Einsichten führen. Die Konzepte ließen sich beispielsweise systematisch in das theoretische Handwerkszeug einarbeiten um eine Unterscheidung zwischen *Akkumulationsregimen* auf nationaler und supranationaler Ebene zu treffen und verschiedene Skalare zur Beschreibung von Kräfteverhältnissen auf verschiedenen Ebenen und in verschiedene Richtungen zu verwenden.

Für die Strukturkritik an der herrschenden Akkumulationsweise, wie sie in dieser Arbeit praktiziert wurde, ist es vor allem notwendig die Verknüpfung der materiellen Basis verschiedener Interessensgruppen mit politischen Machtstrukturen analytisch sauber zusammen zu bringen und genaueren empirischen Prüfungen zu unterziehen. So lässt sich beispielsweise die tatsächliche Spannung zwischen Arbeit und Kapital, welche aus dem unüberwindbaren Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise abgeleitet ist, mit politischen Steuerungsmaßnahmen zusammendenken. Das ist entscheidend, weil sich somit darauf hinweisen lässt, dass gesellschaftliche Entwicklungsprozesse (Ökonomie, Politik und das Soziale) nicht in dem Maße deterministisch sind, wie es der Legitimation ideologischer Handlungen und Politiken eigen ist.

Schlussbemerkung

Trotz der offenen Fragen und der Leerstellen in dem theoretischen Gerüst, das dieser Analyse zugrunde liegt, sollte klar geworden sein welche Einsichten die umgesetzte analytische Herangehensweise für das Verständnis der beobachtbaren Krisenerscheinungen sowie die angewandte Theorie mit sich bringt. Durch die analytische Verknüpfung der politischen und ökonomischen Ebene lässt sich die Dynamik des Krisenmanagements darstellen. Nämlich der Umstand, dass eine Wirtschaftspolitik betrieben wird, die sich selbst bestätigt, indem sie in einem kleinen Teil der Länder zu ökonomischen „Erfolgen“ führt. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass die ökonomischen „Erfolge“ maßgeblich zu den „Misserfolgen“ in jenen Ländern führten, welche nun von „Hilfsleistungen“ abhängig sind und dem Diktat der Politik der „Erfolgsländer“ unterworfen sind, in welchen wiederum die Interessen der herrschenden Klasse verteidigt werden. Der Unterschied zu den meisten anderen Krisenerklärungen liegt also darin, dass sich beispielsweise schlussfolgern lässt,

wieso die Krise bis dato nicht zu einer signifikanten wirtschaftspolitischen Kehrtwende geführt hat. Auf der Seite rein politischer Analysen sollten sich gleichzeitig Anregungen zur Beantwortung der Frage ableiten lassen, wieso flächendeckende Proteste der Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb der europäischen Union ausbleiben, sich, wenn sie doch zustande kommen, auf die Peripherie beschränken und deshalb nicht wirklich erfolgsversprechend sind.

Literatur

Aglietta, Michel (1982): Régulation et crises du capitalisme. L'expérience des Etats-Unis. 2nd edition. Paris: Calmann-Lévy.

Altvater, Elmar (2009): Über vielfältige Ursachen der kapitalistischen Krisen und einfältige Politik. In: Altvater, Elmar; Bischoff, Joachim; Hickel, Rudolf; Hirsch, Joachim; Hirschel, Dierk; Huffschmid, Jörg; Zinn, Karl Georg (2009): Krisen Analysen. Hamburg: VSA-Verlag. S. 7-26

Archer, Margaret (1998): Introduction: Realism and the Social Sciences. In: Archer, Margaret; Bhaskar, Roy; Collier, Roy; Lawson, Tony; Norrie, Allan (1998): Critical Realism. London: Routledge. S. 187-189

Arrighi, G. (1994): The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times. London, New York.

Atzmüller, Roland (o. J.): Fit mach mit? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes – ein Rezensionessay. Online:
<http://www.grundrisse.net/grundrisse10/10regulationsansatz.htm> [14. August 2012]

Aulenbacher, Brigitte; Meuser, Michael; Riegraf, Birgit (2012): Geschlecht, Ethnie, Klasse im Kapitalismus – Über die Verschränkung sozialer Verhältnisse und hegemonialer Deutungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. In: Berliner Journal für Soziologie, 2012/22. S. 5-27

Bader, Pauline (Hrsg.); Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian (2012): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag.

Becker, Joachim (2007): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. 2. unveränderte Auflage. Marburg: Metropolis Verlag.

Becker Joachim (2010): EU in der Krise: Bruchlinien zwischen Zentrum und Peripherie. In: Kurswechsel: Krise in Europa. Heft 1/2010. S. 24-37

Becker, Joachim; Jäger, Johannes (2009): Die EU und die große Krise. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 157, 39. Jg. 2009, Nr. 4. S. 541-558

Becker, Joachim; Jäger, Johannes (2012): Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on Space and Scale of European Varieties of Capitalism. AkG/BISA-IPEG/ Goethe Universität Frankfurt.

Becker, Joachim; u.A. (2007b): Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: ders. Hg. (u.a.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum. S. 7-62

Becker, Joachim; Raza, Werner G. (2000): Theory of Regulation and Political Ecology: an Inevitable Divorce? In: Économies et sociétés, Série „Théorie de la régulation“, Nr. 11. S. 55-70

BEIGEWUM; Attac (2010): Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash. Hamburg: VSA-Verlag.

Bhaskar, Roy (1979): The Possibility of Naturalism. A Philosophical Critique of the Contemporary Human Sciences. London and New York: Routledge.

Bhaskar, Roy (1998): Philosophy and Scientific Realism. In: Archer, Margaret; Bhaskar, Roy; Collier, Roy; Lawson, Tony; Norrie, Allan (1998): Critical Realism. London: Routledge. S. 16-48

Bhaskar, Roy (2008): A Realist Theory of Science. 3. Auflage. Verso: London/New York. 1. Auflage (1975). Leeds Books.

Bieling, Hans-Jürgen (2012): Transnationale (Krisen-)Dynamiken des Finanzmarktkapitalismus. Klassenverhältnisse, Gender und Ethnizität aus politökonomischer Perspektive. In: Berliner Journal für Soziologie (2012), 22. S. 53-77

Bischof, Joachim (2009): Globale Wirtschaftskrise. Deutungsansätze und Bausteine zur theoretischen Einordnung. In: Altvater, Elmar; Bischoff, Joachim; Hickel, Rudolf; Hirsch, Joachim; Hirschel, Dierk; Huffscheid, Jörg; Zinn, Karl Georg (2009): Krisen Analysen. Hamburg: VSA-Verlag. S. 27-44

Brand, Ulrich (2009): Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 4/2009. S. 93-101

Buckel, Sonja (2012): „Managing Migration“ - Eine intersektionale Kapitalismusanalyse am Beispiel der Europäischen Migrationspolitik. In: Berliner Journal für Soziologie, 2012/22. S. 79-100

Corporate Europe Observatory (2009): Would you bank on them? Why we shouldn't trust the EU's financial „wise men“. February 2009. Online: <http://corporateeurope.org/sites/default/files/sites/default/files/files/resource/WouldYouBankOnThem.pdf> [03 Oktober 2012]

Corporate Europe Observatory (2011): Brussels. The EU quarter. Lobby Planet. Online: <http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/CEOlobbylow.pdf> [20. September 2012]

Crouch, Colin (2009): Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime. In: The British Journal of Politics and International Relations 2009, vol. 11. S. 382-399

Cruickshank, Justin (2003): Introduction. In: Cruickshank, Justin (editor), u.A. (2003): Critical Realism. The Difference that it Makes. Routledge Studies in Critical Realism. S. 1-15

Demirović, Alex (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja; Fischer-Lescano Andreas (Hrsg.) (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramsci. Deutschland: Nomos Verlag.

Demirović, Alex; Sablowski, Thomas (2011): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften, Heft 166, 42. Jg. 2011, Nr. 1. S. 77-106

Eberhardt, Pia (2012): Lobbyismus und europäische Postdemokratie. Einblick in den EU-Staats-Zivilgesellschafts-Komplex im Kontext der Krise. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.) (2012): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 105-123

Europäische Kommission (2010): Europa2020. Eine europäische Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Online: http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm [15. Oktober 2012]

Europäische Kommission (2000): Lisbon Strategy for growth and jobs. Towards a green and innovative economy. Archived on 06/04/2010.

Online: http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs_2009/ [15. Oktober 2012]

EuroStat (2012): Arbeitslosenquote, Jahresdurchschnitt, nach Geschlecht und Altersgruppe. Stand: 31. Oktober 2012.

EuroMemo Gruppe (2010/11): Der Krise entgegentreten: Sparkurs oder Solidarität.

EuroMemorandum 2010/11. Online: www.euromemo.eu [7. Juni 2012]

Felber, Christian; Henn, Markus; Lindner, Stephan (2012): Financial Crimes. Wie Banken funktionieren, spekulieren und welche Alternativen nötig sind! Hamburg: VSA-Verlag.

Ferguson, Niall (2009): The Great Depression in Germany. Online (7.9.2009):
<http://www.niallferguson.com/blog/the-great-repression-in-germany> [10. September 2012]

Foucault, Michel (1977-78): Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich (Hrsg.);
Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien
zur Ökonomisierung des Sozialen. Suhrkamp Verlag.

Goldberg, Jörg (2011): „Aufschwung XXL“: Ins Abseits exportiert. Blätter für deutsche und
internationale Politik, 56 (4). S. 24-26

Gough, Julian (2004): Changing scale as changing class relations, p. variety and
contradiction in the politics of scale. Political Geography 23 (2004). S. 185-211

Gramsci, Antonio: Gramsci – Ausgewählte Auszüge aus den Gefängnisheften. In: BUKO-
Seminar (2003). Staatstheorie und Globalisierungskritik.

Online: http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/doc/reader/reader_staatstheorie.pdf
[31. Jänner 2010]

Hands, D. Wade (1992): Falsification, Situation Analysis and Scientific Research
Programs: The Popperian Tradition in Economic Methodology. In: Neil de Marchi (Hrsg.):
Post-Popperian Methodology of Economics: Recovering Practice. Boston: Kluwer
Academic Publishing. S. 19-53

Harvey, David (1984): Limits to Capital. 2. Auflage. Oxford.

Heinrich, Michael (2005): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. 3. Auflage.
Schmetterling Verlag.

Heinrich, Michael (2008): Die gegenwärtige Finanzkrise und die Zukunft des globalen
Kapitalismus. In: Zeitschrift gegen die Realität, 28, Juni 2008. S. 56-59

Heinrich, Michael (2011): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. 5. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Herr Hansjörg, Kazandziska Mika (2011): Macroeconomic Policy Regimes in Western Countries. Canada and USA: Routleg.

Hickel, Rudolf (2009): Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus. Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – Ursachen und Lehren. In: Elmar, Altvater; Joachim, Bischoff; Rudolf, Hickel; Joachim, Hirsch; Dierk, Hirschel; Jörg, Huffschnid; Karl, Georg Zinn (2009): Krisen Analysen. VSA-Verlag.

Himpele, Klemens; Recht, Alexander (2012): Sparen nach deutschem Vorbild? In: Kurswechsel: Sparen, sparen, sparen. Austeritätspolitik im neuen Schuldenzeitalter? Heft 1/2012. S. 47-60

Hobbes, Thomas (1651): Leviathan or the Matter, Forme, & Power of a Common-Wealt Ecclesiastical and Civill. Online: <http://www.gutenberg.org/files/3207/3207-h/3207-h.htm> [15. November 2012]

Huffschnid, Jörg (2009): Europäische Perspektiven im Kampf gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise. In: Altvater, Elmar; Bischoff, Joachim; Hickel, Rudolf; Hirsch, Joachim; Hirschel, Dierk; Huffschnid, Jörg; Zinn, Karl Georg (2009): Krisen Analysen. Hamburg: VSA-Verlag. S. 105-119

Jäger; Johannes; Springler, Elisabeth (2012): Ökonomie der Internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Wien: mandelbaum *verlag*.

Jessop, Bob (2001): Capitalism, the Regulation Approach, and Critical Realism. In: A. Brown, S. Fleetwood, and J. Roberts (2001): Critical Realism and Marxism. London: Routledge.

Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State. Cambridge: Polity Press (digitaler Auszug aus Kapitel 5).

Karathanassis, Athanasios (1998): Regulationstheorie und kapitalistische Entwicklung. Zum regulationstheoretischen Ansatz und seiner Analyse der kapitalistischen Entwicklung. Berlin: Glasnost. Online: <http://www.glasnost.de/autoren/athan/regu.html> [14. August 2012]

Kaufmann, Stefan (2008): Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt. Berlin: Karl Dietz Verlag.

Kattel, Rainer (2009): The rise and fall of the Baltic states. In: Development & Transition No.13/2009. London. S. 11-13

Kohlenburg, Kerstin; Schieritz, Mark; Uchatius, Wolfgang (2010): Als das Geld vom Himmel fiel. In: DIE ZEIT, 14.01.2010 Nr. 03. Online: <http://www.zeit.de/2010/03/DOS-Wo-das-Geld-geblieben-ist/komplettansicht> [18. Oktober 2012]

Kühberger, Leo (2012): Der Anfang vom Ende. Globale Soziale Bewegungen in der Krise. In: Kurswechsel (2012): Neoliberalismus. Endgame oder nächste Etappe? Heft 2/2012. S. 45-51

Lawson, Tony (1998): Economic Science Without Experimentation. In: Archer, Margaret; Bhaskar, Roy; Collier, Roy; Lawson, Tony; Norrie, Allan (1998): Critical Realism. London: Routledge. S. 144-185

Lawson, Tony (2002): Social Explanation and Popper. Lecture given at the Popper Anniversary Conference. University of Galway, September 2002.

Lawson, Tony (2007): An orientation for a Green Economics? In: The International Journal of Green Economics, Vol.1, Nos 3/4. S. 250-267

Lawson, Tony (2009a): Contemporary Economics and the Crisis. In: Real-World Economic Reviews, issue no. 50. S. 122-131

Lawson, Tony (2009b): The Current Economic Crisis: its Nature and the Course of Academic Economics. In: Cambridge Journal of Economics 2009, 33. S. 759-777

Lawson, Tony (2012): Ontology and the Study of Social Reality: Emergence, Organisation, Community, Power, Social Relations, Corporations, Artefacts and Money. In: Cambridge Journal of Economics 2012, 36. S. 345-385

Leitner Sebastian (2010): Baltikum. Ein neoliberales Transformationsmodell fordert seine Opfer. In: Kurswechsel: Krise in Europa. Heft 1/2010. S. 46-54

Lohoff, Ernst; Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulationen und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast-Verlag.

López, José (2003): Critical Realism. The Difference that it Makes in Theory. In: Cruickshank, Justin (Hrsg.) (2003): Critical Realism. The Difference that it Makes. Routledge Studies in Critical Realism. S. 75-90

Marx, Karl; Engels, Friedrich (1962): Das Kapital. Band 1. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch 1: Der Produktionsprozess des Kapital. Karl Marx – Friedrich Engels Werke, Band 23. Berlin/DDR: Dietzverlag.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx – Friedrich Engels Werke, Band 42. Berlin/DDR: Dietzverlag.

Marterbauer, Markus (2012): Keynesianische Budgetpolitik unter neuen Rahmenbedingungen. In: Kurswechsel: Sparen, sparen, sparen. Austeritätspolitik im neuen Schuldenzeitalter? Heft 1/2012. S. 11-23

McDonough, Terrence (2008): Social Structures of Accumulation Theory: The State of the Art. In: Review of Radical Political Economics 2008, 40. S. 153-173

Novy, Andreas (2002): Die Methodologie interpretativer Sozialforschung. Department of Urban and Regional Studies. Vienna University of Economics and Business Administration. Vienna, Austria. Online: <http://epub.wu.ac.at/1444/1/document.pdf>
[03. September 2012]

Novy, Andreas (2005): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. 3. Auflage. Brandes & Apsel/Südwind.

Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.) (2012): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 50-73

Oberndorfer, Lukas (2012a): Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus. Soziale Bewegungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise. In: Kurswechsel (2012): Neoliberalismus. Endgame oder nächste Etappe? Heft 2/2012. S. 62-67

Patomäki, Heikki (2003): A Critical Realist Approach to Global Political Economy. In: Cruickshank, Justin (editor) (2003): Critical Realism. The Difference that it Makes. Routledge Studies in Critical Realism.

Popper, Karl R. (1975): Das Elend des Historizismus. 4. Auflage. Tübingen: Mohr.

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Freiburg.

Poulantzas, Nicos (1968): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt am Main: Athenäum Fischer.

Pühretmayer, Hans (2005): Über das Politische des Wissenschaftlichen. Interventionen des Critical Realism in verschiedenen Ökonomiethorien. In: Kurswechsel: Alternative Ökonomien, Alternative Gesellschaften. Heft 4/2005. S. 28-44

Raffer, Kunibert (2008): Kapitalflüsse und Entwicklung. In: Küblböck, Karin; Staritz Cornelia (Hrsg.) (2008): Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung. Hamburg: VSA-Verlag.

Redak, Vanessa; Weber, Beat (2010): Finanzmarktregulierung nach der Krise. Symbolische Politik und Aufrechterhaltung des Status Quo. In: Kurswechsel: Krise in Europa. Heft 1/2010. S. 76-86

Roediger, David R. (2007): The Wages of Whiteness. Race and the Making of the American Working Class. Revised Edition. London/New York: Verso.

Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation: die politische Konstitution des Marktes. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Sablowski, Thomas (2003): Krisentendenz der Kapitalakkumulation. In: das Argument 251. S. 438-452

Sablowski, Thomas (2012): Die jüngste Weltwirtschaftskrise und die Krisentheorien. In: Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker Florian; Bader, Pauline (Hrsg.) (2012): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag. S.29-44

Saral, Sarkar (2009): Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der Politischen Ökonomie. Köln/Mainz.

Schleifstein, Josef (1982): Marxismus und Staat. Zur Entwicklung der Staatsauffassung bei den marxistischen Klassikern. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter.

Schulmeister, Stephan (2009): Globalisierung ohne supranationale Währung: Ein fataler Widerspruch. In: Zur Diskussion gestellt. ifo Schnelldienst, 16/2009.

Schürz, Martin (2003): Ziele der Geldpolitik im Wandel der Zeit. In: Manzenreiter Wolfram (Hrsg.) (2003): Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft. Wien: Promedia-Südwind.

Schweighofer, Johannes (2012): Makroökonomische Ungleichgewichte aus verteilungspolitischer Sicht. In: Kurswechsel: Sparen, sparen, sparen. Austeritätspolitik im neuen Schuldenzeitalter? Heft 1/2012. S. 60-74

Stangl, Werner (o.J.): Die Abduktion. Eine logisch unerlaubte Art des Schließens. Arbeitskreis für Abduktionsforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Frankfurt am Main. Online: <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/DENKENTWICKLUNG/Abduktion.shtml> [03. September 2012]

Stiglitz, Joseph (2006): Die Chancen der Globalisierung. Deutschland: Siedlerverlag.

Stockhammer, Engelbert (2009): The finance-dominated accumulation regime, income distribution and the present crisis. Department of Economics. Working Paper Series, 127. Inst. für Volkswirtschaftstheorie und -politik, WU Vienna University of Economics and Business. Vienna.

Stockhammer, Engelbert (2011): Von der Verteilungs- zur Wirtschaftskrise. Die Rolle der zunehmenden Polarisierung als strukturelle Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise. Online: <http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.phpP=68&IP=62014&AD=0&REFP=6126> [10. Oktober 2012]

Streck, Ralf (2012): Massive Steuererhöhung und Generalstreik in Portugal. In: Telepolis. Online: <http://www.heise.de/tp/blogs/8/152911> [4. Oktober 2012]

Temin, Peter (1991): Lessons from the Great Depression. The MIT Press.

Wissel, Jens (2012): Krise, Staat und die Radikalisierung des Neoliberalismus. In: Kurswechsel (2012): Neoliberalismus. Endgame oder nächste Etappe? Heft 2/2012. S. 6-19

Zinn, Karl Georg (2009): Krisenerklärung – Drei verlorene Jahrzehnte. Das Verhängnis ideologisch verfestigter Fehldiagnosen. In: Altvater, Elmar; Bischoff, Joachim; Hickel, Rudolf; Hirsch, Joachim; Hirschel, Dierk; Huffscheid, Jörg; Zinn, Karl Georg (2009): Krisen Analysen. Hamburg: VSA-Verlag. S. 7-26

Anhang

Zusammenfassung

Ausgehend von der Politischen Ökonomie wird in dieser Arbeit die Regulationstheorie als theoretischer Standpunkt hergenommen, anhand dessen die Dynamik zwischen der ökonomischen Krise und den politischen Kräfteverhältnissen im EURO-Raum kritisch dargestellt wird.

Der wissenschaftsphilosophische Ausgangspunkt und das Grundgerüst dieser Arbeit bildet dabei der Kritische Realismus. Aufbauend auf dessen Prämissen folgt eine Auseinandersetzung mit (post)marxistischen Krisentheorien im Spannungsfeld zwischen abstrakter Erklärung und konkreter Beobachtung. Die rein ökonomische Auslegung (post)marxistischer Krisentheorien vermag es dabei auf die, dem Kapitalismus inhärente, Tendenz zur Krise zu verweisen. Um jedoch den spezifischen Formen kapitalistischer Entwicklung gerecht zu werden, wird die Regulationstheorie herangezogen, um den Zusammenhang politischer und ökonomischer Strukturen darzustellen. Diese liefert das nötige analytische Instrumentarium, mit dem die verzahnten politischen und ökonomischen Strukturen hinter den Krisenerscheinungen erfasst werden können.

Schließlich wird die Krisendynamik entlang der drei Achsen Ökonomie, Politik und Raum dargestellt. Anstelle einer Entwertung des unproduktiven Kapitals, welche aus der dargestellten (post)marxistischen Perspektive zu erwarten gewesen wäre, konnte die Krise durch die neoliberale Politik der letzten drei Dekaden in Raum und Zeit verschoben werden. Im Kontext des europäischen Integrationsprozesses unter dem Diktat neoliberaler Politik, lässt sich die Entwicklung zweier Grundtypen der Akkumulation erkennen, welche voneinander abhängig sind und sich nun in der Krise befinden. Im Groben stehen sich dabei Exportüberschussländer (Importdefizitländern) mit einem Handelsbilanzüberschuss und Exportdefizitländer (Importüberschussländern) mit einem Bilanzdefizit gegenüber. Die ökonomischen Ungleichgewichte reproduzieren sich dabei auch auf der politischen Ebene des Europäischen Krisenmanagements. Dabei halten die dominanten Länder an deren neoliberalen Wirtschaftspolitik fest und machen diese zur Grundlage der Krisenbewältigung. Die Widersprüchlichkeiten, welche als Ursache der Krise gesehen werden müssen, können durch die Weiterführung der neoliberalen Politik jedoch nicht behoben werden.

Summary

On the roots of the debate on the political economy the regulation theory is presented as theoretical point of view to critically analyze the dynamics between the economic crisis and political power-relations within the EURO area. The starting point and philosophy of science which builds the basis of the work is the critical realism. Within the elaborated proposition a debate on (Post)Marxist crisis theories follows. The economic presentation of those theories is taken to explain the tendencies of capitalism to produce its own economical crisis. In a next step, taking into account the specific and different relations between political and economical structures, the regulation theory is presented as an adequate instrument of further analyzes. Thereby this theory enables to capture the interacting complexity of economic and political structures. Finally, the dynamic of the crisis is pictured along the three axes economy, politics and space.

Instead of devaluating unproductive capital, which had been expected from the presented (Post)Marxist perspective, the crisis was shifted through space and time by neoliberal politics. Throughout the process of European integration, dominated by these neoliberal politics, one can see the development of two models of accumulation which depend on each other and have produced the actual crisis. Basically speaking, countries with an export surplus (import deficit) face those countries which are characterized by an export deficit (import surplus) and a balance deficit. Additionally, these economic imbalances are reproduced on a political sphere of European crisis management. Thus the dominant countries continue their neoliberal economic policies and base their crisis management on it. The dilemma arises as the contradictions, which have to be seen as the cause of the crisis, cannot be resolved by continuing with the same neoliberal politics that led to this situation in the first place.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Theurl
Vorname: Simon
Geburtsdatum/Ort: 01.10.1985/Wien
Staatsbürgerschaft: Österreich

Schule und Universität

1995–1999 Gymnasium Singrinergasse (Wien)
1999–2003 BORG (Feldkirch)
2003–2004 Matura, Zivildienst (Institut für Sozialdienste, Feldkirch)
2004 Beginn des Studiums „Internationale Entwicklung“ auf der Universität Wien
2006 Beginn des Studiums „Volkswirtschaftslehre“ auf der Universität Wien
2012 Bakkalaureus der Sozial und Wirtschaftswissenschaften (Wien)

Berufserfahrung

2007–2008 Fachtutorium auf der Internationalen Entwicklung (Wien): Transdisziplinäre
Entwicklungsforschung I (TEF I) mit dem Praxisfeld Europa
2008–2009 Fachtutorium auf der Internationalen Entwicklung (Wien): TEF II mit dem
Schwerpunkt Prekarisierung
2010–2011 Studienaufenthalt in Ouagadougou (Burkina Faso):
Praktikum:
Coordination Office for Development Cooperation of the Austrian Embassy
Dakar, based in Ouagadougou
APRED (L'Association pour la Réinsertion Sociale des Déshérités)
(Ouagadougou)

Engagement

- 2000–2003 AKS, Aktion kritische SchülerInnen (Feldkirch)
- 2005–2009 Organisation des Erstsemestrigen-Tutoriums: Gemeinsamer Sport – Kennenlernen und vernetzen jenseits der Hörsäle (Wien)
- 2009 Organisation des Seminars (im Rahmen des Erstsemestrigen-Tutoriumsprojekts): Raumgestaltung – zum Verhältnis von Macht, Öffentlichkeit und Privat
- 2010 Organisation des Workshops zum Thema partizipative/emanzipative Forschungsansätze (PRA, action research, participial research, ...): Vom kollektiven Wissen zur gemeinsamen Aktion